

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1893.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile für deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengruppe und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 18. Juni 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Weitere deutsch-österreichische Erfolge in Mittelgalizien.

## Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 17. Juni 1915. (W. T. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Teichs von Bellewaarde wurden die vorgestern verlorenen Grabenstücke zum größten Teil zurückerobert.

Die Engländer und Franzosen setzten gestern ihre Durchbruchversuche fort. Nördlich des Kanals von La Bassée wurden die Engländer von Westfalen und Sachsen im Handgemenge überwältigt und zu beschleunigtem Rückzuge in ihre Stellungen gezwungen.

Gegen die Front von westlich Liévin bis Arras richteten die Franzosen fortgesetzt neue Angriffe. An der Lorettohöhe wurde ihnen ein völlig zerschossener Graben überlassen, südlich Souchez gelang es ihnen, in unserer Stellung in einer Breite von etwa 600 Meter Fuß zu fassen; dort wird noch gekämpft. An allen anderen Stellungen wurden sie blutig abgewiesen.

Die unter größtem Munitionseinsatz und ohne Rücksicht auf die schwersten Verluste geführten Angriffe haben somit wiederum mit einer Niederlage der Franzosen und Engländer geendet. Die von uns siegreichen Nahkämpfe legen erneut Zeugnis ab von der glänzenden Tapferkeit und unerschütterlichen Ausdauer unserer Truppen.

Mit dem gleichen Mißerfolg endeten französische Angriffe bei Moulin-Jous-Touvent. Wir nahmen dort 5 Offiziere, 300 Franzosen gefangen.

In den Vogesen dauerten die lebhaften Kämpfe zwischen Fecht- und Lauchthal gestern noch an, kamen aber am Abend zum Stillstand. Abgesehen von einem kleinen Geländeverlust nordwestlich Megeral haben wir alle unsere Stellungen behauptet. 100 Gefangene fielen in unsere Hände.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Mehrere russische Angriffe wurden abgewiesen. Sonst keine besonderen Ereignisse.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich Sieniawa zwangen die Angriffe der verbündeten Truppen die Russen zur Aufgabe ihrer Stellung und zum Rückzug auf Tarnograd.

Die Armee des Generaloberst von Mackensen drängte in scharfer Verfolgung dem Feinde nach. Dachnow und Lubaczow wurden gestürmt. Das südliche Smolinka-Ufer wurde vom Gegner gesäubert, bei Niemirow der russische Widerstand schnell gebrochen, die Straße Niemirow-Jaworow überschritten. Weiter südlich gingen die Russen gegen die Wereszjca zurück.

Südöstlich der Dnjestrümpfe ist die Lage unverändert.

Die Behauptung im amtlichen französischen Bericht vom 16. Juni, 11 Uhr abends, daß die Kathedrale von Reims mit Brandgranaten beschossen worden sei, ist un wahr. Unser Feuer richtete sich vielmehr gegen die Ostkasernen, sowie gegen die Batterien am Gleisdreieck nördlich von Reims, die lebhaft auf unsere Stellungen geseuert hatten.

Oberste Heeresleitung.

## Der Krieg an Oesterreichs Grenzen.

Von Richard Gädle.

Aus Südpolen haben uns die amtlichen Berichte seit geraumer Zeit keine Mitteilungen gebracht; man möchte daraus schließen, daß die kriegerische Tätigkeit in der Gegend von Siedce und in der Gora auf beiden Seiten eine wägbare ist. Das nächste Ziel und der Preis der Entscheidung, um die gerungen wird, ist der Gewinn oder Verlust von Lemberg und damit praktisch die Wiedereroberung Galiziens durch die Heere der verbündeten Zentralmächte. Unendliche Ströme Blutes sind seit 9 Monaten um sie geflossen.

Jetzt endlich scheint sie in erreichbare Nähe gerückt. Nach sechstägiger Pause hat die Armee Mackensen am 13. Juni erneut und offenbar in großer Stärke angegriffen, nachdem sie am Tage vorher ihren linken Flügel durch die Erstürmung von Sieniawa gesichert hatte.

Der Sieg, den die deutsche Armee östlich Jaroslau und Przemysl am 13. Juni erfochten hat, bedeutet eine sehr schwere Niederlage des russischen Heeres, das noch in der folgenden Nacht auch die lange und zähe verteidigte Stellung von Modzisz, 25 Kilometer östlich Przemysl, vor den von Südwesten andringenden Truppen des deutschen Generals v. d. Marwitz räumen mußte. Der Verlust in der Schlacht, dessen Größe schon die Zahl der bisher eingebrachten 16 000 Gefangenen beweist, läßt es fraglich erscheinen, ob die russische Heeresleitung imstande sein wird, hinter der Teichlinie vor Grodel, einen Tagemarsch westlich Lemberg, sich noch einmal zum Kampfe zu stellen und einen letzten Versuch zur Rettung der ostgalizischen Hauptstadt zu machen. Der Abzug der russischen Heere aus ihr ist nach den Erfahrungen, die ich im mandtschurischen Kriege gemacht habe, ein ziemlich zuverlässiger Vorbote der bevorstehenden Räumung. Diese Leute haben dafür einen unglaublich feinen Nicker.

Jedenfalls wird die Möglichkeit eines letzten Widerstandes am Grodelser Abschnitt, der schon im September 1914 Zeuge der erbittertesten Kämpfe war, davon abhängen, ob den Russen die Behauptung der Dnjestr-Linie südlich und südöstlich Lemberg gegenüber der hartandringenden deutschen Südarmee noch einige Zeit gelingen wird. Schon einmal, am 6. und 7. Juni, hatte deren linker Flügel den Dnjestr bei und um Jurawno, 60 Kilometer südöstlich Lemberg im siegreichen Kampfe überschritten und auf dem nördlichen Flußufer etwa 2 Meilen Raum gewonnen. Dadurch war die russische Schloßlinie zwar noch nicht durchbrochen und zerrissen, wie ein Teil der deutschen Presse meinte, aber die Gefahr war doch in recht dringende Nähe gerückt. Da raffte der russische Feldherr noch einmal zusammen, was er an Reserven aufreiben konnte, wahrscheinlich auch von der gegen Mackensen stehenden Front, und nötigte in den Kämpfen des 8., 9. und 10. Juni die Deutschen zur Aufgabe des nördlichen Ufers, während andere russische Truppen westlich davon in der Gegend von Ugorsberg noch immer das südliche Ufer behaupteten und die angreifenden Truppen der österreichischen Generale Sgurmay und Hofmann abwehrten.

Aber schon am 11. Juni hat sich ein Umschwung auch an dieser Front angebahnt; Linsingen mit seinen österreichisch-ungarischen Nachbarn hat erneut die Offensive ergriffen und bis zum 13. Juni die Russen in breiter Front von Ugorsberg bis östlich Jurawno unter großen Verlusten für sie auf den Fluß wieder zurückgeworfen, den Ort Jurawno selbst zum zweiten Male erobert. Östlich anschließend hat sein rechter Flügel und noch weiterhin die österreichische Armee des Freiherrn v. Pflanzler-Baltin den siegreichen Vormarsch gegen den Dnjestr fortgesetzt. Der Letztere hat an zwei Stellen, bei Czernilica — 55 Kilometer östlich Stanislaw — und bei Jaleszanski, das nördliche Ufer erkämpft und gegen verzweifelte Rückstöße der Russen behauptet.

Wird der Angriff von Süden her in dieser siegreichen Weise fortgesetzt, dann ist Lemberg für die Russen verloren und es kann sich für sie nur noch um Zeitgewinne handeln. Das Vordringen auf wirklich „alt-russisches“ Gebiet ist dann in greifbare Nähe gerückt. Die Grenze der Bukowina und Bessarabiens ist ohnehin schon durch eine selbständige Gruppe der Oesterreicher seit dem 12. Juni (wie schon einmal im April) überschritten worden. Während die Russen im Mai, aber zu spät, um noch einen durchschlagenden Erfolg erzielen zu können, versuchten, den Sieg der Armeen Joseph Ferdinands, Mackensens und Borczewiz über ihren rechten Flügel durch einen starken Angriff in Südostgalizien und der Bukowina auszugleichen, legen jetzt offenbar die verbündeten Heere ihrerseits einen fühlbaren Druck gegen den äußersten linken Flügel der feindlichen Armeen.

Alles in allem gewinnt ich den Eindruck, daß das russische Heer bald nicht mehr um die Behauptung eroberter Lande, sondern um die Verteidigung seiner eigenen Reichsgrenzen wird kämpfen müssen. Die Dampfwalze rollt unaufhaltsam ostwärts! Inzwischen haben sich seit Monaten höchst merkwürdige Verhältnisse auf dem südlichen Kriegsschauplatz, an

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 17. Juni. (W. T. B.) Amtlich wird berichtet, 17. Juni 1915 mittags:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Auch gestern konnten die geschlagenen russischen Armeen nirgends standhalten.

In Mittelgalizien setzten sie auf der ganzen Front, durch starke Nachhuten gedeckt, den Rückzug in nordöstlicher und östlicher Richtung fort. Die verbündeten Armeen verfolgten scharf. Nördlich Sieniawa bringen unsere Truppen über Cieplice und Gorkow vor und haben gestern starke russische Kräfte, die noch auf galizischem Boden kämpften, unter schweren Verlusten über die Reichsgrenze zurückgeworfen.

Ostlich anschließend erreichten verbündete Truppen Lubaczow, entrißen den Russen nach heftigem Kampf Niemirow und bringen weiter auf Janow vor.

An der Lemberger Straße warfen Truppen der Armee Boehm starke russische Nachhuten bei Wolczuch noch in den Abendstunden über die Wereszjca und erstürmten mitternachts den Westteil von Grodel. Auch südlich Grodel wurde das Westufer der Wereszjca vom Feinde gesäubert.

Südlich des Dnjestr ist die Situation im allgemeinen unverändert.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Isonzofront schlugen unsere Truppen bei Plava wieder mehrere Angriffe unter schweren Verlusten für den Gegner ab.

Im Felsgebiet des Arn dauern die Kämpfe der Gebirgstruppen fort.

An der Kärntner Grenze hat sich gestern nichts Wesentliches ereignet.

In Tirol wurden feindliche Vorstöße gegen das Tiliacher Joch, im Tofane-Gebiet bei Tre Sassi, Buchenstein und auf dem Monte Coston (östlich Folgaria) zurückgewiesen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hoefler, Feldmarschalleutnant.

## Bombardement der Nordostküste Englands durch deutsche Marineluftschiffe.

Berlin, 17. Juni. (W. T. B.) In der Nacht vom 15. zum 16. Juni haben unsere Marineluftschiffe einen Angriff auf die Nordostküste Englands ausgeführt. Ein befestigter Küstenplatz wurde mit Bomben beworfen, durch die eine Reihe industrieller Anlagen, darunter ein Gashofenwerk, in Brand gesetzt und zum Teil zerstört wurde. Die Luftschiffe wurden stark beschossen, besonders heftig von einer Strandbatterie; letztere wurde angegriffen und zum Schweigen gebracht. Die Luftschiffe erlitten keinerlei Beschädigung.

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes: (gez.) Behne.

Haag, 17. Juni. (W. T. B.) Der „Nieuwe Courant“ teilt mit: Amtlich wird gemeldet: Ein Zeppelin-Luftschiff hat gestern der Nordostküste von England einen Besuch abgestattet, es hat Bomben abgeworfen, durch die einige Brände entstanden, die gelöscht werden konnten. Fünfzehn Personen wurden getötet und fünfzehn verwundet.



der Donau, Sava, Drina herausgebildet. Nur hier und da hören wir einmal von ganz leichten Gefechten und Schieberien, die mehr zufällig zu entstehen scheinen.

Man war lange versucht, diese Zurückhaltung auf Mangel an Munition und Verpflegung, auf traurige Gesundheitsverhältnisse des Heeres, große Verluste und wirtschaftliche Not des Landes zurückzuführen. Aber jetzt nach dem Eingreifen Italiens geben die Serben doch höchst kräftige Lebenszeichen von sich durch ihr übrigens sehr verändertes, rasches Vordringen in Albanien, wo sie jeden Widerstand kurzer Hand niederschlagen.

Schon vor acht Tagen drückte ich meine Verwunderung aus über die auffällige Langsamkeit, mit der die kriegerischen Ereignisse im Südwesten der Doppelmonarchie in Schwung kommen, oder vielmehr noch immer nicht in Schwung kommen. Drei Wochen nach der Kriegserklärung ist hier noch immer kein entschlossenes Vordringen italienischer Massen zu spüren; es handelt sich immer nur um kleinere, zusammenhanglose Vorstöße von Kompagnien, Bataillonen, Regimentern gegen die Gebirgspässe und die Sperrbesetzungen der Oesterreicher. Nur an der Isonzo-Linie gegen Monfalcone, Gradiska, Ronchi ist an zwei Tagen eine Division ergebnislos vorgegangen.

Auch alle einzelnen Unternehmungen gegen Südtirol vom Westen wie vom Osten haben zu keinen ins Gewicht fallenden Erfolgen geführt. Der Vorstoß von Cortina d'Ampezzo, an der Nordostseite Südtirols, gegen Beutelschlag hat sogar mit einer Niederlage der italienischen Truppen geendet; sie stehen überall nur wenige Kilometer jenseits ihrer Grenze, im Osten bei Monfalcone, dem am weitesten vorgeschobenen Punkte, etwa 15 Kilometer. Der italienische Generalstabchef, der sich schon jetzt genötigt sieht, sein Volk um Geduld zu bitten, führt als Grund an, daß man erst die Punkte in Besitz nehmen müsse, die ein weiteres Vordringen sichern sollen. Das ist eine laienhafte Ausflucht. Solche Punkte gewinnt man, indem man mit Waffen und auf möglichst vielen Anmarschwegen gegen sie vorgeht, den Feind mit Ueberlegenheit von allen Seiten anfällt und verjagt. Das italienische Verfahren macht den Eindruck eines unsicheren und verlegenen Taktens, das wenig zu der heroischen Seite paßt, mit der man sich in dieses Abenteuer stürzt. Man weiß ausnehmend noch nicht, wo und wie man seine Massen einsetzen soll, ist vielleicht auch im unklaren über Aufmarsch und Versammlung der Oesterreicher. Wahrscheinlich geht nebenher die Versammlung des eigenen Heeres sehr viel langsamer vor sich, als man nach den monatlangen Vorbereitungen erwarten sollte. Unleugbar ist übrigens das verzweigte österreicherische Vordringen für den strategischen Aufmarsch geeigneter als das italienische; vielleicht fürchtet man auch oder vielleicht wünscht man mehr noch ein offensives Vordringen der Oesterreicher in die Lombardei hinein.

Darüber hinaus darf man die Frage aufwerfen, ob Italien seine im Nordosten stehenden Truppen wirklich schon von der französischen und von der schweizerischen Grenze weggezogen oder vielleicht einem Teile seines Heeres doch noch eine andere Verwendung als die gegen Oesterreich-Ungarn unmittelbar geben will.

Das sind Rätselfragen an die Zukunft, deren Beantwortung freilich nicht allzulange mehr ausstehen wird.

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 16. Juni. (W. L. V.) Amtlicher Nachmittagsbericht. Die englischen Truppen nahmen gestern eine Reihe Schützengraben westlich La Bassée ein. Auf der übrigen Front ist nichts zu melden. Ein deutsches Flugzeug wurde gezwungen, bei Moroy sur Duray nordöstlich Zeremilon in unseren Linien zu landen. Die Flieger wurden gefangen.

Paris, 17. Juni. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Nördlich von Ypern bemächtigten sich englische Truppen einer Reihe deutscher Schützengraben. Die westlich von ihnen erzielten Gewinne konnten nicht behauptet werden. In dem Abschnitt nördlich von Arras gewonnenen voran verschiebenden Stellen Gelände, besonders östlich der Vorettelhöhe, südwestlich und südlich von Souchez und im Dabrynt. Wir machten 300 Gefangene und erbeuteten mehrere Maschinengewehre. Südlich von Arras beschossen die Deutschen die Stellungen, welche sie im Gebiete der Louvent-Farm verloren hatten, heftig, ohne jedoch einen Infanterieangriff zu machen. Bei der Duenne-vieres-Farm warfen wir mehrere feindliche Gegenangriffe zurück, dehnten dann unseren Gewinn nordwestlich der bereits eroberten Schützengraben aus und machten etwa 100 Gefangene, darunter 2 Offiziere. Auf die Stadt Reims feuerte der Feind etwa 100 Granaten, darunter mehrere Brandgranaten; etwa zehn Geschosse fielen auf die Kathedrale. In den Vogesen machten wir bedeutende Fortschritte auf beiden Ufern der oberen Facht. Auf dem nördlichen bemächtigten wir uns des Braunkopfes. Der Feind ließ 340 unverwundete Gefangene, darunter vier Offiziere, in unseren Händen, ferner viel Material, zahlreiche Gewehre und 500 000 Patronen. Im Laufe des 15. Juni wurde Ranch, Sainctois und Velfort von einzeln fliegenden deutschen Flugzeugen mit einigen Bomben belegt; nur in Ranch wurden einige der Zivilbevölkerung angehörige Personen getroffen.

### Frenchs Meldung.

London, 17. Juni. (W. L. V.) Meldung des Neuterischen Bureau. Generalfeldmarschall French berichtet: Am 16. Juni nahmen wir eine Linie von Laufgräben an der deutschen Front auf einer Strecke von über einer Meile. Wir mußten sie aber nach einem heftigen Gegenangriff wieder aufgeben. Bei Ypern griffen wir mit Erfolg die Stellung des Feindes nördlich von Zooge an, besetzten die ganze erste Laufgrabenlinie auf einer Front von 1000 Yards und einen Teil der zweiten Linie und machten 157 Gefangene. Ein Gegenangriff der Deutschen wurde unter schweren Verlusten abgeschlagen.

### Mißgeschick deutscher Flieger.

Chateau-Thierry, 17. Juni. (W. L. V.) (Meldung der Agence Havas.) Eine Taube überflog in großer Höhe Chateau-Thierry am Mittwochmittag. Die Flieger mußten infolge einer Motorpanne landen, verbrannten jedoch den Apparat bei der Landung in Moroy-sur-Duray vor ihrer Gefangennahme. Die anhängenden Bomben wurden zur Explosion gebracht. Die deutschen Offiziere ließen sich von den Gendarmen in Neuilly gefangennehmen und sind nach dem Gefängnis in Villers-Cotterets gebracht worden.

## Die englischen Verluste.

London, 16. Juni. (W. L. V.) Die letzte Verlustliste weist 88 Offiziere und 3420 Mann auf.

## Oestlicher Kriegsschauplatz.

### Die russische Generalstabmeldung.

Petersburg, 17. Juni. (W. L. V.) Mitteilung des Generalstabs des Generalissimus. Die Angriffe, welche die Deutschen während der letzten drei Tage in der Gegend des Dorfes Lohlow beim Winda-Flusse unternahmen, blieben erfolglos. Der Kampf am 15. Juni endete zu unserem Vorteil. In der Gegend von Poyelany haben unsere Truppen die Warte überschritten. Unsere Reiterei machte bei der Verfolgung des sich zurückziehenden Feindes einige hundert Deutsche nieder und machte einige Dutzend Gefangene. Das Gefecht bei Szawle dauerte mit wechselnden Erfolgen fort. Einige Dörfer gelangen bald in die andere Hand. An der Dubissa findet Artilleriekampf statt. Westlich des mittleren Niemen unternahm der Feind am 14. und 15. Juni viele vergebliche Vorstöße, um zur Offensive überzugehen, und erlitt dabei ernste Verluste. Im Laufe eines Gegenangriffs in der Gegend östlich von Marjampol bemächtigten wir uns mehrerer Dörfer, die der Feind besetzt hatte. In der Nacht zum 15. Juni begann der Feind neuerdings die Beschließung von Disowitz, aber schon gegen 2 Uhr nachts erlangten die Batterien der Festung das Uebergewicht. An der Narewfront fanden im Tal des Omulew kleine Gefechte statt. Im Tal des Orzhe eröffnete der Feind in der Nacht vom 15. Juni mit seinen zahlreichen Batterien ein heftiges Feuer gegen das Dorf Jednorosce, auf das er in kurzer Zeit etwa 10 000 Geschosse schleuderte. Am folgenden Tage versuchte der Feind wiederholt, unsere Stellung anzugreifen, aber seine Anstrengungen führten lediglich zur Belegung eines Teiles der vollständig zerstörten Schützengräben eines unserer Regimenter. Nördlich von Prassnyca nahmen wir infolge eines kräftigen Gegenangriffs alle unsere vorgeschobenen Gräben, wo sich der Feind seit seinem Angriff vom 12. Juni noch behauptete. In Galizien östlich des San dauert die Schlacht mit wachsender Hartnäckigkeit fort. Der Feind führt unaufhörlich neue Kräfte in den Kampf. Am Dnjepr wurden die Kämpfe an der Front Tschmenika-Bystrica am 14. und 15. Juni fortgesetzt, wobei der Vorteil auf unserer Seite war. Südlich von Zydaczow bei Beresnica-Krolewska nahmen wir weitere 500 Deutsche gefangen mit 14 Offizieren, 4 Geschützen und 6 Maschinengewehren.

## Der italienische Krieg.

### Bericht der italienischen Heeresleitung.

Rom, 17. Juni. (W. L. V.) Bericht der Obersten Heeresleitung: Man meldet glückliche Schirmzüge mit dem Feinde auf der ganzen Front im Juganatorial bei Bren-tonico (Etschtal) am Fedaiapasse, am Monte Piano (Cadore) und am Uebergang des Piccolotales zum Grandetal, in Kärnten, wo der Feind seit einigen Tagen seine Bemühungen wiederholt und an einigen Orten längs des Nonzo, wo unsere Truppen die erzielten Erfolge festigten. Besondere Bedeutung muß einer Kampfhandlung beigegeben werden, welche in der Gegend des Rtn von unseren Abenteurern unternommen wurde. Diesen war die Aufgabe zugefallen, den Feind aus seinen Stellungen längs der Felsen zu verjagen, welche sich nördlich des Hauptgipfels anschließen. Die nachts durch fühne und schwierige Klettereien in den Felsen begonnene Operation endete bei Tagesgrauen mit einem von vollem Erfolge gekrönten ungestümen Angriff. Bis her hat man die Gefangennahme von 315 Mann, darunter 14 Offiziere, festgestellt. Andere sind noch gemeldet worden.

## Der türkische Krieg.

### Die Kämpfe im Kaukasus.

Petersburg, 17. Juni. (W. L. V.) Der Bericht des Generalstabs der Kaukasusarmee vom 14. Juni besagt: Im Küstengebiet Gewehrfeuer. In der Gegend von Deryk, am Engpaß von Tschoukdaghianuk fanden unbedeutende Zusammenstöße mit Sturben statt. An der übrigen Front keine Veränderung.

## Der Seekrieg.

### Die Opfer der Zeppelinbomben.

London, 16. Juni. (W. L. V.) Meldung des Neuterischen Bureau. Bei dem letzten Zeppelin-Angriff auf die Nordostküste wurden 16 Personen getötet und 40 verwundet. Das Pressebureau berichtet noch: Bei dem Angriffe am 6. Juni wurden 24 Personen getötet und 49 verwundet.

### Vom U-Bootskriege.

London, 17. Juni. (W. L. V.) „Dionys“ melden aus Milfordhaven: Der britische Dampfer „Strathnairn“ mit 2812 Nettotonnen wurde in der letzten Nacht auf der Fahrt von Benarthy nach Archangelst an der Küste von Rembroleshire torpediert. Der Kapitän und 350 Mann ertranken.

### Untergang eines englischen Kohlendampfers.

Stockholm, 17. Juni. (W. L. V.) Beim Ministerium des Äußern eingelaufenen Nachrichten zufolge ist der englische Kohlendampfer „Ardale“ nach Archangelst unterwegs am 12. Juni auf eine Mine gestoßen und 13 Seemeilen südlich Kap Orlow gesunken. Drei Mann der Besatzung sind umgekommen. Mehrere Kapitäne teilen mit, daß sie Minen am Eingang des Weißen Meeres gesehen hätten.

### Ein französisches Torpedoboot gesunken.

Kopenhagen, 17. Juni. (W. L. V.) Die „Politiken“ mitteilt, hat der dänische Dampfer Skjold gemeldet, daß das französische Torpedoboot 331 von dem englischen Dampfer Arleya sechs Meilen nordwestlich von Barleur übersegelt worden ist. Das Torpedoboot habe versucht, in Cherbourg einzufahren, aber die See sei so bewegt gewesen, daß die Bugfeste riß. Skjold habe sodann

versucht bei der Bugfesterung mitzuhelfen, das Torpedoboot sei jedoch gesunken. Die gesamte Mannschaft bis auf sechs Mann sei gerettet.

## Erregung in Schweden über die Vernichtung des Dampfers „Verdandi“.

Kopenhagen, 17. Juni. (W. L. V.) „Politiken“ melden aus Stockholm: Die Vernichtung des Dampfers „Verdandi“, der gestern an der norwegischen Südküste von deutschen Kriegsschiffen in den Grund gehohlet worden ist, hat in Schweden große Erregung hervorgerufen. Das deutschfreundliche Blatt „Nya Dagligt Allehanda“ meint, daß diese Handlung fast einen feindlichen Charakter trage, da das Schiff keinerlei Konterbande geführt habe und seine Zollpapiere gemäß den Wünschen der deutschen Behörden ausgestellt gewesen seien.

Der Thuledampfer „Thorsen“, der regelmäßig zwischen Göteborg und England fährt, ist gestern außerhalb des Vinga-feyers von einem 10 000 Tonnen großen deutschen Hilfskreuzer ohne Namen aufgebracht worden. Die Ursache ist unbekannt, da das Schiff keinerlei Konterbande führte.

## Neutralitätsdebatte

### im Schweizer Bundesrat.

Bern, 16. Juni. (W. L. V.) Bei der Einzelberatung über den Geschäftsbericht des Bundesrates kam es heute neuerdings zu einer großen Neutralitätsdebatte.

Sigg-Gent (Soz.) führte aus, daß angesichts der allseitigen Erklärungen über die Achtung der Schweizer Neutralität für die Schweiz keine dringliche Gefahr mehr bestehe. Darum sollte die Zensur aufgehoben werden, die verfassungswidrig sei.

Bundesrat Hofmann, der Leiter der politischen Abteilung, antwortete: Wenn die Zensur verfassungswidrig wäre, so stünde auch alles außerhalb der Verfassung, was der Bundesrat seit dem 3. August auf Grund der allgemeinen, ihm vom Parlament erteilten Vollmachten geschaffen habe. Die Zensur ist, so fuhr der Redner fort, selbstverständlich eine Einschränkung der Pressefreiheit, aber eine Einschränkung, die die Staatsnotwendigkeit verlangt. Ich glaube nicht an einen tiefgehenden Gegensatz zwischen Welsch und Deutsch. Der von Abor gestern aufgestellte Gegensatz in der germanischen und romanischen Auffassung über das Verhältnis zwischen Staat und Bürger, trifft nicht ganz zu. Wir Deutsch-Schweizer stehen nicht auf dem Standpunkt der Allgewalt des Staates, aber ebenso wenig ist der vom Doktoraristimus angeführte Standpunkt der absoluten Freiheit Wirklichkeit. Die Zensur bekämpft in erster Linie die Sensationspresse. Wenn wir Schweizer uns allesamt immer an die Einheit erinnern, dann gibt es niemals einen Graben zwischen Welsch und Deutsch. Gewiß haben wir zwei Köpfe, den seinen romanischen und den dicken deutschen Kopf. Wir wollen beide behalten. Wir haben aber nur ein Herz, das für das gemeinsame Vaterland schlägt. (Lebhafte Beifall.)

Sireuli-Zürich (Freisinnig) vertret den Standpunkt, daß die Erörterung über die Zeitergebnisse jetzt nicht so geführt werden könne wie in gewöhnlichen Zeiten. Ein unvorsichtiger Wort könne den Brand auch für die Schweiz entfesseln. Secretan-Lausanne (Liberal-konservativ) wandte sich neuerdings gegen die Handhabung der Zensur. Auffallend sei, daß Bundesrat Hofmann nur Maßregelungen welscher Blätter anführte, während bekanntlich auch deutsch-schweizerische verwahrt worden seien. Der welsche Freiheitsbegriff sei unvereinbar mit dem deutsch-schweizerischen Standpunkt, der in der Staatshoheit das letzte Wort der Anteiligkeit sieht. (Heiterkeit.) Aber auf patriotischem Boden, so schloß der Redner, können auch wir keinen Graben zwischen Welsch und Deutsch. Hoffi-Zellin (Freisinnig), der Verfasser des von der Zensur unterdrückten und dann in einem italienischen Blatt erschienenen Artikels über ein Einschreiten der Schweiz gegen die Neutralitätsdebatte, erklärte: er habe über das Einschreiten aller Neutralen für Freiheit und Recht geschrieben, nicht aber für ein bewaffnetes Eingreifen der Schweiz. Der Bundesrat möge die eiserne Faust nach allen Richtungen gleichmäßig gebrauchen. Buchmann-Bern (Freisinnig) wandte sich gegen den Vorwurf, als ob die Deutsch-Schweizer eine mangelhafte Auf-fassung von Freiheit und Unabhängigkeit hätten. Ihre Geschichte schäme sie vor diesem Vorwurf. Der Ernst der Lage, in der wir in der Schweiz leben, wird viel zu wenig erkannt, obwohl sich unsere Lage von Tag zu Tag verüstert. (Zustimmung.) Darum verstehen wir gewisse Aufreizungen nicht und wir bedauern es, daß es ein Mitglied des Rates war, das zu einem Eingreifen der Schweiz aufforderte. Wir Deutsch-Schweizer nennen so etwas Hochverrat. Wir alle sollten beherrscht sein von dem einen Gedanken, daß wir in erster Linie Schweizer sind. — Bundespräsident Motta antwortete Hoffi, mehrfach von lebhaftem Beifall unterbrochen, in italienischer Sprache: Mit-griffe der Zensur im Tessin sind zuzugehen, allein die von Hoffi vertretenen Theorien sind verwerflich; sie widersprechen unserer neutralen Stellung und unserer internationalen Mission. Die „Gazette Ticinese“, das Blatt Hoffis, hat schon wiederholt Anlaß gegeben, mit Recht einzuschreiten. Erst gestern hat sie sich gegenüber dem in Lugano sich aufhaltenden deutschen Gesandten am Vatikan Unfreundlichkeiten erlaubt. Ich bin ein Anhänger der Pressefreiheit, aber es gibt einen Mißbrauch dieser Freiheit, der im gegenwärtigen Augenblick dem Staate gefährlich werden kann. Lassen wir jetzt allen inneren Streit. Unsere Beziehungen zu den Kriegführenden sind ausnahmslos gut, denn alle Staaten haben uns korrekt behandelt. Unsere Ueberlieferung und unsere Aufgabe im Kreise der Völker weisen uns eine streng neutrale Stellung zu. Wir werden alles daransetzen, sie zu bewahren. (Lebhafte, andächtige Beifall.)

Die Sozialisten Nyfer-Diel und Pflüger-Zürich polemisierten ebenfalls gegen die Handhabung der Zensur, während Bühler-Bern (Freisinnig) sich zu der Auffassung des Bundesrats bekannte. Willemin (linksfreisinnig) aus Genf wandte sich heftig unter wachsender Unruhe des Hauses gegen die innere Neutralitätspolitik des Bundesrats. Er erklärte: die welschen Schweizer stehen sich ihre Freiheit nicht nehmen, gegen die Verletzung von Verträgen durch einen kriegführenden Staat Einspruch zu erheben. Große Unruhe. Zwischenrufe: Schluß! Schluß! Hoffi polemisierte unter immer stärker werdender Unruhe und vielfachen Zwischenrufen gegen den Bundespräsidenten Motta, der als erster Tessiner seinen eigenen Kanton anschwärzte. Bundespräsident Motta rief, daß er nicht gegen seinen Heimatort Tessin gesprochen habe, sondern gegen das neutralitätswidrige Verhalten Hoffis, der kein Recht habe, sich mit dem Tessiner Volk zu identifizieren. (Zustimmung.)

Unter allgemeiner Unruhe schloß der Präsident Bonjour die Sitzung. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

## Eine Neutralitätskundgebung des dänischen Folkethings.

Kopenhagen, 17. Juni. (W. L. V.) Das Folkething hat heute einstimmig folgenden von Vertretern aller Parteien eingebrachten Antrag angenommen: Das Folkething beschließt, zu erklären: da man auf allen Seiten des dänischen Volkes ohne Parteiunterschied einig ist, daß jede Regierung bei Durchführung einer unbedingten gleichmäßigen Neutralitätspolitik unterstützt



werden müsse, sagt das Haus dem jetzigen Ministerium in der Arbeit für diese Politik die Unterstützung zu.

Ministerpräsident Zahle führte aus, die Regierung habe diese Erklärung von dem Hause gewünscht, um politische Klarheit für die Zukunft zu erlangen und festzustellen, ob alle Parteien des Reichstages bereit seien, das jetzige Ministerium dauernd in der Arbeit für die gleiche unbedingte Neutralitätspolitik zu unterstützen, in der das Volk ohne Unterschied der Partei einig sei. Durch Annahme des Beschlusses sei diese Frage klar beantwortet, er könne namens des Ministeriums erklären, daß diese nach Annahme des Antrages bereit sei, die Arbeit fortzusetzen.

### Amerikas Unterstützung von Friedensbestrebungen.

Neuter-Bureau meldet aus Washington: In Bezug auf das Gerücht, daß die Vereinigten Staaten nicht geneigt seien, die Friedensbemühungen von neutraler Seite in Europa zu unterstützen, erklärte Präsident Wilson, daß die Regierung ihr möglichstes tun werde, um jede Bewegung zu fördern, die den Frieden herbeiführen, oder die widerstreitenden europäischen Interessen miteinander in Übereinstimmung bringen könnte.

### Kriegsfragen im englischen Unterhause.

London, 16. Juni. (W. L. B.) Unterhaus. Premierminister Asquith sagte auf eine Anfrage: Die Verluste an Offizieren und Mannschaften bei der Flotte, den Seesoldaten und der Royal Naval Division betragen bis zum 31. Mai einschließlich der Verluste beim Untergang des „Dulwich“ und anderen Unglücksfällen an Toten 54 Offiziere und 7696 Mann, an Verwundeten 181 Offiziere, 2292 Mann, an Vermissten 74 Offiziere, 2785 Mann, Summa 804 Offiziere und 12743 Mann. King (Liberal) fragte, ob die Regierung ersprechend vorhergehenden Fällen und den Rechten des Hauses Anleihen, Unterstützungen und Munitionslieferungen für die Verbündeten an durch besondere Bestimmungen bewilligen lassen würde. Asquith antwortete: er sehe keinen Grund, von der bisherigen Praxis abzugehen, nach der die Unterstützungen der Verbündeten durch allgemeine Kreditbewilligungen erzielt werden. King fragte, ob es nicht den Rechten des Parlaments entspreche, daß alle Bewilligungen für fremde Mächte mit der Angabe des Betrages und der Macht, die sie erhielten, einzeln aufgeführt würden. Asquith erwiderte: Das ist eine sehr heikle Frage. Ich möchte keine allgemeinen derartigen Zusicherungen machen.

### Ueber die Koalition

sagte Asquith: Ich habe durchaus nicht unter dem Druck außerparlamentarischer Einflüsse, vorübergehender Verlegenheit oder augenblicklicher parlamentarischer Bedürfnisse gehandelt. Die Aufgabe war unwillkommen und widerwärtig. Es war die schmerzliche Erfahrung meines politischen Lebens, mich von Kollegen zu trennen, die unter dem Druck neuer, unvorhergesehener Verantwortlichkeit mit unermüdbarer Loyalität und meiner Meinung nach, mit beispiellosem Erfolg die schwersten Aufgaben erfüllten, die jemals auf den Schultern britischer Staatsmänner gelöst hat. Keine Körperschaft konnte nach meinem wohlüberlegten Urteil mehr tun, oder es besser tun. Asquith betonte, daß er seinen politischen Grundgedanken durchaus treu geblieben sei, nichts davon aufzugeben habe, und auch in Zukunft, wenn er eine Zukunft habe, dafür wirken werde. Dasselbe gelte von den neuen unpolitischen Kollegen. Washalb wurde dann diese Umwälzung unseres ganzen politischen Lebens herbeigeführt? Die Anforderungen, die die Lage an die Tatkraft und den Patriotismus der Nation und in ganz ausnehmendem Maße an die Geduld und Voraussicht der Regierung und an das gegenseitige Vertrauen stellte, könnten an keine früheren Vorgang gemessen werden. Das politische Ziel, nämlich den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen, hat sich nicht geändert, und durch Personaländerungen im Ministerium konnte nichts Nennenswertes erreicht werden. Aber ich bin langsam, mit Widerstreben, und schließlich doch ohne Zweifel und Zaudern zu dem Schluß gekommen, daß eine solche Verbreiterung der Grundlage der Regierung notwendig wäre. Dadurch verliert sie auch den Anschein eines einseitigen oder Parteicharakters und es wird nicht nur unserem Volke daheim und jenseits des Meeres, sondern auch der ganzen Welt, den Verbündeten, den Feinden und den Neutralen, zweifellos bewiesen, daß das britische Volk nun fast einem Jahre des Krieges entschlossener ist als je, alle Unterschiede zu vergessen, alle persönlichen, politischen, sittlichen und sozialen Kräfte zur Verfolgung des Zieles zu vereinen. Allen jetzigen Ministern ist der Gedanke der Koalition unangenehm. Aber die große nationale Not forderte von uns allen sichtbare Zusammenarbeit, an der Männer aller Richtungen und Parteien teilnehmen. Chioggia (Liberal) kritisierte die

### Methode der Rekrutierung.

Die Aufstellung der neuen Armeen dürfte 500 Millionen Pfund Sterling gekostet haben. Er fürchte, daß England den Krieg finanziell nicht durchhalten könne, die Regierung werde früher oder später zu einer Zwangsanleihe greifen müssen; da sei es zweckmäßig, sie sofort ins Auge zu fassen, das würde automatisch bei der Nation Sparmaßregeln bewirken. Schatzkanzler Mac Kenna erwiderte: Es wird häufig übersehen, daß wir gegen die Verbündeten gewisse Verpflichtungen übernommen haben. Wir verpflichteten uns nicht nur die Meere ihrem Handel offen zu halten, sondern auch ihre Einkäufe im Auslande größtenteils zu finanzieren. Daher ist sofortige nationale und häusliche Sparmaßnahme notwendig. Wenn Chioggia Money sagte, England könne vier Millionen Soldaten und vier Millionen Arbeiter zur Herstellung von Munition ausbringen, läßt sich sechs Millionen die gewöhnliche Friedensindustrie fort, sehen könnten, so glaube ich nicht, daß wir eine solche Reservekraft an Industrie oder Kapital in England haben. Im Lande besteht nicht genug Energie, um alle Friedensgüter zu erzeugen, deren wir bedürfen, und alle Güter, die wir für die Zukunft brauchen. Wir müssen von Amerika sehr viel mehr für den eigenen Bedarf importieren als im Frieden.

Mac Kenna fuhr fort: Wir haben nicht nur unsere amerikanischen Einkäufe, sondern auch diejenige anderer Staaten zu bezahlen, können aber unsere amerikanischen Werte nur in beschränktem Umfang oder zu niedrigeren Preisen, d. h. mit dauerndem Schaden für unsere Finanzlage verkaufen. Erst wenn wir unseren eigenen Bedarf gedeckt haben, kommt der Ueberfluß unserer industriellen Kraft für die Ausfuhr zur Bezahlung unserer Einfuhr in Betracht; wir müssen also äußerlich sparsam sein, um unsere Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Auslande zu erhöhen, und müssen große Opfer bringen, um unsere finanzielle Vormachtstellung zu behalten und auch auf diesem Gebiete Sieger zu bleiben.

Dillon (irischer Nationalist) erklärte, seine Partei habe nicht begriffen, weshalb die frühere Regierung trotz ihrer Unterstützung durch das Parlament zurückgetreten sei, und behauptete, daß die Listerpartei nicht, wie die Iron, dem Ministerium fern geblieben sei. Premierminister Asquith erklärte: seine Aeußerungen in Newcastle beruhten auf der Meinung der beiden Autorität in diesen Dingen; über bisherige oder künftige Operationen

an den Dardanellen zu sprechen, liege nicht im öffentlichen Interesse, sie würden aber zum Erfolg führen. Markham (Liberal) äußerte: der wegen der Kriegführung besorgten Nation könne die Kriegsverwaltung kein Gefühl der Sicherheit geben; die Schuld an dem Munitionsmangel liege entweder bei dem Ordnungs Office oder bei Kitchener; er griff Kitchener an, der im Kriegsministerium nicht auf seinem richtigen Plage stehe und besser zum Stabskommandierenden ernannt worden wäre. Er erzählte, daß Zehntausende von Leuten, darunter Bergarbeiter, monatelang gedrückt worden seien, ohne ein Gewehr zu sehen; das sei törichte Verschwendung. Er behauptete, daß Baldwin, der beste englische Kriegsminister, nicht im Kabinett sei, und schloß: seine Freunde würden das Kabinett unterstützen, damit der Krieg erfolgreich zu Ende geführt werde, sich aber ihre Redefreiheit, auch gegenüber dem Kriegsamt, nicht nehmen lassen, dessen Verschwendung und Unfähigkeit nach dem Kriege einen großen Stanbal herbeizuführen werde; hoffentlich werde der neue Schatzkanzler das Kriegsamt im Zaume halten.

### Haltung der sozialdemokratischen Partei Italiens.

Dem Vasser „Vorwärts“ wird am 15. Juni aus Mailand gemeldet: Der „Secolo“ erfährt aus Rom: Gestern ist das leitende Komitee der Sozialistenpartei zusammengesetreten, um über die angesichts der gegenwärtigen Lage von der Partei einzunehmende Haltung zu beraten. Es standen sich zwei Tendenzen gegenüber; die eine wollte, daß die Partei jedes Zusammenwirken mit den übrigen Parteien bei den bürgerlichen Arbeiten ablehne. Die andere Richtung glaubt, die Partei habe ihre Pflicht getan und bis zuletzt ihre Abneigung gegen den Krieg gezeigt; nunmehr aber habe sie mit den anderen Parteien zusammen tätig zu sein, um das Schicksal jener zu erleichtern, die durch den Kriegszustand zu leiden haben. Diese letztere Tendenz stimmt überein mit derjenigen der parlamentarischen Gruppe. Das leitende Komitee beschloß, die Diskussion hinauszuschieben, um zunächst die Ansicht des Komitees der parlamentarischen Gruppe zu vernehmen. Dieses Komitee wird sich mit dem leitenden Komitee am Mittwoch beraten.

Infolge Meinungsverschiedenheiten mit der Sozialistenpartei wegen der Frage des Krieges hat der frühere Bürgermeister von Alessandria, Sacco, von Rom aus seinen Austritt aus der sozialistischen Partei mitgeteilt. Sacco war einer der bedeutendsten Propagandisten des Sozialismus.

### Der Streit um Albanien.

Lugans, 17. Juni. (T. U.) „Giornale di Italia“ meldet aus Skutari, daß montenegrinische Truppen wegen der feindseligen Haltung der Malfloren nach der Räumung der Wojana vertrieben worden seien, um die Durchfuhr der aus Italien erwarteten Lebensmittellieferungen zu sichern. Diese Truppen hätten sich aber allmählich weiter in albanischem Gebiete ausgedehnt und schließlich den Taraboch bei Skutari besetzt. Eine Abteilung sei sogar bis zur Zollbrücke vorgezogen und habe die albanische Akademie besetzt. Die Bevölkerung von Skutari habe sich in ihrer Not an den italienischen Konsul gewandt, dessen energischem Vorgehen es allein zu verdanken sei, wenn Skutari noch nicht von den Montenegrinern besetzt worden ist. Die Albaner verlangen, daß Italien zu ihrem Schutz San Giovanni di Medua, Nefso und Skutari besetze, um die Ordnung herzustellen und einen montenegrinischen Handstreich zu verhindern. (Frankf. Zig.)

Paris, 16. Juni. (W. L. B.) „Petit Parisien“ will wissen, daß der italienisch-serbische Zwischenfall bezüglich Albaniens bereits geregelt sei. Serbien habe Italien über die Bedeutung des Vormarsches in Albanien aufgeklärt und gleichzeitig mitgeteilt, daß der Vormarsch eingestellt werden würde.

### Kritische Lage in Bulgarien.

Die „Kreuz-Zeitung“ berichtet:

„Nach einer türkischen Sitzung des (jungtürkischen) Komitees für Einheit und Fortschritt in Konstantinopel soll, wie das „Giornale d'Italia“ erfährt, der türkische Minister des Innern nach Philippopol abgereist sein, um dort mit einem Mitgliede der bulgarischen Regierung zu unterhandeln. Die Türkei wäre zur sofortigen Abtretung der Linie Enos-Midia an Bulgarien bereit, während Bulgarien eine wohlwollende Neutralität bis zum Schluß des Krieges zusichern würde. Ueber die Erfolge dieses äußersten Angebotes der Türkei, das nach rumänischen Nachrichten von Deutschland angetragen worden sein soll, ist noch nichts Bestimmtes bekannt.“

Trifft diese Nachricht zu, so bestätigt sie die auch von anderer Seite gedachte Meldung, daß die Verhandlungen mit Bulgarien in ein entscheidendes Stadium getreten sind. Trifft die Türkei die Linie Enos-Midia an Bulgarien ab, so erhält dieses das Stück Thrakiens mit Adrianopel, das Bulgarien nach dem ersten Balkankrieg in Händen hatte. Darauf beschränken sich allerdings die Forderungen Bulgariens nicht. Seine Hauptforderung ist Mazedonien, und die Entschließung Bulgariens hängt davon ab, welche von den beiden unterhandelnden Mächtegruppen — die Zentralmächte oder der Dreiverband — ihm die sofortige Befestigung der strittigen Gebietssteile Mazedoniens garantieren kann.

### Amtliches bulgarisches Dementi.

Sofia, 17. Juni. (T. U.) Eine offizielle Note dementiert kategorisch die Nachricht, daß zwei deutsche U-Boote, die augenblicklich in den Dardanellen gegen die Flotte der Verbündeten operieren, in auseinander genommenem Zustande als Eisenbahnmateriale durch Rumänien und Bulgarien transportiert werden seien. Infolgedessen ist es auch vollkommen unrichtig, daß diese U-Boote in einem bulgarischen Hafen des Schwarzen Meeres zusammengesetzt und von Stapel gelassen seien. In derselben Note wird die Meldung dementiert, daß der Präsident des mazedonischen Komitees nach Konstantinopel gefahren sei, um den Türken 25 000 Bomben abzuliefern, und ebenso, daß 1500 deutsche Offiziere durch Bulgarien nach der Türkei gefahren seien.

Köln, 17. Juni. (W. L. B.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Sofia vom 16. Juni: Gestern ist durch den Ministerpräsidenten Radosslawow persönlich eine Note für den Dreiverband überreicht worden. Diese enthält jedoch nicht eine Antwort auf die Verhalte vom 20. Mai, in der der Dreiverband um ein Bündnis bettelte, sondern sie enthält in höflicher Form nur die Anfrage, wie denn die Angebote des Dreiverbandes nach jener letzten Note auszuliegen seien, namentlich bezüglich der Voraussetzungen, unter denen Bulgarien Teile von Mazedonien,

Griechenland und Rumänien in Aussicht gestellt worden sind. Diese Angebote waren in der genannten Note vom 20. Mai begründet auf die Voraussetzung einer Entschädigung Serbiens und Griechenlands an anderen Stellen, ohne daß der Umfang dieser Entschädigung mitgeteilt wurde. Die bulgarische Presse beurteilt diesen Schritt ohne genaue Kenntnis der Einzelheiten je nach ihrem Parteistandpunkt.

### Zu den griechischen Kammerwahlen.

Paris, 17. Juni. (T. U.) Die Agence Havas meldet aus Athen: Um die Gesundheit des Königs zu schonen und ihm keine Aufregung zu verurachen, ist ihm das Resultat der Wahlen vorläufig nicht mitgeteilt worden.

Die Einberufung der Kammer kann nach der griechischen Konstitution noch 10 Tage über den eigentlichen Termin hinaus verschoben werden, wodurch die augenblickliche Regierung bis Ende August am Ruder bleiben kann.

Der „Temps“ schreibt über den Ausfall der griechischen Wahlen: Man muß jedoch darauf hinweisen, daß, falls Venizelos, wie man in Griechenland allgemein glaubt, wieder die Leitung der Geschäfte übernehmen wird, so wird er sich einer sehr veränderten Situation gegenüber befinden. Die Lage hat sich außerdem durch die Krankheit des Königs kompliziert. Die zweite Regierung Venizelos würde sich verpflichtet sehen, die Verhandlungen von neuem anzufangen und unter Bedingungen, die bedeutend weniger günstig sind, als im Augenblick des Rücktritts des ersten Kabinetts Venizelos.

### Die Haltung Rumäniens.

Bukarest, 17. Juni. (T. U.) Während Italien mit wachsender Nervosität die Rumänen einlädt, seinem Beispiel zu folgen, und ebenfalls gegen die Zentralmächte loszuschlagen, halten die maßgebenden Stellen an ihrer bisherigen Politik fest, sich vorläufig noch keiner Seite hin festzulegen. Der Eintritt Italiens in den Krieg hat nach rumänischen Auffassungen das Risiko eines Anschlusses an den Biververband nicht wesentlich verringert, und die schweren Niederlagen der Russen in Galizien hat auch unter denen, die die militärischen Kräfte der Zentralmächte zu unterschätzen geneigt sind, viele stützig gemacht. Es ist der maßlosen Agitation der unbedingten Entente Freunde bisher nicht gelungen, im Lande eine entschiedene Kriegsstimmung zu erzeugen, die der Regierung über den Kopf zu wachsen drohte. Die Regierung ist vielmehr Herrin der Situation und speziell von dem Ministerpräsidenten Bratianu kann man eines bestimmt annehmen, daß dieser sich auch in Zukunft nicht zum Handlanger der Straße hergeben wird. Es sprechen alle Anzeichen dafür, daß die Regierung bis zur Stunde nicht gewillt ist, die Brücke zu den Zentralmächten abzubrechen. Leichter wurde ihr diese Haltung durch den Umstand, daß Oesterreich-Ungarn die Zusicherung an Rumänien beträchtlich erweitert hat, und das andererseits Rußland die Forderungen, die Rumänien als Preis seines eventuellen kriegerischen Eingreifens formuliert, nur zum kleinen Teil anerkennt wollte. Im Augenblick liegt kein Grund vor, die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung zu verneinen. Es scheint vielmehr, besonders wenn die militärische Situation der Zentralmächte sich weiter günstig entwickelt, keineswegs ausgeschlossen zu sein, daß die verantwortlichen rumänischen Politiker die Vorteile einer sicheren Neutralität vor einem riskanten, in jedem Falle opfervollen Kriege zu schätzen wissen werden.

### Letzte Nachrichten.

Eine amtliche deutsche Äußerung über den französischen Fliegerangriff auf Karlsruhe.

Amtlich, Berlin, 17. Juni 1915. (W. L. B.) In ihrem amtlichen Bericht vom 15. Juni abends bräutet sich die französische Heeresleitung mit dem bekannten Fliegerangriff auf Karlsruhe, den sie als Vergeltungsmaßregel für die Beschädigung offener französischer und englischer Städte hinstellt. Dieser Begründung des französischen Angriffs ist die Tatsache entgegengehalten, daß von deutscher Seite nur besetzte Punkte und solche im Operationsgebiet liegenden Orte beschossen worden sind, die mit dem Kriege unmittelbar in Zusammenhang standen. Ueberall, wo es sich dabei um offene Städte gehandelt hat, waren unsere Angriffe nur die Vergeltung für gleichartige Maßnahmen unserer Gegner, wie haben darauf in unseren Berichten auch in jedem Fall ausdrücklich hingewiesen.

Daß die Begründung des französischen Vorgehens somit der Wahrheit widerspricht, wird niemand in Erläuterung sehen, der die Berichte unserer Gegner kritisch zu lesen pflegt. Neu ist dagegen die brutale Offenheit, mit der die feindliche Heeresleitung eingesteht, daß sie ihren Fliegern als Angriffsziel eine fern vom Kriegsschauplatz gelegene friedliche Stadt bezeichnet hat, in der gerade den Franzosen vor dem Kriege so vielfach gastfreundliches Entgegenkommen erwiesen worden ist.

Militärische Gründe können dieses Verhalten nicht rechtfertigen, denn der einzige Verlust, den der Angriff unserer Kriegsmacht zugefügt hat, besteht in der Verwundung dreier in Lazarettspflege befindlicher Soldaten. Die abseits von der Stadt gelegene Munitionsfabrik, deren militärische Bedeutung übrigens nicht allzu groß ist, hat bis auf die Beschädigung eines Baugerüsts nicht gelitten. Obwohl sie als Angriffsziel sehr leicht erkennbar war, ist sie auch nur mit wenigen Bomben belegt worden. Schon daraus geht hervor, daß es den Franzosen gar nicht auf die Gewinnung eines militärischen Fortschritts angekommen ist. Mit noch weit größerer Deutlichkeit ergibt sich diese Tatsache aber aus dem Umstand, daß den feindlichen Fliegern nach dem amtlichen Eingeständnis der Franzosen besonders das Refugium als Ziel bezeichnet worden ist. Man hat im Lager unserer durch Spionage so gut unterrichteten Gegner zweifellos genau gewußt, daß das Schloß außer der ehrwürdigen Großherzogin Luise seit mehreren Wochen die Königin von Schweden beherbergt. Die Anwesenheit dieses, einem neutralen Herrscherhause angehörenden hohen Gastes hat die französischen Flieger jedoch nicht davon zurückgehalten, gerade das Schloß besonders heftig anzugreifen und auch in der Tat erheblich zu beschädigen. Wie groß die Gefahr für die Königin gewesen ist, zeigt unter anderem die Tatsache, daß mehrere Sprengstücke in das Zimmer der schwedischen Kronprinzessin geschlagen sind. Auch die Kinder des Prinzen Max von Baden, über deren Schlafgemach eine Bombe das Dach zertrümmert und die Decke eingeschlagen hat, sind nur mit knapper Not dem Tode entgangen. Unter der Bürgerschaft hat der Ueberfall, wie bekannt, an Toten und Verwundeten indigestam 94 Opfer gefordert.

Wir können den Angriff nach diesem Ergebnis und nach der den feindlichen Fliegern erteilten Anweisung über die Angriffsziele nicht als eine militärische Unternehmung, sondern nur als ein Verbrechen bezeichnen, dessen Rohheit von der wirklichen Höhe der vielbewunderten französischen Kultur herabdes Zeugnis ablegt.



# A. WERTHEIM

G.  
M.  
B.  
H.

Leipziger Str.

Königstr.

Rosenthaler Str.

Moritzplatz

Soweit Vorrat

Keine Zusendung

## Kolonialwaren

Gem. Backobst Pfd. 70 u. 85 Pf.	Maismehl . . . . . Pfd. 45 Pf.
Amer. Ringäpfel Pfd. 80 Pf.	Maisgrieß . . . . . Pfd. 45 Pf.
Kalif. Pflaumen Pfd. 58 78 Pf.	Tapiokamehl . . . Pfd. 50 Pf.
Pflaumen ohne Steine, Pfd. 70 Pf.	Perl-Sago . . . . . Pfd. 60 Pf.
Kalif. Aprikosen Pfd. 1.18	Makkaroni . . . . . Pfd. 75 Pf.
Kalif. Pfirsiche . Pfd. 85 Pf.	Schnitt-Nudeln . Pfd. 75 Pf.
Weißer Blatt-Gelatine . . . . . Paket 2.40 1.90	
Rote Blatt-Gelatine . . . . . Paket 2.50	
Weißer Bruch-Gelatine . . . . . Paket 1.65 1.30	
Rote Bruch-Gelatine . . . . . Paket 1.90	
Vanille in Gläsern Inhalt 3 Stangen 60 Pf. 1 M. 1.45	
Inhalt 1/4 Pfd. 3.40 3.60 3.90	
Olympia-Bouillon-Dose Inh. 10 St. 20 St. 50 St. 100 St. 500 St.	
Würfel 30 Pf. 60 Pf. 1.40 2.75 13.50	
Hühner-Bouillon-Dose Inhalt 10 St. 20 St. 50 St. 100 St.	
Würfel 35 Pf. 70 Pf. 1.60 15 M.	

## Obst und Gemüse

Rhabarber 5 Stangen 10 Pf.	Tomaten . . . . . Pfd. 80 Pf.
Radisheschen . 4 Bund 10 Pf.	Blumenkohl 10, 15, 20 Pf.
Kohlrabi . . . Mandel 30 Pf.	Kirschen . . . . . Pfd. 27 Pf.
Salat . . . . . 4 Kopf 10 Pf.	Murcia-Apfelsinen
Gurken 10, 15, 20 Pf.	Dutzend . . . . . 45 Pf.

## Butter und Käse

Tisch- und Tafelbutter Pfd. . . . . 1.74 1.78	Pflaumenmus Pfd. 38 48 Pf.
1/2 Pfd.-Pakete . . . 87 89 Pf.	Limburger . . . . . 80 Pf.
Landbutter ungesalzen Pfd. . . . . 1.52	Romatour . . . Stück 35 Pf.
Kunstspeisefett Pfd. 1.05	Edamer . . . . . Pfd. 1.10
	Harzer Käse Kiste 100 Stück 2.95

## Fleisch

Rinderbrust und -kamm Pfd. 1 M.
Rinder-Querrippe Pfd. 90 Pf.
Pökelkamm . . Pfd. 1.40
Pökellungen . . Pfd. 1.20

## Fische

Kabeljau in ganz. Fischen, Pfd. 35 Pf.
Seelachs in ganz. Fischen, Pfd. 30 Pf.
Schellfische . . Pfd. 25 u. 48 Pf.
Rotzungen . . . . . Pfd. 48 Pf.
Aalquappen . . . . . Pfd. 35 Pf.
Große Makrelen . . Pfd. 30 Pf.
Salzfische in ganz. Fisch, Pfd. 40 Pf.
Kopf- od. Schwanzstück 35 Mittelst. 45 Pf.
Klippfische in ganz. Fisch, Pfd. 65 Pf.
Lebende Schleie . . Pfd. 95 Pf.
Leb. Aale . Pfd. 85 Pf. bis 1.60
Kleier Bocklinge 3 Stück 20 u. 25 Pf.
Ahlb. Flundern Pfd. 45 Pf.
Geräuch. Aal Pfd. 1.40 1.70

## Geflügel

Junge Küken 1 M. bis 2.90
Suppenhühner Stück . . . . . 2.65 bis 4.25
Enten . . Stück 3 M bis 5.50
Junge Gänse Pfd. 1.20 1.30

## Freitag und Sonnabend Bowlenwein

Obermoseler . . 67 Pf. 65 Pf.
Wormeldinger . 77 Pf. 75 Pf.
1911er Wintringer 85 Pf. 82 Pf.
Rheinischer Apfelwein 44 Pf. 42 Pf.
1910er St. Mathieu 72 Pf. 70 Pf.
1910er St. Barbara 85 Pf. 82 Pf.
Fruchtsäfte einschließl. Flasche
garantiert rein, mit Zucker eingekocht
Himbeer, Kirsch, Johannisbeere 1.15

## Wurstwaren

Zerelat- und Salamiwurst Pfd. 2.35
Bauernmettwurst Pfd. 1.80
Mettwurst nach Braunschweiger Art 2.05
Landleberwurst Pfd. 1.30
Jagdwurst . . . Pfd. 1.60
Rotwurst Pfd. 95 Pf. 1.30
Teewurst . . . . . Pfd. 2.10
Geräuch. magerer Speck Pfd. 1.70

Saison-Ausverkauf

in fast allen Abteilungen

bedeutend herabgesetzte Preise

## Herren-Anzüge

Leichter Sommer-Cheviot 42.- Leicht. Sommer-Cheviot oder Kammgarn 56.-

## Lüster-Jacketts

Ein Posten, schwarz und farbig . . . 5.25 6.25

## Wasch-Anzüge

für Herren 20.- 24.- aus bastartigen Stoffen

Theater für Freitag, den 18. Juni.  
 Deutsches Künstler-Theater 8 1/2 Uhr Die Schöne vom Strand  
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb. 8 Uhr La Traviata.  
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater 8 1/2 U.: Eine unmögliche Frau.  
 Kleines Theater 8 Uhr Jettchen Gebert  
 Lessing-Theater 8 1/2 U.: Seine einzige Frau  
 Lustspielhaus 8 1/2 U.: Herrschaftl. Diener gesucht  
 Monats Operetten-Theater 8 Uhr: Hoheit tanzt Walzer  
 Schiller-Theater O. 8 Uhr: Lumpacivagabundus  
 Schiller-Th. Charlottenbg. 8 Uhr: Nacht und Morgen.  
 Thalia-Theater 8 Uhr: Heines „Junge Leiden“  
 Hirsch, Hühneraugenoperateur: Königl. Sächs. Hofchauspieler Hanns Fischer als Gast.  
 Theater am Nollendorfpl. 8 1/2 U.: Immer feste druff!  
 Trianon-Theater 8 1/2 Uhr Die Heiratsschule  
 Volksbühne. Theater am Bülowplatz 8 1/2 Uhr Die Lokalbahn. Hierauf: Die Medaille



# Liebesgaben

Inferate versprechen Erfolg im

## Vorwärts

Hauptexpedition Berlin SW 68, Lindenstraße 3

**WINTERGARTEN**

Zum 25. Male!

**Venus im Grünen**

Operette in 1 Akt. v. Rud. Lothar.  
Musik von Oskar Straus.  
Außerdem:  
**Guido Thielscher**  
sowie der  
glänzende Juni-Spielplan.

## Dokumente

zum Weltkrieg 1914

Herausgegeben von Eduard Bernstein

Heft 1: Das deutsche Weisbuch Preis 30 Pf.  
 Heft 2: Das englische Weisbuch 1. Die Geschichtsdarstellung und die Erklärungen der Minister. Preis 30 Pf.  
 Heft 3: Das englische Weisbuch 2. Der Devisenwechsel des britischen Auswärtigen Amtes. Preis 50 Pf.  
 Heft 4: Das russische Weisbuch Preis 30 Pf.  
 Heft 5: Das belgische Weisbuch Preis 30 Pf.  
 Heft 6: Das Weisbuch Frankreichs. 1. Vorboten und Vorspiel. Preis 30 Pf.  
 Heft 7: Das Weisbuch Frankreichs. 2. Die Zeit vom 24. bis 28. Juli 1914. Preis 30 Pf.

Buchhandlung Vorwärts  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

**URANIA**

Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
An den Grenzen von Südtirol und Italien.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger. Anf. 8 U.  
Zum 136. Male:  
**Im Schützengraben**  
Wittlich'sche Seitbild von Weibel. Wittlich'sche u. deren Angehörigen vollkommen freier Zutritt zu b. Steit. Sängern.

**Rose-Theater.**  
8 1/2 Uhr Unsere Prachtmädel.  
Gartenbühne: Die Försterchristl.  
**Walhalla-Theater.**  
8 Uhr: Eine Meile in der Minute.  
Gartenbühne: Apollo-Sänger.

**Voigt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
Täglich:  
**Eine Nacht in Berlin**  
Volksstück mit Gesang in 3 Aufzügen.  
**Erstklassiges Varieté**  
Stoffeneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

**Palast**  
Theater am Zoo  
Tägl. 8 Uhr. Sonntags 8 1/2 u. 8 Uhr  
R. Steidl - Adelmanns  
Neu! Neu!  
Die berühmte Weltmeisterin „Charlotte“  
in ihren neuesten Produktionen auf künstlichem Eis.  
?Palast? - Asra  
u. das weit. sensat. Juni-Programm.  
KI Preise. Angen. kühl. Aufenthalt

**Hämorrhoiden**  
schwinden schnell u. schmerzlos durch  
Myobalanum, altes bewährtes  
äußerliche Anwendung M. 2.50.  
Otto Reichel, Berlin 43, Usantstr. 4

**Arbeiter-**  
Gesundheits-Bibliothek  
Jedes Heft 20 Pfg.

**Für Feldsoldaten!**  
Deutsch - Dänisch 15 Pfg.  
Deutsch - Französisch 15 Pfg.  
Buchhandlung Vorwärts.

**Mechaniker-Kittel - Schlosser-Anzüge**  
kaufen Sie am besten und billigsten in dem größten Spezialgeschäft von  
**Kohnen & Jöring, Arbeits- und Berufs-Kleidung**  
Alexanderstraße 12. Rosenthaler Straße 53. Landsberger Allee 148. Neukölln, Bergstr. 66.



Neue Einschüchterungsversuche.

Auf dem Verbandstage der Pommerischen Genossenschaften hielt am Mittwoch der bekannte Freiherr v. Wangenheim eine Rede, die von der „Deutschen Tageszeitung“ unter Verwendung reichlichen Zitierdrucks ausführlich wiedergegeben wird.

Freiherr v. Wangenheim sagte u. a. nach der „Deutschen Tageszeitung“:

„Der Herr Oberpräsident hat bereits hervorgehoben, daß wir vor neuen schweren Aufgaben stehen. Mögen diese Aufgaben so schwer sein und so schwer werden, wie sie wollen, möge auch die fürchterliche Dürre, die uns jetzt heimsucht und die eine schlechtere Ernte zur Folge hat, als vor einiger Zeit in Aussicht stand, uns schaden, wir werden mit einer Organisation, welche jetzt mit Beginn des neuen Wirtschaftsjahres einsetzt, auch diese Schwierigkeiten glatt überstehen, wenn wir so weiter zusammenarbeiten, wie es bisher geschehen ist. Und wir können nur den einen Wunsch, die eine dringende Forderung aussprechen, daß nicht irgendein leitender Staatsmann etwa aus Besorgnis über die Zukunft, welche uns wirtschaftlich bevorsteht, nun dahin gelangen könnte, einen vorzeitigen Frieden zu schließen, oder eine schwächliche Nachgiebigkeit zu zeigen, gegenüber den Drohungen, welche heute von jenseits des großen Teiches zu uns herüberkommen.“

Was hat der Eintritt von Italien in die Reihe unserer Gegner für einen Eindruck überhaupt gemacht? Das deutsche Volk ist den Italienern gegenübergetreten mit dem Gefühl, das ihnen gebührt, mit dem Gefühl der Verachtung. (Sehr richtig!) Von Erregung haben wir nichts gemerkt. Aber ebensovienig glaube ich, würde das deutsche Volk es verstehen und würde es je vergeben, wenn sich ein Staatsmann finden sollte, der nun ungerühmterweise die Segel streiche vor Drohungen, welche von jenseits des großen Wassers kommen. Möge Amerika unsere Schiffe und sonstigen Werte beschlagnahmen, mehr als die Vereinigten Staaten uns heute schon schaden, können sie uns auch dann nicht schaden, wenn sie uns den Krieg erklären. (Sehr richtig!) Was spielen diese paar Milliarden für eine Rolle gegenüber dem, was auf dem Spiele steht. Wir wollen hier ganz klar und fest zum Ausdruck bringen, daß wir durchhalten wollen gegen alle Feinde, mögen sie von diesseits oder von jenseits des Wassers kommen. Wir richten die dringende Bitte an den höchsten Kriegsherrn und an die leitenden Männer im Deutschen Reich: Im Gottes Willen keine schwächliche Nachgiebigkeit! Wir können durchhalten und werden durchhalten.“

Diese Rede ist in der Tat ein gewichtiges Glied in einer Kette unverantwortlicher Treibereien (um den Ausdruck zu gebrauchen, der in der Presse so beliebt ist, die Herrn v. Wangenheims Standpunkt teilt), die auf nichts Geringeres abzielen, als den verantwortlichen amtlichen Stellen Knüttel zwischen die Beine zu werfen und sie zu Schritten zu drängen, vor denen jede gesunde politische Überlegung warnen muß.

Daß Deutschland sich nach Möglichkeit eine friedliche und ehrenvolle Zukunft zu sichern hat, ist eine Selbstverständlichkeit, die wirklich nicht bis zur Abgedroschenheit wiederholt zu werden braucht. Es gibt in Deutschland nicht einen Menschen, der diesen Wunsch nicht hegte. Ist schon deshalb die ewige Wiederholung dieser Forderung eine Überflüssigkeit, so sollten sich konservative Politiker gerade von ihrem Standpunkt aus vollends sagen, daß es geradezu eine Verleumdung deutscher Staatsmänner — und Herr v. Wangenheim sprach ja wiederholt von leitenden deutschen Staatsmännern! — ist, ihnen nicht von vornherein im weitesten Umfange eine solche Überzeugung zuzutrauen.

Und bedenken denn die Herren, die durch ihre kräftige, bis zur Dürchdringung kräftige Sprache im Ausland den Eindruck der deutschen Stärke zu erwecken beabsichtigen, gar nicht, wie sehr sie ihrer ureigensten Absicht entgegenarbeiten, wenn sie durch ihre überhöfliche Polemik gegen amtliche Stellen im Ausland die Auffassung verbreiten helfen, als bedürften die leitenden Staatsmänner Deutschlands eines so robusten Zuredens, um eine Politik einzuhalten, die Deutschlands „ehrenvolle Zukunft“ sichert?!

Es ist ein geradezu befremdendes Schauspiel: dieselben Herren, die deutschen Blättern, die eine vernünftige realpolitische Auffassung der Dinge verfechten, den Vorwurf machen, daß sie im Ausland den falschen Eindruck einer deutschen Schwäche erregten, halten es für politisch klug, denselben Ausland den Anschein vorzuspiegeln, als ob leitende deutsche Staatsmänner nur durch einen Ton an ihre Pflicht erinnert werden könnten, der sehr wenig von „der guten Kinderstube“ verrät, auf die man sich doch sonst so viel zu gute tut!

Wer in diesem Falle das Ansehen des deutschen Volkes gefährdet, wird bei einigen Nachdenken auch der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ nicht rätselhaft sein!

Bisher galt unter Gebildeten die Ansicht, daß man einer guten Sache durch ungehörlich starke Ausdrücke keineswegs diene und daß der Starke nicht zu Verbalinjuriere zu greifen braucht. Und wir glauben nicht nur im Namen des guten Geschmacks, sondern auch im Sinne der verantwortlichen Leiter der deutschen Politik zu handeln, wenn wir gegen die von Herrn v. Wangenheim beliebte Tonart zur Wahrung des Kulturansehens der deutschen Nation ausdrücklichste Verwarnung einlegen. Wir erklären deshalb den Italienern Adresse gerichteten Ausdruck der „Verachtung“ für ebenso unangebracht, wie die Redensart von der „Großmäuligkeit“ Amerikas. Es stünde traurig um Deutschlands Sache und um die Kulturlehre des Vaterlands der Goethe und Kant, wenn nur mit solchen Mitteln innerpolitische und internationale Konflikte entschieden werden könnten!

Grundbesitzerfragen und Kriegsfürsorge

vor der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Bei der Fortsetzung der Beratung über den Antrag Brüll in der veränderten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses führte zunächst der Berichterstatter zu der Lage des städtischen Grundbesitzes, Abg. Dr. Boenisch aus: Der städtische Grundbesitz habe wie jeder andere Erwerbszweig unter den allgemeinen Folgen des Krieges zu leiden und diese Nachteile natürlich ebenso zu tragen wie die anderen Erwerbsstände. Zu diesen allgemeinen Nachteilen gehöre das Abwandern der Mieter aus besseren in die billigeren Wohnungen, das Leerstehen von Wohnungen, das Sinken der Mietpreise, die Verteuerung des Hypothekentapitals, die Verteuerung des Hypothekemarktes überhaupt. Darüber hinaus aber der Hausbesitzerstand noch unter besonderen Kriegsnachteilen zu leiden, die sich vornehmlich aus den Kriegsbeschlagnahmungen ergäben. Hierbei gehöre insbesondere die Bundesratsverordnung vom 4. August 1914, betreffend den Schutz der in Folge des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen. Diese Verordnung äußere ganz spezifische Wirkungen hinsichtlich der Bewertung der zu vermieteten Wohnungen: Sie mache es infolge der Auslegung des gerichtlichen Verfahrens den Hausbesitzern in weitem Umfange unmöglich, aus ihren Mietwohnungen, soweit sie an Kriegsteilnehmer bzw. deren Familien vermietet seien, den erforderlichen Betrag zu erzielen. Ähnliche Wirkungen äußere die Bundesratsverordnung vom 7. August 1914, betreffend die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsstufen hinsichtlich der Mieter überhaupt, auch wenn sie nicht Kriegsteilnehmer seien. Vorzugsweise handle es sich dabei um Kleinmieter, und bei den Besitzern von Häusern mit Kleinwohnungen könnten die Mißstände in derartigen Grade sich häufen, daß die Hausbesitzer mit ihrem wirtschaftlichen Untergange bedroht seien. Solche Hausbesitzer könnten jetzt tatsächlich in die Lage kommen, ihre Mietwohnungen den Inhabern auf nicht abschbare Zeit ohne Entgelt überlassen zu müssen, ja, noch Wasser, Licht und Heizung dazugeben. Andererseits ließen ihre Verpflichtungen an Hypothekenzinsen, Steuern, Reparaturkosten und dergl. natürlich in derselben Weise, vielfach sogar in verstärktem Maße, fort wie in normalen Zeiten. Stichproben hätten Mietsausfälle von über 20 Proz. der

Jahresmiete allein an solchen Kriegsschäden ergeben. Natürlich sei das bei der leider vielfach vorhandenen hohen Verschuldung für die Hausbesitzer auch nur auf kurze Zeit nicht erträglich. Es sei nun seitens der Gesetzgebung wiederum verschiedenes geschehen, um die dem Hausbesitzer durch die Kriegsbeschlagnahme aufgebürdeten Lasten zu mildern. So verfolge diesen Zweck zunächst die Bundesratsverordnung vom 15. Dezember 1914, betr. Einigungsämter. Diese Einigungsämter sollen einen billigen Ausgleich vermitteln in Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern sowie zwischen Hypothekenschuldnern und Hypothekengläubigern. Ferner seien die vom Reich und vom preussischen Staate für die Kriegsschäden bereitgestellten Mittel zum Teil in den Dienst der Mietunterstützung gestellt worden. In der Praxis würden diese Mietunterstützungen in sehr verschiedenartigem Maße und unter verschiedenartigen Bedingungen gewährt. Einen besonders heftigen Stein des Anstoßes bilde die Bedingung, daß die Hausbesitzer ihrerseits auf einen oft außerordentlich hohen Anteil der vereinbarten Miete verzichten müssen, wenn ihre Mieter überhaupt eine Mietunterstützung seitens der Gemeinden erhalten sollen. Nicht mit Unrecht werde von Seiten der Hausbesitzer hierin eine Abänderung der Evidenzpflicht, die den Gemeinden sowieso obliege, erblüht. Ferner sei nicht abzuleugnen, daß durch den auf diese Weise den Hausbesitzern abgedungenen Verzicht auf einen Teil der Miete eine Klüft entstehe zwischen den Einnahmen und den Ausgaben der Hausbesitzer, die diese nicht tragen könnten. Des weiteren habe die Gesetzgebung Maßnahmen zur Regelung des Verhältnisses zwischen Hypothekenschuldnern und Hypothekengläubigern ergriffen. Hier sei namentlich hinzuweisen auf die Verordnung vom 22. Dezember 1914, betreffend die Bewilligung von Zahlungsstufen bei Hypotheken und Grundschulden, wodurch bei der Rückzahlung dieser Schulden den Schuldnern eine Zahlungsfrist bis zu sechs Monaten gewährt werden könne, wenn die Lage des Schuldners es rechtfertige und dem Gläubiger kein unverhältnismäßiger Schaden, daraus erwachse. In vielen Fällen reiche diese Frist aber nicht aus, wohl aber würde es vielfach möglich sein, die Hypotheken zu regulieren, wenn die Frist länger wäre. Wenn es zur Zwangsversteigerung komme, so habe die Gesetzgebung wiederum eingegriffen durch neuerliche Verordnungen, wodurch Aufschub bewirkt werden könne. Selbstverständlich sei dies aber mit erneuten Kosten verbunden und die angedrohte Zwangsversteigerung überhaupt kein empfehlenswerter Ausweg. Die Hypothekennote werde nach Ansicht des Berichterstatters nach dem Kriege nicht leichter, sondern schwerer werden, wie sie auch schon vor dem Kriege außerordentlich großen Umfang angenommen habe. Unter diesen Umständen könne man die bisherigen Maßnahmen lediglich als Palliativmittel bezeichnen. Endgültige Abhilfe würde nur durch planmäßiges umfangreiches Vorgehen mit positiven Maßregeln auf diesem Gebiete zu erzielen sein. Im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse mühe schließlich noch mit allen Mitteln die Wiederbelebung des Baumarcktes überhaupt betrieben werden. Am leichtesten würde dies ins Werk zu setzen sein durch eine Fürsorgetätigkeit, durch welche der Bau von Kleinwohnungen und Mittelwohnungen, in den großen Städten namentlich, gefördert würde. In diesen Wohnungen sei heute schon Mangel, während an größeren Wohnungen in weitem Umfange Überangebot herrsche. Nach dem Kriege werde der Bedarf an Klein- und Mittelwohnungen voraussichtlich noch stärker hervortreten und es sei deshalb um so bedauerlicher, daß gegenwärtig vielfach der Bau von solchen Kleinwohnungen nicht nur nicht gefördert, sondern in einzelnen Orten wenigstens geringes Entgegenkommen finde. Die Belebung des Baumarcktes würde zu den erfolgreichsten Mitteln gehören, unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege wieder aufzurichten, denn kaum irgendein Gebiet gebe es, welches so allgemein die Tätigkeit des Handwerks wie der Großindustrie in Anspruch nehme wie der Baumarkt.

In der Zusammenfassung dieser Darlegungen machte der Berichterstatter Vorschläge zur Regelung des Verhältnisses zwischen Mieter und Vermieter, zwischen Hypothekenschuldner und Hypothekengläubiger und endlich zur Belebung des Baumarcktes.

Der Minister des Innern führte aus, es sei die Lage des städtischen Grundbesitzes vor dem Kriege schwierig gewesen und sei während des Krieges noch schwieriger geworden. Durch die Bundesratsverordnung vom 22. Dezember 1914 und vom 22. April 1915 und vom 20. Mai 1915 sei der Versuch unternommen worden, die Lage der Hausbesitzer zu bessern. Vor dem Kriege habe eine Kommission getagt, die die Lage des städtischen Grundbesitzes beriet. Er wünsche, diese Kommission möge bald wieder ihre Verhandlungen aufnehmen können. Erreicht werden müssen: erstens unkündbare Hypotheken, zweitens zweite Hypotheken, drittens amortisierbare Hypotheken.

Bei dem Realcredit sei zu unterscheiden zwischen organisiertem und unorganisiertem Realcredit. Der Realcredit belaufe sich auf circa 60 Milliarden im Reich, wovon 40 Milliarden auf Preußen entfielen, von diesen etwa 20 Milliarden auf den unorganisierten Realcredit. Bedenke man, daß der Gesamtrealcredit bei einem Durchschnittszinssatz von nur 4 Proz. einen jährlichen Zinsbetrag von 1,6 Milliarden darstelle, so könne man sich eine Vorstellung

Vom „Eisenbahnkrieg“.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben: Um einen Überblick über die Vorbereitungen für den „Eisenbahnkrieg“ zu gewinnen, bedenke man, wie es in den kritischen Tagen Anfang August 1914 in Deutschland aussah: Es war Frieden und Keizezeit. Die großen Truppenübungsplätze in jedem Corpsbezirk waren mit Truppen voll besetzt. Der Güterverkehr stand auf gewohnter Höhe. Bis zuletzt glaubte alles an die Erhaltung des Friedens; auch sonst hätten Kriegsvorbereitungen der Eisenbahnen aus politischen Gründen unterbleiben müssen.

Am 2. August wurde der Krieg erklärt. Alles, was unterwegs war, eilte zur Bahn, um die Heimat vor dem Einsehen der großen Militärtransportbewegungen zu erreichen; Angehörige suchten ihre Söhne und Brüder auf, ihnen vor dem Ausrücken ins Feld noch Lebenswohl zu sagen. Die nach den Übungsplätzen ausgerückten Truppen wurden schleunigst in ihre Garnisonen zurückbefördert.

Die Vereisung unserer Armeen mußte zum Teil im industriereichen westlichen Grenzgebiete erfolgen. Tausende langer Militärzüge sollten dorthin fahren. Die Bahnhöfe mußten bis dahin von den großen Mengen beladener und unbeladener Güterwagen geräumt sein, um einer unentwirrbaren Verstopfung im Aufmarschgebiet vorzubeugen.

Gleichzeitig legten andere große Transportbewegungen ein, die unser Vaterland in allen Richtungen durchzogen. Lange Züge mit leeren Wagen und Reihen zusammengepöppelter Lokomotiven zogen dorthin, wo nach sorgfältiger Berechnung beim Beginn des Aufmarsches Wagen- oder Lokomotivmangel eintreten mußte. Die Lage unserer verkehrsreichen und verkehrsschwachen Gegenden läßt die Hauptrichtungen dieser Eisenbahnbewegungen erraten. Dann die eigentlichen Mobilisierungstransporte: Die Beförderung von Millionen von Reservisten und Landwehrmännern zu ihren Bestimmungsorten; daneben die Zufuhr von Gerät und Material für die Truppen und die Armierung der Festungen. Die ganz verschiedene Bevölkerungsdichte unseres Vaterlandes läßt auf die hauptsächlichsten Wege dieser Transporte schließen. Aus den Gegenden Deutschlands, wo unsere Pferdegucht blüht, rollten die Züge nach feststehendem Plan an alle die Orte, wo zur Aufstellung der Feldformationen gegenüber dem Friedensbestande bedeutend mehr Pferde gebraucht wurden. Aus

wie reichlichen Gegenden gingen lange Züge mit Schlachtvieh zu den Armeekonferenzfabriken. — Schließlich sei noch der gewaltigen Bewegung gedacht, welche die Kohlen aus den großen Bergwerksrevieren den Häfen der Marine vom ersten Tage ab ohne Unterbrechung zuführt.

Wenige Stunden nach dem Ausbruch der Mobilmachung gingen die ersten Züge an unsere Grenzen, um sie gegen feindlichen Einfall zu schützen. Von Tag zu Tag scholl diese Aufmarschbewegung an, bis zu dem Zeitpunkt, wo unsere Armeen vormarschbereit an den Grenzen standen und ungenügende Magazine hinter ihrer Front bis tief nach Deutschland hinein planmäßig mit Vorräten an Verpflegung, Munition usw. gefüllt waren.

Ein Durcheinander gewaltiger Bewegungen auf den deutschen Schienenwegen! Zug um Zug unter Verächtlichung der jeweiligen, mit den Jahreszeiten sich verändernden Verhältnisse, im Frieden festgelegt und nach Ausbruch der Mobilmachung pünktlich durchgeführt.

Das war in großen Zügen die Friedensarbeit der Eisenbahnabteilung des Großen Generalstabes in Berlin und ihrer Organe, der Linien-Kommandanturen. Daß diese Arbeit ein enges Zusammengehen mit vielen anderen Behörden, namentlich den Eisenbahnverwaltungen, zur Vorbedingung hat, liegt auf der Hand.

Die Transportbewegungen auf den Eisenbahnen sind glatt verlaufen. Wie leicht konnte aber durch höhere Gewalt, menschliches Versehen oder auch verbrecherische Hand an irgend einer Stelle unseres engmaschigen Bahnnetzes eine ernste Störung eintreten, welche die rechtzeitige Vereisung des Heeres an der Grenze in Frage stellen konnte. Die Eisenbahnabteilung mußte daher bei ihren Vorbereitungen die nach unseren geographischen Verhältnissen ehest zu erwartenden und schwerwiegendsten Störungen berücksichtigen. Die Organe der Eisenbahnabteilung mußten auch durch mannigfache Friedensübung so geschult werden, daß sie mit sachkundiger Hand, mit Geschick und Verantwortungsbewußtsein bei allen Störungen so eingriffen, daß trotz alledem das Ziel unserer Transportbewegungen pünktlich erreicht wurde. — Wenn auch die Erwartungen eines glatten Aufmarsches nicht getäuscht sind, so darf man doch zuversichtlich annehmen, daß man einwiger Störungen Herr geworden wäre, und daß trotz aller Hemmnisse die Armeen zur rechten Zeit an der Grenze bereit gestanden hätten.

Diese Schulung der Militär-Eisenbahn hat sich aber auch während des Krieges belohnt gemacht. Wie die Truppenführer die Marschkolonnen auf den Straßen je nach den eintreffenden Nachrichten vom Feinde auf neue Marschziele leiten, so werden die auf den Schienenwegen tausenden Heeresverbände unter Verüd-

sichtigung der besonderen Eigenarten der Eisenbahnen je nach der operativen Lage in andere Richtungen gebracht. Die Geschwindigkeit der beteiligten Offiziere und Beamten in der Führung der „Eisenbahnmarschkolonnen“ hat zu den herrlichsten Erfolgen im Osten und Westen wesentlich beigetragen, ihren schönsten Lohn aber in den letzten Siegen in Galizien geerntet. Die Vorbedingung für diese Beweglichkeit und Wendigkeit der „Eisenbahnmarschkolonnen“ ist ein gut entwickeltes Bahnnetz. — Das führt uns zur letzten großen Friedensaufgabe der Eisenbahnabteilung: der Überwachung des Bahnausbaues. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe lag daran, daß die Wege des deutschen Handels oft andere gewesen sind als die Wege zu unseren Feinden im Westen und Osten. Weit vorausschauend mußten die für die militärischen Bedürfnisse und die für die Entwicklung von Handel, Industrie und Landwirtschaft erforderlichen Bahnbauten festgelegt und die Dringlichkeit gegenständig sorgsam abwogen werden. — Auch die Berücksichtigung der militärischen Interessen bei kleineren Ausbauten mußte überwacht werden.

Als der Aufmarsch unserer Armeen an den Grenzen vollzogen war, und der Vormarsch begann, begab sich der Chef der Eisenbahnabteilung mit seinem Stabe als „Chef des Feld-Eisenbahnwesens“ im Gefolge Seiner Majestät ins Feld.

Mit dem Tage der Mobilmachung ist die Stellung der Militär-Eisenbahnbehörden gegenüber den deutschen Eisenbahnverwaltungen völlig geändert. Sämtliche Eisenbahnen Deutschlands befinden sich seitdem im Kriegsbetriebe, d. h. die Bahnverwaltungen sind bezüglich der Einrichtung, Fortführung, Einstellung und Wiederaufnahme des Bahnbetriebes den Anordnungen des Chefs des Feld-Eisenbahnwesens unterworfen. Die Ausführungsanweisungen für die Regelung des Kriegsbetriebes gibt er durch die Linienkommandanturen; auch steht ihm für die Arbeit in der Heimat die Eisenbahnabteilung des stellvertretenden Großen Generalstabes in Berlin zur Verfügung.

Zu dem heimischen Bahnnetz trat bald Bahngelände in eroberten Landesteilen hinzu. Unsere Truppen sind im schnellen Ansturm weit in das Innere des feindlichen Landes vorgedrungen, aber die Gegner haben auf allen Kriegsschauplätzen noch Zeit gefunden, beim Rückzuge die meisten größeren Brücken zu sprengen und viele Tunnel zu sperren. Die Schienenwege müssen den vorwärts bringenden Armeen dicht auf den Ferien bleiben, wenn anders deren Vormarsch nicht gehemmt werden soll. Dies bedingt schnellste Wiederherstellung und Inbetriebnahme der feindlichen Bahnen.

Für diese Aufgaben waren nach Ausbruch der Mobilmachung zunächst zwei Militär-Eisenbahndirektionen aufgestellt, die den



machen von der Wirkung eines Karatoriums und von der Gefährlichkeit einschneidender gesetzlicher Eingriffe. Zur Reorganisation des städtischen Realcredits seien während der letzten Jahre mancherlei Versuche gemacht worden. Bis etwa vor 10 Jahren habe es in Preußen als nahezu einzige Anstalt für den städtischen Realcredit nur das Berliner Pfandbriefamt gegeben. Inzwischen seien in Brandenburg und in Westfalen provinzielle Pfandbriefämter für den städtischen Realcredit, außerdem das Posenener Pfandbriefamt unter Beteiligung des Staates geschaffen. Diese Institute betreffen aber fast ausschließlich nur erste Hypotheken, während für zweite Hypotheken nur der unorganisierte Kredit in Frage zu kommen habe. Erst ganz neuerdings seien von einzelnen Städten auch für die zweifelhafte Hypotheken Einrichtungen geschaffen; so seien gegen 50 städtische Pfandbriefanstalten entstanden, die in der Organisation verschieden, aber im wesentlichen nach gleichartigen Grundzügen arbeiteten. Sie verlangten hohe Tilgung, 1 bis 2 Proz., Tilgung auch der Vorhypothek, die in der Regel von der Sparkasse oder einer anderen öffentlichen Kasse gegeben sein müsse, Beleihungsgrenze 75 Proz. Schwierigkeiten mache die Finanzierung, da die Gemeinden auf die Dauer mit Anleihen bei Sparbanken und sonstigen Fonds nicht auskommen würden. Die Herausgabe von Pfandbriefen sei aber der großen Masse der Städte, insbesondere den kleineren, verfallen. Hier werde eine Abhilfe einsehen müssen. Entweder müsse man die bestehenden provinziellen Pfandbriefanstalten auch für zweite Hypotheken ausbilden oder die bestehenden städtischen Organisationen zu einer Zentralfunktion, einer Zentralstadtbank, vereinigen. Diese Zentralstadtbank müsse ihrerseits Pfandbriefe ausgeben und Einfluß auf die Beleihungsgrundlagen gewinnen. Der zweite Weg, der der Zusammenfassung der städtischen Organisationen, dürfte schneller zum Ziele führen. Wenn der Wunsch bestehe, den vor den Mietvereinigungen abgeschlossenen Vergleich der Vollstreckbarkeit zu geben, so siehe dem entgegen, daß die Einigungstätigkeit der Vermieter dadurch insofern leicht lahmgelegt werden könne, als die Klage zum Abschluß von Vergleichs darüber nicht gefördert werde. Auch erfolgten die Vergleichsabschlüsse meist in formloser Art, mit der die alsbaldige Vollstreckung schwer vereinbar sei. Endlich hätten die Vergleichsabschlüsse ohne weiteres vollstreckbaren Inhalt. Was die Frage städtischer Beihilfen an die Hausbesitzer zu den gewährten Mietsnachlässen anbetreffe, so könnten die Kommunen keinesfalls zwangsweise angehalten werden, allgemein auf einen Mietsnachlaß des Hausbesitzers zu verzichten. Das würde, einen Eingriff in die Selbstverwaltung bedeuten, zu der er nicht die Hand bieten könne, zumal die Selbstverwaltungsvorgänge weit über ihre Pflicht hinaus fürsorge geleistet und hervorragende Beweise ihrer Leistungsfähigkeit abgelegt hätten. Die Zahl der Zwangsvollstreckungen sei von 629 im ersten Quartal 1914 auf 270 im gleichen Zeitraum dieses Jahres gesunken.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Berichterstatters nach verschiedenen Richtungen hin ergänzt, in einzelnen Punkten fanden sie auch Widerspruch. So wurden die vielfach aus Hausbesitzerkreisen geforderten Taxämter erwähnt, ferner die Begründung von Kriegskreditkassen zur Erleichterung der Zahlung der Hypothekenzinsen. Es wurde ferner hervorgehoben, daß ohne Verstärkung der von Reich und Staat ausgeworfenen Mittel eine Bekämpfung der Notlage nicht möglich sei. Es sei eine Auffüllung dieser Mittel nötig, damit in größerem Umfange als bisher Mietsbeihilfen gewährt werden könnten. In Fällen, in denen jetzt während des Krieges Hypothekenspekulationen fällig würden, sei nicht nur die Verlängerung der vom Bundesrat zugelassenen zinslosen Zahlungsfrist nötig, sondern auch die Möglichkeit für den Richter, bei der Fristerteilung die Bedingungen der Hypothek für die Dauer der Stundung zu regeln. Gegenüber der Ausführung des Berichterstatters wurde hervorgehoben, daß zwar nicht gebilligt werden könne, wenn seitens der Gemeinden grundsätzlich die Gewährung von Mietsbeihilfen von dem Verzicht des Vermieters auf einen Teil der Wohnungsmiete abhängig gemacht werde, daß jedoch auch das Gegenteil nicht grundsätzlich verlangt werden dürfe, da auch alle anderen Erwerbsklassen sich Schädigungen infolge der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse ohne Anspruch auf Entschädigung gefallen lassen müßten. Gegenüber Angriffen, die aus der Kommission gegen das Verfahren der Stadt Berlin bei der Gewährung von Mietsbeihilfen gerichtet wurden, stellte ein Kommissionsmitglied fest, daß es sich bei den gerügten Vorgängen um anfänglich geltende Anschauungen gehandelt habe, von denen man längst wieder abgekommen sei. Bezüglich der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten für den städtischen Hausbesitz, über deren Notwendigkeit als Ergänzung der bestehenden Kreditorganisationen volle Einigkeit herrsche, wurde hervorgehoben, daß diese Anstalten nur dann wirklich Wert hätten, wenn sie in den Stand gesetzt würden, sich das nötige Geld zu verschaffen, um auch sogenannte zweite Hypotheken zu geben. Dazu sei erforderlich, daß die Pfandbriefe dieser Anstalten für größere Bezirke, mindestens Provinzen gemeinsam und, soweit zweite Hypotheken ausgegeben würden, unter Garantie der entsprechenden Verwaltungsvorger ausgestell werden.

Der Landwirtschaftsminister führte aus, eine gesetzliche Regelung des Schenkungsverfahrens für Grundstücke, auf die sich einer der vorliegenden Anträge beziehe, sei bereits vor dem Kriege vorbereitet worden. Es sei aber fraglich, ob sich eine Einbringung der Gesetzesvorlage während der Kriegsdauer empfehle. Gleichfalls vor dem Kriegsausbruch sei schon der Errichtung weiterer Pfand-

Briefanstalten für den städtischen Grundbesitz ständig Aufmerksamkeit zugewendet worden. Die Staatsregierung werde auch dafür sorgen, daß die Verhandlungen mit den Provinzialbehörden während des Krieges weitergeführt würden, um nach Möglichkeit schon beim Friedensschlusse den Betrieb neuer Pfandbriefanstalten zu können. Diese Anstalten würden auch für zweifelhafte Hypotheken auszubauen sein, für die das Bedürfnis besonders dringend werden würde. Dem Antrage auf Einrichtung einer staatlichen Kriegsdarlehnskasse für städtischen Grundbesitz — zwecks Gewährung von Vorläufen an Hausbesitzer zur Zahlung von Hypothekenzinsen usw. — könne die Staatsregierung nicht entsprechen. Die Gründung solcher Hilfskassen müsse, wie es bereits auf anderen Gebieten geschehen sei, den Hausbesitzerkreisen selbst überlassen bleiben.

Schließlich wurden folgende Anträge von der Kommission angenommen:

1. daß die durch die Bekanntmachung des Bundesrats vom 17. Dezember 1914 gegebenen Bestimmungen, wonach die Erstattungsfähigkeit der den Gemeinden für die Kriegswohlfahrtpflege entstandenen Kosten in der Regel auf ein Drittel beschränkt ist, mit Rücksicht auf die immer dringlicher hervortretende Notwendigkeit, Mietsunterstützungen in erhöhtem Maße als bisher zu gewähren, in Fortfall kommt und die Verwendungsvorschriften für die gleichermaßen seitens des preussischen Staates zur Verfügung gestellten Mittel entsprechend geändert werden;
2. daß die nach der Bekanntmachung, betreffend die Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypotheken und Grundschuldschulden vom 22. Dezember 1914 (Reichsgesetzblatt S. 543) zu lässige Bewilligung einer Zahlungsfrist bis auf ein Jahr erstreckt werden kann, wenn die Lage des Belasteten es rechtfertigt und dem Gläubiger kein unverhältnismäßiger Nachteil erwächst;
3. daß noch während des Krieges vorbereitende Maßnahmen getroffen werden zur Erleichterung des städtischen Realcredits auf der Grundlage öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten dergestalt, daß diese Kreditanstalten alsbald nach Beendigung des Krieges ihre Tätigkeit beginnen können;
4. daß die Gemeinden veranlaßt werden, die Gewährung von Mietsbeihilfen aus Anlaß des Krieges nicht allgemein abhängig zu machen von der Forderung, daß der Vermieter auf einen Teil seiner Mietforderung Verzicht leistet;
5. daß, nachdem es durch den Schluß des Landtages nicht möglich geworden ist, das Wohnungsgezet zu ändern, durch den insbesondere der Bau von Kleinwohnungen zwecks Verhütung sozialer Notstände und Hebung des Baugewerbes gefördert wird.

6. die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, der Not von Garkochbesitzern und Wohnungsvermietern in solchen Seebädern, in denen aus militärischen Gründen der Badebetrieb verboten ist, durch Gewährung von staatlichen Beihilfen zu steuern.

#### Zu Nr. 7 des Beratungsplanes: Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer

gab der Berichterstatter Abg. Dr. Schroeder (Kassell) einen Ueberblick über die gesetzliche Entwicklung der Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer und legte insbesondere dar, wie an der Hand von vier durch den Minister des Innern neuerdings erlassenen Verordnungen allmählich der Kreis der Unterstützungsberechtigten und das Maß der Unterstützung erweitert seien und wie die Königliche Staatsregierung gerade in diesen Erlässen bestrebt gewesen sei, den sozialen Gedanken der Familienunterstützung in vollkommenem Maße zur Geltung zu bringen. Im einzelnen wies der Berichterstatter auf die Schwierigkeit der Lieferungsverhältnisse hin, denen die gesetzliche Verpflichtung obliege, die vom Reich festgelegten Mindestbezüge für das Reich aus eigenen Mitteln zu beschaffen. Zwar sei ihnen demnach eine Rückerstattung durch das Reich in Aussicht gestellt, der Zeitpunkt der Rückerstattung stehe aber noch nicht fest, sei also ganz unbestimmt, und in der Zwischenzeit müßten die Lieferungsverbände die Verzinsung dieser Auslagen selbst tragen. Die über das Mindestmaß hinausgehenden Leistungen fielen ihnen zudem endgültig zur Last. Große Schwierigkeiten entständen dadurch, daß der Begriff der Bedürftigkeit nicht feststehe, daß die Unterstützungskommission allein entscheidend sei und es ein Rechtsmittel hiergegen nicht gäbe. Offenbar würde auch an diesen Orten nicht richtig verfahren, manche Lieferungsverbände beschränkten sich ausschließlich auf die Mindestleistungen, obwohl ihnen gesetzlich die Verpflichtung obliege, darüber hinaus noch mehr Leistungen zu geben. Schwierig sei auch die Frage, in welchem Maße die Zufuhrleistungen zu erfolgen hätten, ob es bis zu vollem Verdienste des Familienvaters oder nur bis zu einem gewissen Prozentsatz, etwa bis zu drei Vierteln, kommen könne, ob die Mehrleistungen schematisch zu bemessen seien, etwa auf das anderthalbfache der Mindestleistungen, wie die Kinderzahl zu berücksichtigen sei, in welchem Maße die Unterstützung der Arbeiter anzurechnen sei, daß Erparnisse bis zu einem gewissen Betrage von etwa 8000 M. berücksichtigt werden dürften bei der Bemessung der Zufuhrleistungen und ähnlichen Fragen. Unter allen Umständen müsse daran festgehalten werden, daß

die Frage der Bedürftigkeit unter keinen Umständen nach armenrechtlichen Gesichtspunkten beurteilt werden dürfe, sondern daß die Lieferungsverbände, wie auch die Königliche Staatsregierung in ihren Erlässen es wiederholt zur Pflicht gemacht hätte, frei von Unabergigkeit verfahren und die Familien der Kriegsteilnehmer unbedingt vor Not schützen müßten. Der Berichterstatter schloß seine Ausführungen mit dem Anerkenntnis, daß das Bestreben der Königlichen Staatsregierung, die Familien der Kriegsteilnehmer in größtmöglicher Umfange vor Not zu schützen, unzweifelhaft aus allen ihren Erlässen hervorgehe und durchaus anzuerkennen sei. Aber auf der anderen Seite sei auch nicht zu verkennen, daß vielfach im Lande noch im Gegenjah zu den wohlwollenden Betreibungen der Regierung die Handhabung des Gesetzes erfolge. Das sei zu bedauern und die Regierung müsse darauf drängen, daß ihren Anordnungen überall in vollem Umfange nachgekommen werde.

Der Minister des Innern führte aus, die Staatsregierung bleibe fortwährend bemüht, das Wohl der Angehörigen der Kriegsteilnehmer zu fördern, die Not zu lindern. Die Praxis habe ergeben, daß allen dringenden Notständen nicht hätte begegnet werden können, wenn es lediglich bei den Bestimmungen des Gesetzes vom August 1914 sein Bewenden gehabt hätte. Im Einverständnis mit dem Reichsanwalt habe er eine Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen eintreten lassen. Natürlich werde dadurch ein Risiko eingegangen, da die spätere Bewilligung der Reichsmittel vorbehalten bleibe. Aber man dürfe da auf den Reichstag vertrauen, der sich der Ehrenpflicht nicht entziehen werde. Durch die Verordnung vom 28. April dieses Jahres sei die Fürsorge ausgedehnt worden auf die erwerbsunfähigen Eltern und Großeltern der Kriegsteilnehmer. Es seien das diejenigen Fälle, in denen in Friedenszeiten gemäß der Bestimmung die einzigen Ernährer von Eltern und Großeltern reklamiert werden könnten. Im Kriege gebe es derartige Reklamationen nicht. Weiterhin dehne die Verordnung vom April die Fürsorge auf uneheliche Kinder und auf Anstaltskinder aus. Die Lieferungsverbände seien angehalten, es nicht bei den gesetzlichen Mindestbeträgen bewenden zu lassen, sondern nach Bedürftigkeit über die Mindestsätze hinauszugehen. Allen Beschwerden, die solche Fälle betreffen, in denen nicht derart verfahren würde, könne er Prüfung zusichern. Für die Zuschüsse, die über die gesetzlichen Mindestsätze hinausgehen, stehen den Gemeinden einwilligend die Weitsätze aus dem 200 Millionenfonds zur Verfügung. Natürlich wäre es wünschenswert gewesen, wenn jetzt schon ein reichsgesetzliche Regelung eintreten könnte oder Reichsmittel in größerem Umfange zur Verfügung gestellt werden könnten. Aber man müsse in Betracht ziehen, daß die erste Aufgabe der Reichsfinanzverwaltung während des Krieges der Schlagfertigkeit der Armee und Marine zugewandt bleiben müsse. Man werde aber das Vertrauen haben dürfen, daß es nach dem Kriege die Finanzlage des Reiches unbedingt gestatten würde, der Pflicht der Moral und Gerechtigkeit zu genügen.

Der Minister des Innern erklärte, er werde nach wie vor mit allen gebotenen Mitteln darauf hinarbeiten, daß die Lokalbehörden nach dem Geiste des Gesetzes verfahren und er schloß mit der Feststellung, daß er sich in allen Zielen mit der Kommission einig wisse.

In der Diskussion wurde angeregt, daß von Seiten der Staatsregierung Grundzüge für die Beurteilung der Bedürftigkeit, von deren Vorhandensein die Gewährung von Kriegsunterstützungen abhängt, aufgestellt werden möchten. Angeregt wurde auch, daß eine Berufung eingeführt werden möge gegen die Entscheidungen der Lieferungsverbände betreffend die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Diese Anregung fand keine Zustimmung in der Kommission und wurde von der Regierung bekämpft. Angeregt wurde ferner, daß eine Anrechnung der Familienunterstützungen auf die Witwen- und Invalidenpensionen möglichst vollständig unterbleiben möchte, und daß für eine schleunige Festschreibung dieser Pensionen Sorge getragen werden müsse. Ein Redner regte ferner die Erleichterung der gesetzlichen Bestimmungen über die Beschleunigung und Vereinfachung des Verfahrens bei der Annahme an Kindesstatt für Kriegswaisen an. Am Schluß der Besprechung stellte der Berichterstatter nochmals fest, daß auch aus der Aussprache sich die Uebereinstimmung mit seiner eigenen Schlussfolgerung ergeben habe, daß unrichtige Handhabung des Gesetzes im Lande vorkäme, daß diese aber in seiner Weise der Zentralregierung in Berlin zur Last gelegt werden dürfte, diese vielmehr in vollem Umfange beachtet sei, den sozialen Gedanken des Gesetzes voll zur Geltung zu bringen.

## Politische Uebersicht.

### Die Bedeutung des U-Boot-Krieges.

Graf Reventlow setzt seine heftige Agitation gegen eine Milderung und zur Verschärfung des U-Boot-Krieges in der „Deutschen Tageszeitung“ mit immer stärkeren polemischen Ausfällen gegen vernünftigeren Pressestimmen fort. Wir haben keine Veranlassung, nochmals dagegen zu polemisieren. Wir wollen nur ein paar Sätze herausheben, in denen Reventlow ein sehr interessantes Urteil über die Wirkung der bisherigen U-Boot-Torpedierungen fällt; er schreibt:

### Betriebsergebnisse im eroberten Bahngebiet für Monat April 1915.

(Zahlen abgerundet)

I. Streckenlängen am Monatsende.

	ein- gleisig	zwei- gleisig	zu- sammen
a) im Militärbetrieb . . . . .	3000	4100	7100 km
b) verpachtet . . . . .	450	150	600 „
c) nicht benutzt . . . . .	550	20	570 „
d) nicht wiederhergestellt . . . . .	90	29	110 „
e) im Bau . . . . .	400	15	415 „
zusammen:	4400	4806	8785 km

II. Betriebsverwaltung.

a) Betriebsämter . . . . .	75
b) Maschinenämter . . . . .	25
c) Werkstättenämter . . . . .	10
d) Belegte Stationen . . . . .	1200
e) Betriebswerkstätten . . . . .	70
f) Gasanstalten . . . . .	5
g) Elektrische Kraftanlagen . . . . .	350

III. Wohlfahrts-einrichtungen.

a) Entschleunigungsanstalten . . . . .	20
b) Wabranstalten . . . . .	180
c) Kriegsverpflegungs-Anstalten . . . . .	35
d) Verband- und Erfrischungsstellen vom Roten Kreuz . . . . .	80
e) Uebernachtungsanstalten für Eisenbahnpersonal . . . . .	185
f) Eisenbahnerheime . . . . .	5

IV. Leistungen der Fahrzeuge.

Geleistete Wagenachskilometer . . . . .	170 500 000 km
Geleistete Zugkilometer . . . . .	8 000 000 km

Bei der Bewertung der Betriebsergebnisse muß in Rechnung gestellt werden, daß seit Uebernahme der Bahnen in ihrem oben geschilderten Zustande erst acht Monate vergangen sind, und daß der öffentliche Personen- und Güterverkehr noch im Entstehen begriffen ist. Die Eisenbahnen würden sicher schon jetzt größeren Anforderungen des öffentlichen Verkehrs entsprechen können. — Diesen von Monat zu Monat in festere Bahnen zu bringen, ist Aufgabe der Militär-Generaldirektion in Brüssel, die ebenfalls dem Chef des Feld-Eisenbahnwesens untersteht. (W. T. Z.)

Eisenbahnbetrieb in dem eroberten Gebiet so einrichten sollten, wie etwa die Eisenbahndirektionen in der Heimat.

Die eine der beiden Militär-Eisenbahndirektionen wartete in Aachen auf den Zeitpunkt, wo sie nach Belgien vorgehen könnte. Die mit den Truppen in vorheriger Reihe vorgehenden Offiziere der Eisenbahngenerale erkundeten die Bahnstörungen an den nötig verlassenen Eisenbahnlinien, zunächst bis in die Gegend Hasselt—Löwen—Namur—Marloie. Abgesehen von vielen kleineren Störungen, aufgerissenen Gleisen, umgeworfenen Maschinen usw. fand man 13 Brücken gesprengt und einen Tunnel durch mehrere, mit Wasserdampf ineinandergefahrenen Lokomotiven gesprengt. Die Telegraphen- und Fernsprechanlagen waren heruntergerissen, die hierzu gehörigen Anlagen auf den Bahnhöfen unbrauchbar gemacht. Außerdem befanden sich die Gleisanlagen in Belgien zum größten Teil in einem recht vernachlässigten Zustande; die Schienen waren schadhaft und in schlechter Gleislage. Häufig brachen die Weichen unter der Last unserer Lokomotiven. — Da mußten die Eisenbahntuppen aus Belgien; sie haben fast übermenschlich gearbeitet, um den vordringenden Armeen die Nachführung von Munition und Verpflegung zu sichern. Oft mußten lange Militärzüge in dichter Folge über die Bahnen geleitet werden, nachdem notdürftig ein Gleis freigemacht, und auf den Bahnhöfen Unteroffiziere mit einigen Leuten den Betrieb übernommen hatten. Noch hatte z. B. keine deutsche Maschine Lüttich nach Westen hin überquert, als schon der erste Zug mit deutschen Truppen, die den bei Brüssel kämpfenden Unterstützung bringen und bis Löwen vordringen sollten, in den Bahnhof einließ. Die vorliegende Strecke war gerade eben einseitig in Ordnung gebracht, Betriebspersonal fehlte ganz, die Telefon- oder Telegraphenverbindungen zwischen den Stationen waren noch nicht wieder hergestellt. Trotzdem fuhr Zug auf Zug auf Löwen vor, die entleerten Hügel kehrten auf demselben Wege zurück. Obwohl aus den Häusern auf die Hügel geschossen und fortgesetzt feige Anschläge gegen die Bahnen von einer sinnlos verheerenden Bevölkerung ausgeführt wurden, kam die Truppe doch rechtzeitig an den Feind und konnte zum entscheidenden Sieg noch beitragen.

Schritt für Schritt ging es mit der Wiederherstellung und Anbetriebnahme der Bahnen vorwärts. Am 1. September zog die Militär-Eisenbahndirektion in Brüssel ein, Ende Oktober rückte sie nach Lille vor. An ihre Stelle traten in Lüttich und Brüssel neugebildete Vintienkommandanturen.

Schließlich der Militär-Eisenbahndirektion I wurde die Militär-Eisenbahndirektion II am 20. August in Uffingen eingesetzt, am 25. August nach Libramont und am 4. September nach

Sedan vorgeschoben. Ihr folgte bis Luxemburg eine neuformierte Vintienkommandantur. Die Gebiete der beiden Militär-Eisenbahndirektionen wurden mit der Zeit so umfangreich, daß zwischen beiden noch eine dritte mit dem Sitz in Charleroi eingeschoben werden mußte.

Im Osten ist für das eroberte Gebiet Russisch-Polens eine Vintienkommandantur in Lodz eingesetzt.

Alle diese Behörden sind militärisch organisiert. Der Eisenbahnbetrieb ist militärisch und wird in den Gebietsteilen dicht hinter der Front durch Eisenbahntuppen, weiter rückwärts durch Personal, das von den deutschen Eisenbahnverwaltungen abgegeben ist, geführt.

Die Bautätigkeit der Eisenbahntuppen erstreckte sich in den ersten Monaten des Krieges vorzugsweise auf die Wiederherstellung zerstörter Eisenbahnlinien, um überhaupt mit Hilfe selbstmächtiger Mittel schnell Bahnverbindungen für die Zwecke der Armeen zu schaffen; in den folgenden Kriegsmonaten galt es, diese Bahnverbindungen zu größtmöglicher Leistungsfähigkeit auszubauen. Neue Vollbahnen wurden gelegt, wo die vorhandenen im militärischen Interesse der Ergänzung bedurften, oder wo unsere Bahnen in das eroberte Land hinein keine Fortsetzung hatten.

Bei den ungünstigen Geländebedingungen und dem schlechten Zustande der durch den nassen Winter aufgeweichten Wege war man im vordersten Teile des Operationsgebietes zur Anlage eines vielmäßigen Netzes von Nebenbahnen, von Feld- und Förderbahnen angedungen, um Munition und Verpflegung bis dicht an die Stellungen unserer Truppen vorzuführen. Eine längere Feldbahn hat nur in Polen für den Nachschub einer Armee vorübergehend Bedeutung gewonnen.

An Stelle der Notbrücken mußten im Laufe der Zeit zur Erhöhung der Betriebsleistung und Betriebssicherheit Brücken mit permanentem Charakter treten. Die Durchführung dieser Bauten geschah vorn im Operationsgebiet durch die Eisenbahntuppen, im weiter rückwärts gelegenen Etappengebiet durch deutsche Privatfirmen. Im Laufe des Krieges sind bisher 104 größere Brücken gebaut, 8 Tunnel wieder hergestellt und 14 größere Vollbahnen dem Betriebe übergeben. Etwa 160 Bahnhöfe sind hinsichtlich ihrer Gleisanordnung, ihrer Aus- und Einlademöglichkeiten ausgebaut, zahlreiche Ueberholungsgleise für die langen Militärzüge und eine Reihe von Verbindungskurven zwischen wichtigen Bahnlinien angelegt.

Die nachstehende Zusammenstellung gibt einen Ueberblick über die Entwicklung des Militärbetriebes in den von uns besetzten feindlichen Gebieten, hierbei sind die russischen an Ost- und Westpreußen östlich der Weichsel angrenzenden Bahnen unberücksichtigt gelassen.



Wir wünschten nur, daß der Wille, das Deutsche Unterseebootmaterial zum Kriege gegen den transatlantischen Handel Großbritanniens zu verwenden, annähernd ebenso stark wäre wie die militärisch für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Kräfte. Die zahlreichen Vernichtungen von Fischdampfern und anderen kleineren Fahrzeugen in der Nordsee dürfen über den Stand der Dinge nicht täuschen. Sie sind nicht ohne Wirkung, aber solange sie nicht mit nachdrücklicher Befämpfung des transatlantischen Handels Hand in Hand gehen, kaum etwas anderes als eine nützliche Serienbeschäftigung.

Aus dieser letzten Tatsache werden viele ganz andere Schlüsse ziehen als Graf Reventlow.

### Die sächsischen Nationalliberalen für Annexionen.

Der Geschäftsführende Ausschuss und der Gesamtverband des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen hielt am Sonntag, den 13. Juni, in Leipzig, Sitzungen ab. Der Gesamtverband bekannte sich, wie das „Leipziger Tageblatt“ berichtet, „einmütig zu dem Beschlusse, den der Geschäftsführende Ausschuss der Nationalliberalen Partei Deutschlands sowie die Vorsitzenden der nationalliberalen Landes- und Provinzialverbände am 16. Mai dieses Jahres in Berlin gefaßt haben und in dem der Forderung Ausdruck gegeben worden war:

„daß die gewaltigen Erfolge unseres unergleichlichen Meeres und unserer todesmütigen Flotte auch politisch restlos ausgenutzt werden müssen. Insbesondere sei im Westen das zur Sicherung und Verstärkung unserer Machtstellung zu Wasser und zu Lande nötige Gebiet politisch, militärisch und wirtschaftlich an das Deutsche Reich anzugliedern. Im Osten müssen nicht nur strategisch bessere Landesgrenzen, sondern auch neues Siedlungsland erworben werden. Unser überseeischer Besitz endlich sei in Umfang und Gestaltung unseren Interessen als Welthandelsvolk entsprechend auszubauen, wobei unser bisheriges Kolonialreich, das in diesem Kriege so treu für das Vaterland gestritten hat, erhalten bleiben müsse.“

Dieser Beschlus des Gesamtverbandes des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen ist dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg übermittelt worden.

### Verfassungsvorbot.

Das Garnisonkommando zu Brandenburg a. H. hat in einer durch die Volkzeitbehörde zugestellten Verfügung die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins mit dem Referat des Reichstagsabgeordneten Schöpfstn über „Krieg und Lebensmittelpoker“ ohne Angabe von Gründen verboten.

### Zunehmende Einsicht.

Die tiefen Wunden, die der Krieg dem Wirtschaftsleben in allen Ländern geschlagen hat, treten immer sichtbarer hervor. Es hilft nichts, daß man sich von ihnen abwendet und sich mit Illusionen zu trösten sucht — die Zahlen der Statistik reden eine zu eindringliche Sprache. Einen interessanten Beitrag zu dieser Frage lieferte kürzlich der Ingenieur R. Gelpke in einem Vortrag in der Basler Sektion der Neuen Helvetischen Gesellschaft. Nach seinen Angaben betrug die Einbuße des Welthandels von Anfang August bis Ende Dezember 1914 rund 40 Milliarden Frank und dürfte bis Ende Juli 1915 auf 100 Milliarden ansteigen. Unter diesem Ausfall haben nicht nur die kriegführenden, sondern auch die entferntesten Staaten, wie Argentinien und Chile stark gelitten.

Der Krieg — bemerkte der Referent — bestätigt die Tatsache, daß bei der wechselseitigen Verknüpfung der Länder durch Handel und Verkehr alle Staaten unerschütterlich in die Katastrophe hineingezogen werden. Damit fällt ein äußerst verhängnisvolles handelspolitisches Vorurteil dahin, welches darin bestand, daß eine unbedeutsame Konkurrenz beseitigt werden könne, ohne daß die eigenen produktiven Kräfte dadurch beeinträchtigt würden. Tatsächlich wird aber mit der Lahmlegung des fremden Handels die eigene Wirtschaft mit vernichtet. Daß diese Wahrheit keine allgemeine Verbreitung gefunden, liegt zum Teil begründet in den herrschenden politischen Systemen, welche auf historischen Ueberlieferungen basieren, anstatt auf den lebendigen Forderungen der Gegenwart. Die Losreißung von einer veralteten politischen Denkweise mit der Neuorientierung der Geister auf Grund der ökonomischen und kulturellen Entwicklungsgesetze, gehört wohl zu den allerwichtigsten Aufgaben unserer Zeit. . . . Das, was nach politischen Begriffen die Ehre und Größe einer Nation ausmacht, hat meistens mit deren tatsächlichem Wohl nichts zu tun. Gätten die produktiven Stände der in den Krieg verwickelten Länder zu bestimmen gehabt, so wäre es zum Ausdruck des Weltbrandes nicht gekommen. Im Interesse der Sicherung des ruhigen Fortbestandes des Lebens innerhalb der kulturellen Gemeinschaft wird zur organisierten Selbsthilfe der produktiven Stände geschritten werden müssen, um die politischen Uebergriffe inskünftig abzuwehren zu können.

Sehr bemerkenswert ist die Tatsache, daß diese Anschauungen, ohne Widerspruch zu finden, in einer bürgerlichen Vereinigung vorgetragen wurden. Soffentlich bewährt sich der Krieg nicht bloß in der Schweiz als guter Lehrmeister auf wirtschaftspolitischem Gebiet.

### Verbot des Vorverkaufs der Ernte.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde den Vorlagen betreffend Verarbeitung von Kartoffeln in den Brennerkreisen; Verbot des Vorverkaufs der Ernte des Jahres 1915; Aenderung der Grundsätze für die von der Reichsverteilstelle vorzunehmende Verteilung der Vorräte; Abgabefreiheit für Salz zum Einmalen von Garnweilen (Krabben) und dem 2. Nachtrag zur deutschen Arzneitaxe 1914 zugestimmt.

### Personalwechsel.

Regierungspräsident Graf von Koserling in Königsberg ist zum Ministerialdirektor im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannt worden. An seiner Stelle ist Regierungspräsident Dr. Gramsch von Gumbinnen nach Königsberg versetzt, der Oberpräsidialrat Dr. jur. Freiherr von der Wenge Graf von Lambdorsff in Königsberg zum Regierungspräsidenten in Gumbinnen ernannt und der Oberpräsidialrat von Bülow von Schleswig nach Königsberg versetzt worden. An dessen Stelle tritt Oberregierungsrat Dr. jur. Johansen in Gumbinnen.

## Berufshäftliches.

Berlin und Umgegend.

### Aus der Militärärztnieder-Schlichtungskommission.

In der gestrigen Sitzung der Schlichtungskommission für Militärärztniederung erregte das Aufstellen eines Zwischenmeisters Schulz allgemeine Verwunderung. In einer früheren Sitzung war Schulz vom Schneiderverband verklagt worden, weil er den Arbeiterinnen weniger als den tarifmäßigen Lohn gezahlt hatte. Es handelte sich um eine Differenz von 56 M., die Schulz — was er selbst anerkannte — zu wenig bezahlt hat. Aber — sagte Schulz — er habe von seinen Auftraggebern so niedrige Preise erhalten, daß ihm kein Verdienst geblieben sei würde, wenn er den Arbeiterinnen den festgesetzten Lohn gezahlt hätte. Hiernach hatten also die Firmen, welche Arbeiten an Schulz abgaben, diesen nicht tarifmäßig entlohnt. Sie wurden deshalb vor die Schlichtungskommission geladen. Für die fraglichen Arbeiten kommen die beiden Firmen Lucian und Pion in Betracht. Sie verpflichteten sich im Vergleichswege, die streitige Differenz von 56 M. an den Schneiderverband zu zahlen, der damit die Ansprüche, welche den Arbeiterinnen in der früheren Sitzung zuerkannt worden sind, zu befriedigen hat. Damit war der Streitfall in aller Form erledigt. Aber der Zwischenmeister Schulz wollte nicht damit zufrieden sein. „Wo bleibe ich denn, ich verdiene ja bei diesem Vergleich keinen Pfennig.“ jammerte der Zwischenmeister. Augenscheinlich wollte er selbst das den Arbeiterinnen zukommende Geld oder wenigstens einen Teil davon haben. Vergebens bemühte man sich, Herrn Schulz klarzumachen, daß er ja seinen Verdienst an den Arbeiterinnen gehabt habe, und es sich jetzt nur noch darum handele, daß die Arbeiterinnen den ihnen zu wenig gezahlten Lohn bekommen. Auf eine Frage erklärte Schulz, er würde nie die Firmen auf Nachzahlung verklagt haben. Aber jetzt, wo die Klage vom Schneiderverband zugunsten der Arbeiterinnen durchgeführt worden ist, rätionierte Schulz mit großer Heftigkeit gegen den Vergleich und verlangte, die Arbeiterinnen sollten das Geld nicht bekommen; er müsse doch bei dem Vergleich auch etwas verdienen. — Natürlich hatte das sonderbare Auftreten des Zwischenmeisters Schulz keinen Einfluß auf die bereits erledigte Angelegenheit. Er hatte die Verhandlung nur durch einen komischen Zwischenfall unterbrochen.

Im allgemeinen standen die gestrigen Verhandlungen der Kommission im Zeichen der Versöhnlichkeit. Eine Anzahl von Klagen wurden auf Veranlassung von Vertretern der Arbeitgeberverbände außerhalb der Verhandlung durch Vergleich erledigt. So verpflichtete sich in einem Falle die Firma „Textilfabrikation“ (S. Rich), dem Schneiderverband zur Befriedigung der gegen einen Zwischenmeister der Firma erhobenen Forderungen der Arbeiterinnen 300 M. zu zahlen.

Schließlich brachten die Angaben eines Zwischenmeisters Antals wieder eine heitere Episode. Er ist verklagt, an 7 Arbeiterinnen den rückständigen Wochenlohn im Gesamtbetrag von 180 M. zu zahlen und außerdem noch rückständige Löhne, die im Einzelfalle 90, 74, 24, 17 M. usw. betragen. Antals will nur zwei Tage bezahlen. In einer komisch wirkenden Erzählung, die allgemeine Heiterkeit erregte, behauptete Antals, die Arbeiterinnen hätten die ganze Woche nicht gearbeitet. Sie seien zwar in die Werkstatt gekommen, hätten sich aber nur über ihre Kassenpässe und sonstige Vergünstigungen unterhalten, von 4—7 Uhr Kaffeepause gemacht, und am Sonnabend seien sie um 8 Uhr gekommen, hätten gefrühstückt und sich dann bis 1 Uhr gezinkt. — Mit ungläubigen Mienen nahm die Kommission diese Schilderungen eines ungenügenden Arbeitsverhältnisses entgegen. Man gab Herrn Antals zu verstehen, daß er als Arbeitgeber solche Zustände in seiner Werkstatt doch nicht dulden werde. Seien aber die Arbeiterinnen jeden Tag zu seiner Verfügung gewesen, ohne daß er sie beschäftigt habe, dann müsse er eben den Lohn zahlen. — Zu einer Entscheidung über diesen Klagefall kam es noch nicht. In der nächsten Sitzung sollen die sieben Arbeiterinnen Antals als Zeuginnen erscheinen, um Auskunft zu geben über das amüsante Arbeitsverhältnis, welches nach Angabe ihres Meisters in der Werkstatt geherrscht haben soll.

### Junngemeister-Wünsche.

Der Vorstand des Barbier- und Friseur-Junngemeinschaft hatte am 7. Juni in seinem Berliner Junngemeinschaftshaus eine Zusammenkunft mit den Vorsitzenden der Unterverbände im Reich, um den finanziellen Schwierigkeiten des Bundes abzuwehren. Wegen Schluß der Sitzung wurde

von einigen Seiten der Wunsch geäußert, an den Herrn Kriegsminister eine Eingabe wegen Fortfall des Wochenausganges der Angestellten während der Kriegszeit zu richten, und dann auch beschlossen, den Vorstand damit zu beauftragen.

In den abgelaufenen zehn Kriegsmontaten haben die Junngemeinschaften es nicht als notwendig erachtet, den Lehrlingen, Gehilfen und Gesellen den freien Wochennachmittag zu entziehen. Schon damit ist dieser Gelegenheitsbeschlus gekennzeichnet. Notwendig und gerechtfertigt erscheint eine solche Maßnahme nur in den Fällen, wo die Frauen der einberufenen Geschäftsinhaber den Betrieb mit einem Gehilfen aufrechterhalten. Doch da hat man nicht erst zehn Monate lang gewartet, bis der Junngemeinschaft ein Beschlus folgte. Durchweg wurde von vornherein eine Verständigung erzielt, wonach der Gehilfe auf Wochentage und freien Wochennachmittag — der nach mehr als dreistündiger Sonntagsarbeit in der darauffolgenden Woche von spätestens 1 Uhr ab zu geben ist — verzichtet, und dafür eine kleine Lohnzulage erhält. Es liegt jedoch nicht die geringste Veranlassung vor, den Friseurgehilfen den freien Wochennachmittag in den Fällen zu entziehen, wo mehrere Gehilfen zusammen beschäftigt werden oder der Geschäftsinhaber seinen Betrieb selber führt.

Vor einiger Zeit klagte die Berliner Junngemeinschaft, daß die Gehilfen lieber der besser bezahlten Kriegsarbeit zuwenden, als in ihrem Verufe zu den üblichen schlechten Löhnen weiterzuarbeiten, weshalb diese ein wenig erhöht werden müßten. Durch die Entziehung des freien Wochennachmittags würde zweifellos ein ganzer Teil der noch beruflich tätigen Gehilfen dazu getrieben, sich für die weitere Kriegsdauer ebenfalls einer anderen Beschäftigung zuzuwenden, wo bei erheblich längerer Arbeitszeit und freiem Sonntag weit mehr verdient wird als etwa im Friseurgewerbe. Die Mehrzahl der Meister würde es sich, bei dem sich von Tag zu Tag vergrößenden Gehilfenmangel, denn auch wohlweislich überlegen, sich ihre Gehilfen durch Verweigerung des freien Nachmittags zu verlieren.

Schlimmer steht es für die Lehrlinge mit der Abfuhr des Junngemeinschaftsbundes. Ihnen konnte bisher auf Grund eines Ministerialerlasses der freie Nachmittags auf die Zeit zum Besuch der Fach- und Fortbildungsschule angerechnet werden, während der Meister über den übrig bleibenden Rest der Freizeit nach seinem Ermessen verfügte, wonach für den Lehrling nichts mehr davon übrig blieb. Die Fachschulen sind nun vielfach eingestellt und den Lehrlingen muß jetzt der ihnen nach der Ausführungsanweisung zu § 105b G.-D. zustehende freie Wochennachmittag gegeben werden. Das ist jetzt unumkehrbar notwendig, als bei dem Gehilfenmangel die Lehrlinge mehr als sonst zur Arbeit herangezogen werden. Sie müssen ohne jede Pause von spätestens 7 Uhr früh bis frühestens 9 Uhr abends, an wenigen Orten bis 8 Uhr, im Geschäft sein, Sonntags bis 2 Uhr nachmittags. Die Ernährung der Lehrlinge beim Meister läßt schon in gewöhnlichen Zeiten zu wünschen übrig und ist bei der gegenwärtigen Teuerung vielfach mangelhaft. Für die im Entwicklungsalter befindlichen jungen Leute ist das besonders nachteilig. Ein paar freie Stunden zur Erholung an einem der geschäftstillen Nachmittage kosten den Meister keinen Pfennig. Wird den Lehrlingen aber die freie Zeit außer am Sonntagnachmittag auch noch verweigert, so sind gesundheitliche Schädigungen unausbleiblich, auch

wenn solche bei dem Interesse der Meister an ihren Junngemeinschaften lassen nicht rechtzeitig erkannt werden.

Man darf wohl erwarten, daß dem unbegründeten Verlangen des Barbier- und Friseur-Junngemeinschaftsbundes von zuständiger Stelle nicht stattgegeben wird.

### Aus der Technikerbewegung.

Während angesichts des ungeheuren Kraftaufwandes, den der Krieg von der ganzen Nation fordert, allenthalben alte Gegenstände verstummen, alle Widerlächer sich die Hände reichen, Wirtschaftskruppen, die sich bisher feindlich gegenüberstanden, einträchtig zusammenarbeiten, die Arbeitergewerkschaften aller Richtungen miteinander Fühlung nehmen, bereitet sich in der deutschen Technikerbewegung eine ganz entgegengekehrte Entwicklung vor.

Dem Bund der technisch-industriellen Beamten droht die Gefahr einer Abspaltung. Die Vorgeschichte der Spaltungspropaganda geht bereits auf mehrere Monate zurück; sie knüpft sich an interne Vorgänge in der Bundesverwaltung, an denen eine kleine Gruppe von Mitgliefern scharfe Kritik übte. Auf das Drängen der Opposition wurde trotz des Krieges das Parlament der Organisation, der Bundestag, einberufen, um über den Konflikt zu entscheiden und die Einigkeit wieder herzustellen. Die Minderheit fügte sich jedoch seinen Beschlüssen nicht und geht jetzt daran, eine neue Organisation zu gründen, obwohl sich ihre Besatzer nur auf Personenträger und vorübergehende Kriegsmassnahmen im Unterhaltungsweisen, nicht auf Programm und Grundsätze des Bundes oder auf deren Durchführung im allgemeinen beziehen. Für die Organisationsbewegung der technischen Privatangestellten würde eine neue Zerstückelung eine beklagenswerte Schädigung bedeuten.

## Aus der Partei.

### Der Krieg und die Sozialdemokratie.

Wir erhielten vom Genossen Philipp Scheidemann folgende Zuschrift:

#### Eine merkwürdige Berichterstattung.

Der „Vorwärts“ beliebt zeitweilig eine recht merkwürdige Art der Berichterstattung über Vorgänge innerhalb der Partei, deren Zentralorgan er nach dem Organisationsstatut sein soll.

Ich führe ein Beispiel aus seiner Nummer vom 13. d. Mts. an. Da wurde wörtlich nach der „Voss. Zeitung“ und zwar mit ausdrücklicher Quellenangabe unter der auffälligen Ueberschrift „Haase gegen Scheidemann“ ein Artikel abgedruckt, der in jedem bürgerlichen Blatte schließlich verständlich ist, im „Vorwärts“ aber mindestens der Ergänzung bedarf. Es wurde in dem Artikel gesagt, daß Genosse Haase und ich in der Kreditfrage nicht der gleichen Ansicht sind. Das ist richtig, aber nicht ganz neu und der erwähnte Artikel ist vom „Vorwärts“ gewiß auch nicht übernommen worden lediglich zu dem Zwecke, an diese Tatsache zu erinnern, es kamen wohl noch andere Gründe in Betracht. Es hieß da nämlich u. a.:

„So war eine Rede, die Abg. Haase am Montag in Solingen über die Sozialdemokratie in Vergangenheit und Zukunft“ hielt, eine scharfe Antwort auf Ausführungen, die Abg. Scheidemann vor vier Wochen an der gleichen Stelle vorgelesen hat.“

Da ich tatsächlich am 3. Mai in Solingen in einer öffentlichen Volksversammlung, die von etwa 2000 Personen besucht war, meinen Wählern über meine parlamentarische Tätigkeit Bericht erstattet habe, las ich mit einiger Reue weiter, was für scharfe Antworten der Genosse Haase gleichfalls in öffentlicher Versammlung in demselben Saale vier Wochen später auf meine Ausführungen gegeben haben soll. Zu meiner Ueberschuldung mußte ich feststellen, daß ein großer Teil der Antworten, die der „Vorwärts“ aus Haases Rede anführt, an alle möglichen Adressen gegangen sein könne, an die meine unter keinen Umständen.

Das hier in einzelnen nachzuweisen, kann ich mir um deswillen ersparen, weil über meine Rede ein ausführlicher Bericht im Solinger Parteiblatt erschienen ist. Ich lege der Redaktion des „Vorwärts“ diesen Bericht zur gefl. Einsicht bei. Der „Vorwärts“, der über Haases Antwort berichtet hat, ist leider nicht von selbst auf den Gedanken gekommen, daß er seine Leser eigentlich auch über meine vorausgegangene Rede hätte informieren müssen. Ich erlaube mir hiermit, ihn an diese Pflicht zu erinnern.

Ph. Scheidemann.

Genosse Scheidemann geht mit seiner, uns an unsere Pflicht gemahnenden Zuschrift von ganz falschen Voraussetzungen aus. Ihm, als Mitglied des Parteivorstandes, sollte doch bekannt sein, daß der Berichterstattung des „Vorwärts“ über bestimmte politische Fragen sehr enge Grenzen gezogen sind. So war es uns nicht möglich, aus eigenem über die Ausführungen des Genossen Haase in Solingen zu berichten, wir müßten vielmehr, wie in manchem anderen Falle, die Mitteilungen eines Berliner bürgerlichen Blattes aufgreifen und wiedergeben, um mit den Zensurvorschriften nicht in Konflikt zu geraten. Ueber die Rede des Genossen Scheidemann haben wir nicht berichtet, einmal, weil sie an ihren wesentlichen Punkten Ausführungen enthält, die von der Berliner Zensur nicht zugelassen werden, dann aber auch, weil den Lesern des „Vorwärts“ der Standpunkt des Genossen Scheidemann durch einen Artikel aus dessen eigener Feder sowie aus anderen Meinungsäußerungen bekannt war. Den Standpunkt des Genossen Haase haben wir bisher im „Vorwärts“ noch nicht darlegen können, wir bemühten daher die Gelegenheit, die uns durch die „Voss. Zeitung“ geboten wurde, um unsere Leser wenigstens summarisch von der Solinger Rede des Genossen Haase zu unterrichten. Dabei mußte auch manche Redewendung mit in den Kauf genommen werden, die, wenn wir aus eigenem berichtet hätten, weggeblieben wäre. Daß die Anschauungen des Genossen Haase wie die des Genossen Scheidemann in sehr wichtigen Fragen auseinandergehen, muß von letzterem aber selbst zugegeben werden. Wenn wir in nachstehendem die Solinger Rede des Genossen Scheidemann in ihren Wesenszügen kurz wiedergeben, so geschieht das nicht, weil er uns an unsere Pflicht erinnert, — über das, was Pflicht des einen und des anderen war und noch ist, wird später sehr ausführlich gesprochen werden müssen — sondern weil wir dazun wollen, daß das, was die „Vorwärts“-Leser bisher von den Anschauungen des Genossen Scheidemann wußten, durch seine Solinger Rede nur bestätigt wird. Wir wissen im voraus, daß Genosse Scheidemann auch mit der nachstehenden Zusammenfassung seiner Rede nicht zufrieden sein wird. Ihre Unvollständigkeit ist aber nicht unsere Schuld, sondern die Schuld jener Mächte, denen die Presse zurzeit unterworfen ist und die selbst auf die Wünsche des Genossen Scheidemann nicht Rücksicht nehmen.

In Ergänzung des in unserer Sonntagsnummer nach der „Voss. Zig.“ wiedergegebenen kurzen Berichtes über die am 7. Juni gehaltene Solinger Rede des Genossen Haase geben wir nachstehend auf Wunsch des Genossen Scheidemann die ebenfalls in Solingen am 3. Mai gehaltene Rede des Genossen Scheidemann nach einem Bericht des Solinger Parteiblattes kurz wieder: Genosse Scheidemann erinnerte in seiner Rede am 3. Mai an seine Stellung zum Militarismus und zum Krieg im allgemeinen, worüber er sich ja früher im Reichstag oft genug und ganz besonders bei der Beratung der letzten großen Heeresvorlage ausgesprochen habe. Zu seiner Auffassung der Notwendigkeit einer Fortbildungsschule Deutschlands mit Frankreich habe sich nichts geändert. Ein Freundschaftsbund zwischen beiden Nationen würde große europäische Kriege unmöglich machen. Die Opfer an Gut und Blut in diesem Kriege seien nur zu tragen in der Hoffnung, daß ein dauernder Frieden baldigt abgeschlossen werden könne. Zur Verteidigung der Heimat vor feindlichen Invasionen und zum Schutze unserer nationalen Selbstständigkeit sei das ganze Volk einig. Genosse Scheidemann schilderte dann die tieferen Ursachen



des Krieges, die Entschärfung des Kapitalismus und des Imperialismus und die daraus entspringenden Gegensätze zwischen den Großstaaten. Trotzdem England Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung immer unheimlicher geworden ist, müssen die beiden Staaten, die gegenseitig die besten Kunden sind, sich wieder verständigen, wenn sie nicht beide dauernd großen Schaden leiden wollen. In Friedenszeiten hat die Partei bestimmte Forderungen über die Wehrhaftmachung des ganzen Volkes gestellt. Am 4. August hat es sich aber nicht darum gehandelt, das militärische System weiter zu bekämpfen, sondern die Mittel für die Landesverteidigung, die wir alle wollten, zu bewilligen. In diesem Krieg handelte es sich für ihn (Scheidemann) nur darum, die Pläne unserer Gegner auf Niederdrückung Deutschlands zuschanden zu machen, nicht aber einem gedemütigten Besiegten den Stiefel in den Nacken zu setzen. Ich darf wohl annehmen, daß niemand hier anwesend ist, der nicht lieber heute noch als morgen den Frieden begrüßen würde. Ich bin aber auch überzeugt, daß keiner einen Frieden um jeden Preis will. Für die Zeit nach dem Kriege erwartet er eine Neuorientierung speziell auf dem Gebiete der inneren Politik und auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik. Ob sie vorwärts oder rückwärts gerichtet sein wird, ist abhängig von der Entschlossenheit und Lauffahrt aller freiheitlich gesinnten Männer.

**Genosse Helmut Schoenlant,**

ein Sohn Bruno Schoenlants, ist im jugendlichen Alter von 22 Jahren gestorben. Die Partei verliert in ihm einen überaus eifrigen Mitarbeiter. Von früherer Jugend an wirkte er unablässig für die Partei, an der er mit Leib und Seele hing. Insbesondere für die Jugendbewegung hat er rastlos gearbeitet. Vor einigen Wochen wurde er zum Militär eingezogen. Er stand vor dem Ausmarsch ins Feld, als ihn ein Blinddarmlleiden befiel, dem er jetzt im Militärkrankenhaus zu Cottbus erliegen ist.

**Aus Industrie und Handel.**

**Kriegsgewinne.**

Das Arefelder Stahlwerk Akt.-Ges. hat nach Abschreibung von 669 848 M. einen Reingewinn von 672 346 M. zu verzeichnen, der es ermöglicht, wie im Vorjahre 12 Proz. Dividende zu zahlen.

Die Akkumulatorenfabrik A. G. Berlin-Hagen setzte die diesjährige Dividende auf 18 Proz. fest. Der Vorsitzende der Generalversammlung, Bankier Fürstberg, bemerkte, die Verwaltung glaube, mit der Kriegstrübsituation in Höhe von 525 200 M. den Beifall der Aktionäre zu finden. Das glauben auch wir. Ueber das laufende Geschäftsjahr teilte der Vorsitzende mit, daß bis zum Mai dieses Jahres an Aufträgen 19,0 Mill. M. gebucht seien (gegen 12,4 Mill. M. i. V.). Danach sind für die nächstjährige Bilanz bedeutend höhere Profite zu erwarten.

Die Sprengstoff-Akt.-Ges. Carbonit in Hamburg erzielte für 1914 einen Bruttogewinn von 13 342 381 M. gegen 9 560 724 M. im Vorjahr. Nach Abschreibungen von 220 697 M. bleibt angeblich ein Gewinn von 299 169 M., woraus 8 1/2 Proz. Dividende verteilt werden sollen.

Die Kommanditgesellschaft auf Aktien Carl Wädiker u. Co. in Hamburg, ein Unternehmen, das hauptsächlich in den Kolonien arbeitet, erzielte im Jahre 1914 einen Bruttogewinn von 1 691 849 Mark (999 022 M. i. V.). Nach Abzug der Gesamtkosten von 543 539 M. und nach Abschreibungen von 291 492 M. (45 291 i. V.) verbleibt ein Ueberschuß von 856 817 M. (222 216 i. V.) und nach Ueberweisung von 340 000 M. (60 000 M. i. V.) an das Reservekonto ein Reingewinn von 516 817 M. (222 216 M. im Vorjahr), woraus 15 Proz. Dividende gezahlt werden. Zu dem glänzenden Geschäft wird von der Gesellschaft bemerkt: Die Steigerung der Vorräte von 1,97 auf 2,64 Mill. Mark ist auf das Einzutreten der Gesellschaft von Markteniederlassungen an der Westfront zurückzuführen. Die Steigerung der Debitoren um mehr als 2 auf 4,18 Millionen Mark ist fast ausschließlich durch Anzahlungen auf abgeschlossene Kriegsgeschäfte verursacht. Die höhere Dividende wurde durch die reichlichen Abschreibungen früherer Jahre und die Gewinne aus Kriegslieferungen erzielt. Der Aufsichtsrat betont, daß die Geschäftsleitung den veränderten Verhältnissen sich überhaupt schnell angepaßt und mit einer weit ausgreifenden Organisation Erfolge erzielt habe, die nicht nur der Gesellschaft, sondern auch dem Vaterlande in großem Maße zugute gekommen sind.

**Feldkraftwagen A. G.**

Auf Grund einer durch Vermittelung des Vereins Deutscher Motorfahrzeugindustrieller ergangenen Einladung des Kriegsministeriums fand am 9. Juni 1915 unter zahlreicher Beteiligung der Industrie die Gründung der „Feldkraftwagen Aktiengesellschaft“ statt.

Das Kapital der Gesellschaft beträgt eine Million Mark in Stammaktien. Die Aufgabe der Gesellschaft besteht in der Verwertung der aus dem Felde zurückkommenden Kraftwagen und ihrer Teile unter Wahrnehmung des Reichsfinanzinteresses und des Interesses der Industrie. Dieser liegt vor allem daran, daß bei einem späteren Friedensschluß eine plötzliche Ueberfüllung des Marktes durch die zurückkehrenden Kraftwagen vermieden wird. Alle die Gesellschaft betreffenden Anfragen sind vorläufig an die Disconto-Gesellschaft in Berlin W 8, unter den Linden 35, zu richten.

**Soziales.**

**Freiwillige Versicherung und Erlöschn der Anwartschaft.**

Nach § 1281 der Reichsversicherungsordnung gelten zur Erhaltung der Anwartschaft auf dem Gebiete der Invalidenversicherung außer anderen auch Militärdienstzeiten. Dieser Vorschrift ist in Klammern der Hinweis auf § 1393 beigegeben. Im § 1393 wird gesagt, daß als Beitragswochen der Lohnklasse II die vollen Wochen angerechnet werden, in denen der Versicherte „1. zur Erfüllung der Wehrpflicht in Friedens-, Mobilmachungs- oder Kriegszeit eingezogen gewesen ist“, 2. in Mobilmachungs- oder Kriegszeit freiwillig militärische Dienstleistungen verrichtet hat. Danach könnte es scheinen, daß für die während des jetzigen Krieges eingezogenen, gegen Invalidität Versicherten ein Erlöschn der Anwartschaft nicht eintreten könne. Dieser Meinung sind auch offenbar Reichstag und Regierung gewesen, denn während der letzten Tagung des Reichstags ist beschlossen worden, daß der obigen Vorschrift der Reichsversicherungsordnung entsprechend, auch für die dem Versicherungs-gesetz für Angestellte Unterstehenden die Einberufung zum Heere das Erlöschn der Anwartschaft ausschließt. Und doch stehen zahlreiche gegen Invalidität Versicherte in der Gefahr, die erworbene Anwartschaft zu verlieren. Der oben erwähnten Vorschrift des § 1393 der Reichsversicherungsordnung ist nämlich der Nachsatz angehängt:

„Diese Wochen werden jedoch nur denen anaerodnet, die vorher berufsmäßig, nicht nur vorübergehend, versicherungspflichtig beschäftigt gewesen sind.“

Die freiwillig Versicherten, die Weiterversicherer und Selbstversicherer werden also von dieser Schutzvorschrift des § 1281 nicht erfaßt. Es ist dringend notwendig, eine gleiche Vorschrift, wie sie für die nach dem Versicherungs-gesetz für Angestellte Versicherten neu geschaffen wurde, auch für die freiwillig gegen Invalidität Versicherten zu erlassen. Es wird wahrscheinlich wohl nur dieses Hinweises bedürfen, um das zu erreichen. Es fehlt natürlich jeder innere Grund, den freiwillig Versicherten den Schutz zu verjagen, den die Zwangsversicherten genießen. Die wenigsten denken daran oder wissen es nur, daß nach dem jetzt geltenden Recht für die Kriegsteilnehmer, soweit sie freiwillig gegen Invalidität versichert sind, die Beitragsentrichtung zur Vermeidung des Erlöschens der Anwartschaft nötig ist.

**Berichtszeitung.**

**Der Lebejüngling.**

Eine in allen Nachtcafés und Bars des Westens bekannte Persönlichkeit, der Kaufmann Georg A., genannt der „schöne Georg“, mußte sich gestern wieder einmal vor dem Straftribunal verantworten. Wegen Betruges hatte das Schöffengericht Berlin-Schöneberg unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wennewig gegen den kürzlich von der Strafkammer wegen Wechselfälschung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilten A. zu verhandeln. — Der Angeklagte ist seit Jahren in der Gegend der Potsdamer Straße und des bayrischen Bierfels eine stadtbekannt Persönlichkeit. Der an Körpergröße gerade etwas über das Mittelmaß hinausgehende Angestellte, der stets hochlegant gekleidet, den schwarzen oder grauen Zylinder meist im Genick und die untermeidliche Gardemie im Anopsloch, immer in Begleitung von mindestens einer, meist aber zweier hübscher junger Damen seinen Nachmittagsspaziergang die Linden entlang machte, kammt aus einer sehr wohlhabenden Familie. In verhältnismäßig kurzer Zeit hatte er es fertig gebracht, die Kleinigkeit von 300 000 Mark „an die Frau“ zu bringen. Obwohl seine Verwandten die Geldquellen des Verschwendunger bald verstopften, setzte er dieses Lebensleben fort und zwar mit Hilfe von gewerdmächtigen Geldverleiher, die dem „schönen Georg“ oder, wie er auch genannt wurde, „Arule“, das Geld anfänglich direkt aufdrängten, da es dem Reichthümigen absonst nicht darauf ankam, für ein Darlehn von 20 000 M. auf 3 Monate 10 000 M. Zinsen zu zahlen. Als schließlich die Geldgeber merkten, daß die Verwandten nicht mehr für ihn einsprangen, nahm der Angeklagte zu Fälschungen Zuflucht.

Wegen eines von ihm mit dem Namen seines Schwagers gefälschten Wechfels wurde A. kürzlich zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — In dem jetzt zur Anlage stehenden Falle handelte es sich um folgendes: Der Angeklagte verkehrte viel in der jetzt geschlossenen „Christianhemm-Bar“ in der Mozartstraße, deren Inhaber wiederholt einem gewissen D. Kavalierewechsel disfontiert hatte. Durch Vermittelung des D., der sich, wie eine Zeugin bekundete, „bei Leppmann den Verdictschein geholt habe“, wurde auch dem Angeklagten ein Wechsel über 2000 M. disfontiert, den er dann nicht einlösen konnte. Als eines Tages die Ehefrau des Inhabers äußerte, sie wolle ihr Brillantlocher verkaufen, erbot sich der Angeklagte sofort, den Verkauf zu übernehmen. Er habe eine Bekannte, die von ihrem früheren Freunde eine Lebensversicherung „geerbt“ habe und nun gern den Schmutz kaufen würde. A. erhielt auch den Schmutz, nachdem er sich ehrenwörtlich verpflichtet hatte, ihn am nächsten Tage zurückzubringen oder den Erlös von 1500 M. Raum hatte A. den Schmutz in den Händen, als er schleunigst zum nächsten Pfandleiher spazierte und ihn für 500 M. verlegte. — Der Anwalt beantragte gegen A. 1 Monat Gefängnis, während die Rechtsanwältin Dr. Schwindt und Hugo Caro die Aufrechnung der Strafe auf die Unternehmungshof beantragten, da der Angeklagte ein offenbar geistig minderwertiger und völlig willensschwacher Mensch sei. Das Gericht entsprach auch diesem Antrage und erlammte auf zwei Wochen Gefängnis, welche durch die Unternehmungshof als verbüßt erachtet wurden.

**Der Begriff des „Nachmachens“ von Nahrungs- und Genussmitteln.**

Die Firma Otto Reidel in Berlin brachte 1914 einen von ihr hergestellten Extrakt zu einem Limonadenfrucht in den Handel, der auf den Etiketts folgendermaßen bezeichnet wurde: „Original-Reidel-Extrakt zu Limonadenfrucht. Zitronengeschmack. Mit frischen Früchten bereitet.“

Der Gravenstein, der Prokurist der Firma, wurde deshalb vom Landgericht auf Grund des § 10 des Nahrungsmittelgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt. Die in Betracht kommende Bestimmung lautet: „Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- oder Genussmittel nachmacht oder verfälscht.“ Das Landgericht nahm an, daß dem Angeklagten das Nachmachen eines Genussmittels im Sinne dieser Bestimmung zur Last falle. Zur Begründung wurde weiter ausgeführt: Die Bezeichnung auf dem Etikett sei geeignet, das Publikum in seinen Erwartungen zu täuschen. Als maßgebend kamen dabei die Worte in Betracht: „Zitronengeschmack. Mit frischen Früchten bereitet.“ Nach dem Gutachten eines Sachverständigen handele es sich um eine künstlich gefärbte Weinsäurelösung, der Spuren von Zitronenöl zugesetzt seien, das aus Zitronenschalen gewonnen ist. Der Zusatz sei bestimmt, das Aroma zu geben. Das Fleisch von Zitronen, das den Geschmack gebe, sei überhaupt nicht verwendet. In der Schale liege nur das Aroma.

Das Kammergericht gab der vom Angeklagten gegen das landgerichtliche Urteil eingelegten Revision statt, hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Die Begründung ging dahin:

Für die Annahme des Nachmachens eines Nahrungs- oder Genussmittels sei vor allem die Feststellung erforderlich, wie der Stoff beschaffen sei, der nachgemacht sein solle. Das Landgericht hatte deshalb zunächst feststellen müssen, was das Publikum unter einem Limonadenfrucht bestimmten Extrakt verstände, der Zitronengeschmack habe und mit frischen Früchten bereitet sei. Eine solche Feststellung habe das Landgericht nicht getroffen. Darum sei das Vorderurteil aufzuheben und die Sache zur nochmaligen Nachprüfung und Entscheidung an das Landgericht zurück zu verweisen.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Verwaltung Berlin.  
Tel.-Amt Rorichplatz 10623, 3373. Bureau: Kungelstraße 30

**Branche der Modell- und Fabriktschler.**

**Berammlung**  
Mittwoch, den 23. Juni, abends 8 Uhr, bei Waldt, Pflugstraße 5.

Das Erscheinen aller in Vertragsverhältnissen arbeitenden Kollegen ist dringend notwendig.

Achtung Nordost!  
Die Zahlstelle 2 Palisadenstr. 52 ist geschlossen.  
Die nächsten Zahlstellen sind:  
Zorndorfer Str. 9 bei Biebermann.  
Weidentweg 85 bei Bratner.  
Große Frankfurter Str. 16 bei Merkmann.  
Die Ortsverwaltung.

**Konsum-, Produktiv- u. Sparverein**  
Zehlendorf und Umgegend.  
Eingetragene Genossenschaft m. b. H.  
**Einladung**  
am **Donnerstag, den 27. Juni 1915,**  
abends 8 Uhr, im Saale des Herrn  
23. Markt in Zehlendorf, Rar-  
straße 12.  
**Tagesordnung:**  
1. Jahresbericht und Ver-  
sammlungsprotokoll.  
2. Bericht von der stattgefundenen  
Vers. Revision.  
3. Bericht vom Unterband- und  
Genossenschaftsflag.  
4. Wahlen: a) zum Aufsichtsrat  
und event. Ersatzmänner, b) zum  
Vorstand und event. Ersatzmänner.  
5. Vereinsangelegenheiten.  
**Der Aufsichtsrat.**  
W. Jacob. A. Kutta.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse**  
der Metallarbeiter. S. a. G.  
Zentrale Berlin 3.  
Sonnabend, den 19. Juni, abends  
8 Uhr, im „Reichenberger Hof“,  
Reichenberger Str. 147:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Kassenbericht.  
2. Neuwahl der Ortsverwaltung und  
des Vertrauensorgans.  
Die Sitzstellen sind an  
diesem Tage geschlossen und werden  
Beiträge nur in der Versammlung  
angenommen.  
Geldreiches und pünktliches Er-  
scheinen der Mitglieder erwünscht.  
1159 **Die Ortsverwaltung.**

**Neue Berliner**  
**Genossenschaftsbäckerei**  
eingetragene Genossenschaft mit  
beschränkter Haftung.  
Reinholdendorfer-Ch., Billestr. 62.  
Bilanz am 31. Dezember 1914.  
Passiva.  
Barenkonto . . . . . 10 569,70  
Betriebskostenkonto . . . . . 300,—  
Gespamurkostenkonto . . . . . 828,90  
Kassa-Konto . . . . . 2 069,88  
Bank-Konto . . . . . 474,—  
Erfolts-Konto . . . . . 312,—  
Grundstück-Konto . . . . . 33 000,—  
Gebäude-Kto. 162 040,—  
Abfchreibung 3 275,— 158 665,—  
Reserven-Kto. 2 460,—  
Abfchreibung 300,— 2 160,—  
Inventar-Kto. 650,—  
Abfchreibung 100,— 550,—  
Geld-Kto. 14 438,—  
Abfchreibung 2 640,— 11 798,—  
Gewinn u. Verlust-Konto 3 282,55  
Debitoren . . . . . 900,—  
Wart. 224 864,03  
Passiva.  
Konto der Genossenschaftler 950,—  
Darlehens-Konto . . . . . 12 065,—  
Hypotheken-Konto . . . . . 175 000,—  
Reservefonds-Konto . . . . . 15 823,38  
Konto-Korrent-Konto:  
Kreditoren . . . . . 21 025,65  
Wart. 224 864,03  
Am Laufe des Geschäftsjahres hat  
sich die Mitgliederzahl nicht verändert  
und beträgt 19 Genossen.  
Das Geschäftsguthaben sowie die  
Gesamtschuldsumme der Mitglieder  
haben sich nicht verändert und betra-  
gen am 31. Dezember 1914 je  
950,— Mark.  
**Der Vorstand.** 103145  
Robert Engel. Karl Raschel.

**Verkäufe.**  
**Teppiche** mit kleinem Fleck, sehr  
billig. Gardinen, Vorhänge, Stepp-  
decken, Akabeden, Dinnabeden, sehr  
billig. Bornärdsteler 5 Prozent  
Rabatt. Teppichhaus Brunn, Haderstr.  
Markt 4 (Bahnhof Börs). 246/4  
**Hermannsplan 6.** (Hantel-  
haus). Extrabilliger Weizenverkauf,  
Bäckereiverkauf, Gardinenverkauf,  
Teppichverkauf, Warenverkauf, Geld-  
sachen, Sportbillige Ballettanzüge,  
Schneefanzüge, Herrenhosen.  
**Teppich-Thomas, Dranienstr. 44**  
Sportbillig herbeihaltbare Teppiche,  
Gardinen, Bornärdsteler 5 Prozent  
Ertzrabatt. 210  
**Vorjährlige Herrenanzüge** aus  
feinsten Stoffen 14—38 Mark,  
Paletots 12—36, Beinkleider 4—10,  
Burschenanzüge, Deutsches Gar-  
denhaus, Große Frankfurter-  
straße 116 I. 728  
**Reichhaus** Fingerringe 100  
taufen Sie von Kavallieren wenig  
getragene Jacken, Rodanzüge, Palet-  
ots, größtenteils auf Seide ge-  
arbeitet. Gelegenheitskäufe in neuer  
Nagardrobe. Gold- und Silber-  
waren. Beste Beheizung aller Ver-  
schafen. 514  
**Taschenbuch** für Gartenfreunde.  
Ein Halbe für die Pflege und sach-  
gemäße Bemerkung des häuslichen  
Gartens, Gemüses und Obstgartens von  
Karl Heßdorfer. Zweite vermehrte  
Ausgabe. Mit 127 Textabbildungen.  
Preis 3,50 Mark. Expedition Born-  
nards, Lindenstraße.  
**Fischbuden** (reiß getischt), in  
Historialisch 1,85—3 Mark, in Selbst-  
preis 4,85—5,65. Expeditions-Emil  
Lejeune, Dranienstraße 138. 238  
**In freien Stunden.** Wochen-  
schrift für das arbeitende Volk. Romane  
und Erzählungen. Abonnements-  
preis wöchentlich 10 Pf., nehmen alle Aus-  
gabestellen des „Vorwärts“ entgegen.  
Probekopie gratis.

**Monatsanlege.** nur wenig ge-  
tragen. Paletots, Hüter, Hosen, Ge-  
sellchaftsanzüge werden sportbillig  
verkauft. Die elegantesten Anzüge  
sind leichtwie billig zu haben. Wil-  
bekannte Firma. Rag Weiß, Große  
Frankfurterstraße 88.  
**Geschäftsverkäufe.**  
**Zigarrengeschäft** (Wohnung), so-  
fort sportbillig Nordstraße 40.  
**Möbel.**  
**Kriegshalber!** Bildschöne Studenten-  
und Büchereinrichtung, alles nagel-  
neu, zusammen 229,—, Rosenhale-  
straße 57, vom III. recht (gemerb-  
lich). Händler werden. 50/13  
**Arbeitermöbel!** nussbaum, eiche,  
mahagoni in den modernsten Aus-  
führungen; anziehende Möbel in  
reichhaltiger Auswahl, nirgends  
besser, nirgends billiger als im  
„Berliner Möbelhaus“, nur Südosten,  
Stalherstr. 25. Katalog „V“ gratis.  
**Schlafzimmer,** alle Holzarten,  
enorm billig. Möbelhaus Osten,  
Andreasstraße 30. 792  
**Fahrräder.**  
**Freilaufräder** 35,—, Streel,  
Andreasstraße 37. 51/10  
**Kaufgesuche.**  
**Zahngebisse!** Straußgold! Silber-  
sachen, Platinabfälle, Quecksilber,  
Stanniolpapier, Kupfer, Messing,  
schmelze Metalle höchstgütlich,  
Schmelze Chromat, Alpiner-  
straße 20a (gegenüber Kantar-  
straße). 27/3  
**Fahrradant.** Weberstraße 42  
**Platin,** Goldsachen, Silbersachen,  
Zahngebisse, Stanniol 2,—, Queck-  
silber, Platinabfälle, Glühstrom-  
sachen fast blümel, Auguststraße 69.

**Unterricht.**  
**Unterricht** in der englischen  
Sprache. Für Anfänger und Fort-  
geschrittene, einzeln oder im Kreis,  
auch englischer Unterricht erteilt,  
auch werden Ueberlegungen an-  
gefordert. G. Swienty, Liebigstr. 9,  
Charlottenburg, Stuttgartplatz 9,  
Gartenhaus III. 449  
**Verschiedenes.**  
**Patentanwalt** Müller, Göttinger-  
straße 16.  
**Arbeitsmarkt.**  
**Stellenangebote.**  
**Korbmacher** auf runde Geschö-  
fche sucht Rabian, Lankestr. 9.  
**Korbmacher** auf 21 Zentimeter-  
Weidenkörbe gesucht. Franke, Walde-  
marstraße 18. 718  
**Reißschmiede,** mit gute Stemmer,  
sowie Schmelze und Hölzschneider für  
Montage sucht Konteur Baum,  
S. a. G. Zentrale Obersee in  
Uberschneide. 786  
**Reisender** und Konteur, sach-  
fuge, sofort gesucht. Meldungen  
morgens 9 Uhr im Rechenhaus,  
H. Jandori u. Co., Bellevue-  
straße 1/2. 868  
**Korbmacher**, tüchtige Arbeiterinnen  
verlangt Zehnstraße 11. 51/5  
**Drillings**  
Geschäftliche, tüchtige Arbeiterinnen  
verlangt Zehnstraße 11. 51/5

**Drei** tüchtige Zimmerinnen auf  
Photographieren. Stroh, Große Fran-  
furterstraße 13. 51/12  
**Zwei** tüchtige Holzleistenbearbei-  
tinnen sucht Photographienabreit  
Große Frankfurterstraße 13. 51/11  
**Kantalefedern,** Gebaute Klebe-  
rinnen im Hause sofort gesucht. Wolf  
Kofen, Wollstraße 16. 1887b  
**Korbmacher** auf 9er Körbe ver-  
langt Marionnenplatz 21. 51/6  
**Tüchtiger Werkzeugdreher**  
für Blechwerkzeuge bei hohem Lohn  
für Heereslieferungen. 1897b  
**Rosam, Ritterstr. 11.**  
**Fahrradmonteur,**  
genossenschaft, tüchtigen, der selbständig  
Reparaturen ausführt und mit den  
elektrischen Teilen genau Bescheid  
weiß, findet bei hohem Lohn dauernde  
Stelle bei 51/5  
**Friedrich Kehrhan**  
vom. **Wimmel & Landgraf,**  
Hamburg 21.  
**Tüchtige Schmiede, Schlosser,**  
**Dreher** und **Stellmacher**  
für die Herstellung und Reparatur  
von Motorfahrzeugen, Eisenbahn-  
Personen- und Güterwagen, sowie  
Lebensbaggern werden für unsere  
Fabrik in Spandau zur halbjährigen  
Einstellung gesucht.  
In melden in Berlin, Tempel-  
hofer Ufer 24 beim Portier.  
**Orenstein & Koppel** — **Arthur**  
**Koppel A.-G. Berlin.**  
**Korbmacher,**  
tüchtige, auf Weidenarbeit verlangt  
51/7 **Zehnstraße 41.**  
**Drillings**  
Geschäftliche, tüchtige Arbeiterinnen  
verlangt Zehnstraße 11. 51/5



Stadtverordnetenversammlung.

16. Sitzung vom Donnerstag, den 17. Juni 1915, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Stellvertreter Gassel, der die Sitzung nach 5 1/2 Uhr eröffnet, widmet zunächst dem am 5. Juni im Alter von 81 Jahren verstorbenen Ehrenbürger der Stadt Berlin, Geh. Rat Stadtrat Arnold Marggraff einen besondern Nachruf, den die Versammlung stehend anhört. Sodann gedenkt er des inzwischen gleichfalls verstorbenen Stadtv. Duff (Linke).

Von dem vor einigen Wochen gefassten Beschlusse, Juli und August Ferien zu machen, tritt die Versammlung mit Rücksicht auf die Kriegszeit zurück. Der Vorsitzende wird ermächtigt, Sitzungen in diesen beiden Monaten nach Bedarf einzuberufen. Für den Fall, daß für Donnerstag, den 24. Juni, das Beratungsmaterial nicht ausreicht, soll die nächste Sitzung am 1. Juli stattfinden.

Vor der Sitzung haben die Abteilungen den Ausschuss für die Revision der Geschäftsordnung gewählt; die sozialdemokratische Fraktion hat Bruns, Seimann, Pfannkuch und Stadthagen deponiert.

Die Frage der Organisation der Kriegsgeschädigtenfürsorge

hat im Ausschuss zu eingehender Diskussion Veranlassung gegeben. Den Magistratsvorschlagen für die Zusammensetzung des einrichtenden Ausschusses und Beirats sowie für die Abgrenzung ihrer Funktionen wurden andere gegenübergestellt, die auf die Bildung einer Kommission mit vier Unterkommissionen bzw. auf die Begründung einer Fürsorgestelle für Kriegsgeschädigte hinauslaufen und vor allem das Mitbestimmungsrecht der Versammlung mehr als in der Vorlage gesichert sollen. Eine vom Ausschuss eingeleitete Unterkommission und sodann der Ausschuss selbst hat schließlich ein in dem folgenden Antrag angenommen:

„Die Versammlung bewilligt den Betrag von 100 000 M. für erstmalige und laufende Ausgaben zwecks Organisation und Betrieb der Kriegsgeschädigtenfürsorge.“

Sie gewährt hierbei vom Magistrat eine baldigt einzubringende Vorlage über Einrichtung der Organisation und Erreichung ihrer Zwecke und überreicht sämtliche gestellten Anträge dem Magistrat als Material.

Behufs organischer Zusammenarbeitens ist ein Anschluß an die Kriegsgeschädigtenfürsorge der Nachbargemeinden Groß-Berlins anzustreben.“

Referent ist der Stadtv. Dr. Nathan (Fr. Fr.). Stadtv. Ritter (Soz.): Auch ich möchte für jetzt nur den Wunsch unterbreiten, daß die erbetene Vorlage uns so bald als irgend tunlich zugehen möge. Die Vertretung der Versammlung in der Organisation hängt bis jetzt tatsächlich noch völlig in der Luft.

Stadtv. Rosenow (Fr. Fr.): Auch wir sprechen die ausdrückliche Erwartung aus, daß die Vorlage über die Organisation so schnell als möglich uns gemacht wird. Die Stadtverordnetenversammlung kann sich damit nicht zufriedengeben, daß sie in dieser Organisation gar nicht vertreten sein soll. Wie wir hören, ist ja eine solche anderweitige Vorlage schon in Vorbereitung. Wir müssen wünschen, daß diese Fürsorge alsbald von uns in die Hand genommen wird; auch dadurch kann schon großer Schaden abgemindert werden, wenn sie nicht rechtzeitig einsetzt.

Stadtv. Sonnenfeld (Linke): Auch wir erwarten von der erbetenen Vorlage das Beste für die Entwicklung der ganzen Sache und wünschen auch ihre möglichste Beschleunigung; doch legen wir auch Wert darauf, daß sie nicht überhastet, sondern nicht eher an uns gebracht wird, bis eine gewisse Ueberreife möglich geworden und eine gewisse Erfahrung gesammelt ist.

Stadtv. Dr. Freytag: Diesem Wunsch kommt ja die Tendenz des Ausschussantrages durchaus entgegen. Die Kriegsgeschädigten sollen andererseits auch nicht zu warten brauchen, bis die neue Vorlage verabschiedet ist; eine provisorische Organisation ist bereits in Tätigkeit, es besteht also nicht periculum in mora.

Die Ausschussanträge gelangen darauf zur Annahme. Nachdem Stadtmagistratsrat Dr. Weber aus dem Felde zurückgekehrt und aus seinem Militärverhältnis wieder ausgeschieden ist, ist die Frage der Organisation eines

städtischen Medizinalamts

wieder in Fluß gekommen. Der am 23. April 1914 für die Vorlage vom 16. April 1914 wegen „Gewinnung von Hilfspersonen für ein neu zu schaffendes und der Deputation für das Untersuchungsamt zu unterstellendes Medizinalamt“ niedergesetzte Ausschuss hat im Mai und Juni 1914 sehr eingehende Beratungen gepflogen, ohne doch zu einem Abschluß derselben zu gelangen; am 22. Juni hatte er vielmehr beschlossen, die weitere Beratung bis nach den Ferien zu vertagen. Seitdem hat die Sache nach dem Kriegsausbruch bis zum 7. Juni d. J. geruht, wo der Ausschuss unter Beteiligung des Dr. Weber wieder zusammengetreten ist.

Die Magistratsvorlage wollte die bisherige „Deputation für die Verwaltung des städtischen Untersuchungsamts“ in „Deputation für das städtische Untersuchungs- und Medizinalamt“ umbenennen, für dieses Zweckes um vier Mitglieder (einen Stadtrat, zwei Stadtverordneten, einen Bürgerdeputierten) vermehren und ihr ein aus dem Stadtmedizinalamt und zwei medizinischen Hilfspersonen bestehendes Medizinalamt unterstellen. — Die Ausschussvorschlagen an die Versammlung gehen dahin:

1. Die Deputation erhält die Bezeichnung „Deputation für das städtische Gesundheitswesen“ und wird um sechs Mitglieder (zwei Magistratsmitglieder, vier Stadtverordnete) vermehrt.

2. Der Deputation wird eine dritte Abteilung mit zwei medizinischen Kräften, einem klinischen Mediziner und einem Sozialhygieniker, unterstellt. Die Stelle eines Direktors des Untersuchungsamts wird aufgehoben.

3. Für die beiden Mediziner ist die Gehaltskala der Magistratsräte zugrunde zu legen. Diese Gehaltskala findet auch auf die beiden Vorsteher der beiden anderen Abteilungen Anwendung.

4. Gleichzeitig erluhrt die Versammlung den Magistrat, ihr in einer Vorlage die Umgrenzung der Tätigkeit der wegeschaftenen Deputation zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Diese Anträge vortrat der Ausschussberichterstatter Stadtv. Prof. Dr. Landau (L.).

Eingegangen ist ein redaktioneller Antrag der Stadtv. Weh (Soz.), Gelland (L.), Dr. Ritter (Fr. Fr.), der u. a. der Nummer 2 des Ausschussantrages folgende Fassung geben will:

2. Der Deputation wird neben der bakteriologischen und der chemischen Abteilung eine dritte Abteilung mit zwei medizinischen Kräften, einem klinischen Mediziner und einem Sozialhygieniker, unterstellt. Das nunmehr aus drei Abteilungen bestehende Amt erhält die Bezeichnung „Medizinalamt“. Die Stelle eines Direktors des Untersuchungsamts wird aufgehoben.

Stadtv. Gelland (L.) empfiehlt den Antrag, der nichts an dem Wesen der Sache ändert, sondern nur eine bessere Formulierung vorschlägt.

Stadtv. Dr. Weh (Soz.): Der von uns eingebrachte Antrag enthält tatsächlich lediglich stilistische Veränderungen. Was die Sache selbst angeht, so ist für uns wesentlich, daß die Sozialhygiene eine rationelle Zentralisation erhält, und wir sehen in der Annahme der Vorlage einen wesentlichen Schritt nach dieser Richtung. Unsere Wünsche gehen ja weiter; das neue Amt sollte auch die Initiative besitzen, weil es ohne solche nicht den gehörigen Rückhalt hat und die Arbeitsfreudigkeit der Mitglieder gehemmt werden könnte. Die Deputation sollte auch die Möglichkeit haben, den anderen Deputationen Anregungen zu geben, natürlich immer innerhalb des Rahmens der städtischen Verwaltungsanstalten. Wir stellen uns auch vor, daß wenn einmal die staatliche Gesundheitspolizei auf die Stadt übergeht, das Medizinalamt die geeignete Stelle dafür wäre. Aber wir bescheiden uns; wir nehmen heute mit dem Gebotenen vorlieb. Wir wünschen, daß dem Amt auch ein volles Vertrauen mit auf den Weg.

Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.): Wir freuen uns, endlich soweit zu sein, wie Herr Geheimrat Strahmann, der heute noch unter uns weilt, es schon 1875 als eines der Ziele der städtischen Verwaltung bezeichnet hat.

Bei der Abstimmung werden die Ausschussanträge mit dem Antrag Weh-Gelland-Ritter angenommen.

In den Ausschussrat der Städtischen Elektrizitätswerke Berlin sind 7 Stadtverordnete zu wählen. Durch Zufall werden gewählt: Bronnwaldt, Jacobi, Lebb II (L.), Romfen, Rosenow, Rosenow (Fr. Fr.), Seimann Ritter (Soz.). Den in der städtischen Blindenanstalt beschäftigten Blinden will der Magistrat eine Kriegszulage von monatlich 6 M. ab 1. Mai zubilligen.

Stadtv. Dr. Weh: Wir haben gegen die Vorlage nichts einzuwenden, sind nur erstaunt, daß den Blinden nur 6 M. nicht 10 M., wie den anderen städtischen Angestellten, gegeben werden sollen. Die Versammlung hätte sicherlich 10 M. auch für die Blinden nicht beantragt. Es wäre überhaupt zweckmäßiger gewesen, alle städtischen Angestellten, unmittelbare und mittelbare, in einem Zuge in den Genuß dieser Kriegszulage zu setzen; tatsächlich ist das gewissermaßen tröpfchenweise geschehen. Es gibt immer noch Kategorien, die von der Zulage ausgeschlossen sind, und es ist doch wohl die allerhöchste Zeit, das allerletzte Wort in dieser Beziehung zu sprechen. Es kommen noch die Schwestern-Schülerinnen am Birchow-Krankenhaus in Betracht. Öffentlich wird diese Bitte nicht angehört verhalten.

Stadtv. Strahmann: Die Blinden sind keine Arbeiter im eigentlichen Sinne des Wortes, und namentlich keine städtischen Arbeiter. Gleichwohl sollen sie einen Zuschuß von 6 M. erhalten. Ueber die Schwestern-Schülerinnen kann ich keine Erklärung geben. Die Angelegenheit hat den Magistrat noch nicht beschäftigt; ich möchte annehmen, er wird eine solche Anregung in wohlwollender Erwägung ziehen.

Die Kriegszulage von 6 M. für die Blinden wird hierauf nach dem Magistratsantrag bewilligt.

Am 1. Oktober 1915 soll die 54. Gemeindeschule, Schleifische Straße 4, eine Mädchenschule, die nur noch 9 Klassen mit 307 Schülerinnen zählt, eingehen.

Die Versammlung nimmt ohne Debatte diese Mitteilung des Magistrats zur Kenntnis.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 7 Uhr.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 251 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- Infanterie usw.: Garde- 1., 2. und 3. Garde-Regiment a. F. (Letzteres f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 271); 1. Garde-Reserve-Regiment; Grenadier-Regiment Alexander, Franz, Elisabeth, Augusta und Nr. 5; Garde-Füsilier-Regiment, Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regiment Nr. 1 bis einschl. 5, 8 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 271), 16, 17, 18, 19 (f. auch Ref.-Regt. Nr. 8-Poten), 22, 23, 26, 30, 32, 33, 34, 36, 38 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 271), 40, 42, 47, 48, 49, 51 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 271), 55, 56, 58 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 271), 60, 61, 62, 63, 68, 70, 73, 79, 81, 82, 83, 85, 86, 89, 91, 92, 93, 95, 96, 97, 99, 109 bis einschl. 114, 116, 117, 128, 129 (f. Ref.-Inf.-Regt. Hoebel), 136, 137, 138, 141 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Hoebel), 147, 148 (f. Feldfliegertruppe), 150, 154 (f. Ref.-Regt. Nr. 3-Poten), 156, 157 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 271), 158, 159, 160, 162, 164, 165, 168, 171, 172, 175 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Hoebel), 176. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 1, 5, 7, 8, 11, 12, 17, 18, 19, 21, 22, 23, 24, 34, 36, 40, 48, 61, 65, 68, 71, 73, 75, 77, 79, 80, 81, 83, 84, 86, 90, 91, 92, 93, 99, 111, 130, 209, 211, 213, 216 bis einschl. 220, 223, 225 bis einschl. 233, 236, 240, 249 bis einschl. 254, 256, 259, 260, 268, 271, 272. Ersatz-Infanterie-Regiment Gropp und Hoebel. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 2, 3, 4, 7, 11, 18 (f. auch Landw.-Inf.-Regt. Nr. 84), 23 (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 72), 24, 25, 27, 30, 31, 39, 49, 51 (f. Landw.-Ers.-Inf.-Regt. Nr. 7), 57, 65, 72, 74, 81, 84, 87 (f. Landw.-Inf.-Regt. Noh), 118, 119 und Regiment Noh. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 1 und 7. Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 115. Besatzungs-Regiment Nr. 1, 2, 3, 6, 8-Poten. III. Westfälisches Landwehr-Infanterie-Bataillon Breslau (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 57). Ueberplanmäßiges Landwehr-Infanterie-Bataillon Nr. 6 des 4. Armeekorps. Brigade-Ersatz-Bataillone: 2. Nr. 5, Nr. 8, 9, 11, 13, 14, 36, 41, 76, 79. Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 25 und 27 (f. Landw.-Ers.-Inf.-Regt. Nr. 1). Landsturm-Infanterie-Bataillone II Breslau (f. Ref.-Regt. Nr. 6-Poten), 3. Coblenz (f. Ref.-Regt. Nr. 8-Poten), Eibersfeld, I Effen, Mainz (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 115), Rostock (IX. 6.), I Schrimm. Jäger-Bataillone Nr. 3, 8; Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 1, 9, 15, 17, 20. 1. Ersatz-Maschinengewehr-Kompagnie des XX. Armeekorps (f. Ref.-Inf.-Regt. Gropp); Feld-Maschinengewehr-Brigade Nr. 11 (f. Brig.-Ers.-Batt. Nr. 11), Nr. 33 (f. Ref.-Jäger-Batt. Nr. 17), Nr. 39 (f. Brig.-Ers.-Batt. Nr. 11).

Kavallerie: 3. Garde-Mann; Kürassiere Nr. 2, 5; Dragoner Nr. 5, 22; Husaren Nr. 6, 16; Mannen Nr. 15; Jäger zu Pferde Nr. 3, 10; Feldbatterie-Regiment Nr. 1 des 6. Armeekorps; Reserve-Abteilungen Nr. 51 und 78.

Feldartillerie: 3. Garde-Regiment und 1. Garde-Reserve-Regiment; Regiment Nr. 1, 3, 7, 9, 17, 23, 35, 42, 55, 61, 63, 67, 76, 83, 107; Reserve-Regiment Nr. 10, 20, 45, 50, 61. Gebirgs-Kanonen-Batterie Nr. 2.

Fußartillerie: 1. Garde-Regiment; Regiment Nr. 1, 14; Reserve-Regiment Nr. 4; Reserve-Bataillon Nr. 36; Landwehr-Bataillon Nr. 6; Reserve-Batterie Nr. 26; Mörser-Bataillon Königberg; Schwere Feld-Caubitz-Batterie Nr. 225 des 5. Reservekorps.

Pioniere: I. Garde-Bataillon; Regiment Nr. 24, 25, 28, 31; Bataillone I Nr. 1, I. Nr. 2, I. und II. Nr. 6, II. und III. Nr. 16, II. Nr. 17, I. Nr. 21; Ersatz-Bataillone Nr. 2, 3; 2. Landwehr-Kompagnie des 15. und 2. des 16. Armeekorps; 1. Landsturm-Kompagnie und Scheinwerferzug des 7. Armeekorps. Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 115 und 173; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 39.

Verkehrstruppen: Reserve-Eisenbahn-Baukompanie Nr. 17; Festungs-Eisenbahn-Baukompanie Nr. 4. Arme-Telegraphen-Abteilung Nr. 5. Fernsprech-Abteilung des 7. Armeekorps. Kraftwagen-Punktfunktion Nr. 39. Luftschiffhallen-Verabteilung. Feldfliegertruppe.

Train: Korps-Brüden-Train des 21. Armeekorps. Fuhrpark-Kolonnen Nr. 5 des Garde-Reservekorps. Leichte Magazin-Fuhrpark-Kolonnen des Korps v. Jastrów. Magazin-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 17 der 9. Etappen-Inspektion. Etappen-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 152 der 11. Armee. Etappen-Milchbäckerei-Kolonnen Nr. 16. Pferdepark Nr. 1 des 7. Armeekorps.

Runitionskolonnen: Reserve-Infanterie-Runitionskolonne Nr. 17 des 7. Reservekorps; Runitionskolonne Nr. 74 des 15. Armeekorps; Leichte Runitionskolonne der 4. Kavallerie-Division.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnien Nr. 2 des 3. Armeekorps und Nr. 117. Feldlazarett Nr. 1 des 11. Armeekorps; Kriegslazarett Nr. 2 der Kriegslazarett-Abteilung des 5. Armeekorps.

Armierungs-Bataillone. Bezirkskommando Altenstein. Kriegsbekleidungsämter.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 191 bringt Verluste der Reserve-Feldartillerie-Regimenter Nr. 1, 5; Reserve-Fußartillerie-Regimenter Nr. 1, 2, 3; Korps-Brüden-Train, 3. Armeekorps; Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 106; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 8; Reserve-Pionier-Bataillon Nr. 4; Reserve-Pionier-Kompagnie Nr. 6; Reserve-Fernsprech-Abteilung Nr. 1; 2. Landwehr-Pionier-Kompagnie; 1. Pionier-Ersatz-Kompagnie; Reserve-Runitions-Kolonnen-Abteilung Nr. 5; 1. und 2. Train-Abteilung des 2. Armeekorps; Landwehr-Sanitäts-Kompagnie Nr. 1 der 6. Landwehr-Division; Landwehr-Sanitäts-Kompagnie Nr. 3 der 1. Landwehr-Division.

Die bayerische Verlustliste Nr. 192 enthält Verluste des 4. Infanterie-Regiments; Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 2, 4.

Die württembergische Verlustliste Nr. 203 bringt Verluste der Feld-Intendantur der 27. Infanterie-Division; Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 119; Infanterie-Regiment Nr. 120; Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 121; Infanterie-Regiment Nr. 124; Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 126; Infanterie-Regiment Nr. 180; Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 246, 247, 248; Landsturm-Infanterie-Bataillon Ellwangen; Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 26; 1. Ersatz-Abteilung des Feldartillerie-Regiments Nr. 29; 3. Landsturm-Pionier-Kompagnie; Landwehr-Probantkolonne Nr. 1; Reserve-Sanitäts-Kompagnie Nr. 26; Freiwillige Sanitätskolonne Schramberg.

Die württembergische Verlustliste Nr. 204 bringt Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Aus Groß-Berlin.

Die Sonnenwendfeier der Arbeiterjugend Groß-Berlins.

findet morgen Sonnabend, abends 11 Uhr, in den Gofener Bergen statt.

Das Programm besteht aus Musik, Gesang und Rezitation sowie dem Abbrennen eines Feuers und lustigem Sonnenwendtreiben.

Die Treffpunkte der einzelnen Orte bleiben wie bereits bekanntgegeben. Fahrverbindung ab Gölziger oder Schlesischer Bahnhof nach Grünau, dann mit der Uferbahn bis Endstation Eichwalde-Schmöckwitz, von dort dreiviertel Stunde zu Fuß zum Festplatz oder mit der Eisenbahn bis Station Eichwalde-Schmöckwitz, von dort eineinhalb Stunden zu Fuß nach den Gofener Bergen.

Bekleidung: Wander- oder Werktagsanzug. Probant, Decken, Mandolinen usw. können mitgebracht werden.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß im Hinblick auf die anhaltende Trockenheit, die in den letzten Wochen herrschte, das Rauchen und Ablochen im Walde sowie jedes unvorsichtige Umgehen mit Feuer streng zu vermeiden ist. Für das Ablochen bietet sich an den Ufern unserer Seen genügend Gelegenheit; das Rauchen verleidet und den Genuß an der reinen Waldesluft und muß schon aus diesem Grunde von der wandernden Arbeiterjugend gemieden werden.

Mit besonderer Sorgfalt ist aber darauf zu achten, daß die Getreidefelder geschont bleiben und kein Getreide niedergehauen wird. Obwohl dies für die Arbeiterjugend bisher als eine ganz selbstverständliche Pflicht galt, gebietet doch der Ernst der Zeit, hierauf nochmals besonders hinzuweisen.

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Auf zur Sonnenwendfeier! Bringt Freunde und Bekannte mit. Auch Eltern, Erwachsene und Freunde der Jugend sind willkommen!

Brotkarten-Abmeldescheine.

Für Personen, die sich vorübergehend außerhalb Berlins aufzuhalten gedenken, werden jetzt besondere Brotkarten-Abmeldescheine von den einzelnen Brotkommissionen ausgestellt. Diese Abmeldescheine dienen in dem Ort, der das Ziel der Reise ist, als Grundlage für die dortige Versorgung mit Brot. Die Ausstellung des Abmeldescheins erfolgt nur, wenn die für die Zeit der Abwesenheit schon ausgehängten Brotkarten zurückgegeben werden. Erstreckt sich die Abwesenheit auf eine Zeit, für welche Brotkarten noch nicht zur Ausgabe gelangt sind, so erhalten diese Personen zunächst bei der Zuteilung überhaupt keine Brotkarten. Sie müssen sich dann bei ihrer Rückkunft die Brotkarten von der Brotkommission aushändigen lassen. Der Bevölkerung ist dringend zu raten, sich vor Beginn der Reisezeit bei den Brotkommissionen zeitig mit den Abmeldescheinen zu versehen, damit ein Andrang an wenigen Tagen und unliebsame Verzögerungen vermieden werden.

Einen städtischen Heringverkauf

hat die Stadtgemeinde Berlin am Donnerstag in den Markthallen eröffnet. Die Heringe werden in den städtischen Verkaufsstellen für Kartoffeln nur an solche Personen abgegeben, welche gleichzeitig Kartoffeln kaufen. Der Preis der letzteren beträgt nach wie vor 40 Pf. für 10 Pfund, während sich der Preis der Heringe auf 25 Pf. für zwei Stück stellt. Bei Entnahme von 10 Pfund Kartoffeln werden höchstens vier Heringe abgegeben.

Gegen das Flaschenbier.

Die Einschränkung der Bierlieferungen an die Gastwirte, die von den Brauereien angekündigt worden ist, beschäftigt die Berliner Gastwirtinnung in ihrer gestrigen Versammlung. Obermeister Lücke teilte mit, daß schon vielen Kollegen der Verbezug von ihren Brauereien befristet worden sei, vielfach bis zur Hälfte des bisherigen Bezuges. Im allgemeinen sei aber der Bierkonsum so zurückgegangen, daß ein Bekneiden der Bierlieferungen an die Gastwirte doch nicht erforderlich sei. Herr Strauß, der Vorsitzende der Bierkommission, betonte, es kämen hierbei die größten Brauereien in Frage, die durch die Kontingenzierung des Malzes in ihrer Produktion ja eingeschränkt worden sind. Das sei aber nicht so schlimm, um den Flaschenbierbezug zu unterbinden. Die Brauereien sollten ihren Flaschenbierbezug einschränken, durch welchen sie den Gastwirten Konkurrenz mache. Wie Obermeister Lücke hervorhob, haben die heißen Tage einen



starke Bierkonsum gebracht, und da selbst manchen Kollegen auch Rindfleisch, Wurst und Weibler knapp geworden. Das sei eine Mahnung, sich vorzuziehen und Borsat zu halten. Im allgemeinen sei die Bierpreiserhöhung glatt von Statten gegangen; nur fünf Kollegen sei der Bierbezug wegen Nichtumhaltung des Mindestpreises (30 Pf. pro Liter) geperert worden. Einige davon hätten sich dann aber sofort den Bedingungen gefügt. Die Firma Klinger, die bisher auf ihren Speisekarten den Vermerk hatte: „Keine Bierpreiserhöhung“, werde diesen Vermerk von Donnerstag ab beiseite lassen, wie ihn Kommerzienrat Lohninger mitgeteilt habe. Die Kollegen sollten aber auch auf richtige Eichung der Gläser achten, es fänden jetzt zahlreiche polizeiliche Kontrollen statt, nachdem durch höchstgerichtliche Entscheidung der Gastwirt allein für die richtige Eichung der Gläser verantwortlich sei. Ferner standen das Militärverbot verschiedener Lokale, die jetzt hohen Preise für Eier und andere Lebensmittel zur Erörterung, ohne daß ein Beschluß gefaßt wurde.

### Der vermeintliche Heberfall in der Seestraße

hat jetzt eine überraschende Aufklärung gefunden. Der Zelegraphenmechaniker Neundorf, der dort schwer verletzt an der Friedhofsmauer liegend aufgefunden wurde, ist nach näheren Ermittlungen das Opfer eines Kraftwagen-Zusammenstoßes geworden. Neundorf selbst liegt immer noch schwer darnieder, so daß er bisher nicht vernommen werden konnte. Es stand bereits fest, daß A. mit einem Wagen der Linie 64 von der Säulowstraße nach dem Alexanderplatz gefahren war. Man mußte weiter, daß A., wenn er spät abends heimkehrte, den letzten Teil seines Weges, auf dem er ein anderes Beförderungsmittel nicht mehr fand, mit einer Kraftdrose zurücklegen pflegte. Nun war in der Nacht zum Sonntag vor dem Hause Brunnenstr. 96 ein Zusammenstoß zweier Kraftwagen beobachtet worden. Zu der Zeit, die in Betracht kommt, hielt vor diesem Hause eine Kraftdrose, der zwei Fahrgäste entstiegen, um den Führer abzulösen. In diesem Augenblick kam eine zweite Kraftdrose in derselben Richtung, in der die erste gehalten hatte, sehr scharf auf derselben Straßenseite herangefahren. In dem heranfahrenden Wagen, der einen Zusammenstoß verursachte, saß ein Fahrgast. Die beiden Herren, die dem andern Wagen entstiegen waren, sahen, daß ihm der Hut vom Kopf auf die Straße flog und daß er dann den Kopf zum Wagen heraus hängen ließ. Der Wagenführer fuhr noch bis zum Hause 99 weiter. Dort kam sein Wagen zum Stehen. Als sich nun ein Schuttmann näherte, turbelte der Führer rasch wieder an, fuhr schnell davon und verschwand. Immerhin hatte er solange gehalten, daß sich durch den Blutverlust seines verletzten Fahrgastes vor dem Hause 99 eine deutlich sichtbare Lücke gebildet hatte. Nun befand sich einer der beiden Männer, die Neundorf an der Mauer liegen sahen und sich über seinen Zustand unterhielten, daß noch ein Kraftwagenführer ohne Wagen durchgekommen war. Dieser Wagenführer habe erzählt, er sei eine halbe Stunde vorher an der Stelle vorbeigefahren, habe den Mann liegen sehen und wolle jetzt einmal hören, was vorgefallen sei. Wie näher ermittelt wurde, hat der Führer des angefahrenen Wagens den Hut, der dem Fahrgast des anderen Wagens vom Kopfe geflogen war, mitgenommen. Es ergab sich, daß das der Hut des schwerverletzten Neundorf war. Dessen Rutter erkannte ihn sofort bestimmt wieder. Die dem Verletzten fehlenden 100 M., ein Brillantring und eine Manschette sind sicher bei dem Zusammenstoß verloren gegangen. Der Kraftwagenführer hat offenbar, um allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, seinen schwerverletzten Fahrgast an der dunklen Stelle in der Seestraße aus dem Wagen gehoben und in die Friedhofsmauer gelegt. Später ist er noch einmal zu Fuß hingegangen, um wenigstens zu sehen, was aus dem Häftigen geworden sei. Als er sah, daß er ins Krankenhaus gebracht wurde, ging er wieder weg. Die Kriminalpolizei sucht jetzt nach der Kraftdrose.

Die Kraftdrose, die das Unglück herbeiführte, muß an der rechten Seite stark beschädigt sein. Denn die Laufschiene des Fensters ist abgerissen und am Rande liegen geblieben. Diese Schiene ist stark gearbeitet. Trotzdem ist sie mit mehreren Eisenstücken, die sich darin befanden, glatt abgebrochen, ein Beweis für die Heftigkeit des Zusammenstoßes und die Schwere des Schadens, den der Wagen genommen haben muß. Diese Schiene ist trocken lackiert. An ihr befanden sich graue Leuchtmittel. Der Wagen ist also trocken lackiert und grau gepulvert. Bei der Schwere der Beschädigung ist er sicher zur Ausbesserung in eine Werkstätte gebracht worden. Besitzer solcher Werkstätten werden ersucht, bei Kriminalkommissar Kunze im Zimmer 51a sofort ihre Beobachtungen mitzuteilen. Es sei daran erinnert, daß auf die Ermittlung des schuldigen Führers eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt ist.

Die Gesangsaufführungen der Berliner Gemeindeglieder sollen auf Veranlassung des Stadtschulrats Dr. Fischer von nun an von Zeit zu Zeit zum Vortrag gebracht werden. Es wird weiterhin angestrebt werden, aus solchen Veranstaltungen eine ständige Sitte in der Freizeitzeit zu entwickeln. Für solche Darbietungen sollen nicht öffentliche Plätze, sondern günstig gelegene Schulhöfe und frühe Abendstunden gewählt werden. Für die Gesangsaufführungen werden sich die Gesangschorer mehrerer Schulen zusammenfinden.

Die Schulinspektoren und Direktoren sind bereits ersucht worden, die notwendigen Maßnahmen für diese Veranstaltungen zu treffen.

Zur Aufklärung des Mordmordes hat die Kriminalpolizei gestern morgen durch ein Heer von Beamten in allen Häusern der Bernauer Straße eine durch den Sektographen vervielfältigte Bekanntmachung verbreitet, um das fünfzehnjährige Mädchen, über dessen Wahrnehmung wir schon berichteten, zu ermitteln. Das Mädchen ist daraufhin von der Kriminalpolizei ermittelt und vernommen worden. Es ergab sich, daß seine Wahrnehmungen zwar richtig sind, nur hätte sich das andere Mädchen, das der Kriminalpolizei Mitteilung machte, im Tage geirrt. Die Voromanie mit den beiden jungen Burischen fallen nicht auf den Sonnabend, sondern auf den Freitag. Das Mädchen weiß das deshalb ganz bestimmt, weil es sich aus besonderen anderen Gründen dieses Freitags genau erinnert. Zugleich hat die Kriminalpolizei ihre Untersuchung in einer neuen Form wiederholt, die das Ergebnis der bisherigen Ermittlungen zusammenfaßt. Noch einmal seien die beiden Mörder, die den Schulranzen auf ihrer Ruderfahrt von Treptow nach der Oberbaumbrücke zurück in der Spree fanden, aufgefordert, sich zu melden. Sie haben bisher noch nichts von sich hören lassen.

### Im Heberer.

Zu dem Wurststullenverbot in der katholischen Schule in Pankow erzählt uns der Herr Rektor der Schule mitzuteilen, daß er die Fortnahme der Wurststullen nicht angeordnet habe, auch habe er nicht Prügelstrafe angeordnet für den Fall, daß Kinder Wurststullen mitbrächten. Er gibt aber zu, für Verteilung belegter Stullen gewirkt und dementsprechende Mahnungen an die Kinder gerichtet zu haben. Weiterhin bleibt die Tatsache, daß eine Lehrerin einem Kinde die Wurststulle fortgenommen und das Kind bestraft hat. Weiterhin bleibt auch, daß die Stulle eingeschlossen wurde und dadurch überhaupt nicht verzehrt werden konnte.

Das Laucken-Lichtspielhaus hat zur Bereicherung seines Programms eine Reihe Varietenummern in seinen Spielplan aufgenommen, die, wie wir uns am Mittwochabend überzeugten, die reichlich zu Teil gewordene Anerkennung des Publikums reichlich verdienen. Vor allem verstand es die bekannte Parodistin Anna

Müller-Vinde durch ihren urwichtigen Humor die Zuschauer der Zuhörer in Bewegung zu setzen. Neben ihr seien noch die Klopffesthalten drei Schwestern Hahn und der Gesangs-humorist Walter Steiner lobend erwähnt. Weniger sympathisch waren uns die Darbietungen der „Meisterin der Vortragskunst“ Lona Ransen. Was sie beispielsweise als Lied im Berliner Dialekt zu Gehör brachte, war ein lunterbuntes Gemisch, in dem nur das Berlinische fehlte.

Wiederergriffen wurde der entwirkene Schlächtermeister Leonhard Kaufmann aus Tempelhof. Ein Reußener Kriminalbeamter, der bei der Aufdeckung der großen Fleischdiebstahls mitwirkte, sah Mittwochabend in einem Straßenbahnwagen in der Pietenstraße zu seiner größten Ueberraschung Kaufmann ohne Jackett und Hut mitten unter den anderen Fahrgästen sitzen. Er brachte A. nach dem Reußener Polizeipräsidium. Wo er Jackett und Hut gelassen hat, darüber verweigert A. jede Auskunft.

Die Familientragödie, die sich, wie berichtet, in der Nacht zum Sonnabend in dem Hause Benningenstr. 9 in Friedenau abspielte, hat nunmehr ein drittes Opfer gefordert. Die Ehefrau des dort wohnhaften Beamten im Kriegsministerium Flügel hatte bekanntlich sich und ihre Kinder durch Einatmen von Leuchtgas zu vergiften versucht. Die Tat wurde von dem heimkehrenden Ehemann entdeckt, doch waren die beiden Kinder, ein achtjähriger Sohn und eine sechs Jahre alte Tochter bereits tot, während Frau Flügel nach stundenlangem angefirengten Wiederbelebungsversuchen zum Bewußtsein gebracht werden konnte. Im Schöneberger städtischen Krankenhaus ist Frau F. gestern der Gasvergiftung erlegen.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich gestern abend gegen 8 Uhr in der Staliger Straße. Der achtjährige Sohn des Handelsmanns Pfeiffer aus derselben Straße Nr. 104 lief gegen einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen. Er wurde erfasst, umgerissen und kam unter den Wagen zu liegen. Die herbeigerufene Feuerwehr besetzte den Knaben aus seiner bedrängten Lage. Er hatte jedoch so schwere Verletzungen erlitten, daß er bei seiner Befreiung schon tot war.

Straßenperrung. Wegen der Ausführung von Untergrundbahnarbeiten wird die Friedrichstraße vom 17. Juni ab auf etwa sechs Tage auf dem Kreuzdomm Friedrichstraße-Zimmerstraße für den Nord-Südverkehr und vom 21. Juni ab auf etwa acht Tage auf der Strecke zwischen Laubenstraße und Mohrenstraße für den gesamten Fahrverkehr gesperrt.

## Aus den Gemeinden.

### Landsturmübungen im Kreise Teltow.

Der Landrat des Kreises gibt jetzt den Geschäftsplan bekannt, nach dem die Musterung der im Jahre 1898 geborenen Landsturmpflichtigen stattfindet. Für den Aushebungsbezirk Teltow I. findet dieselbe vom 21. bis 29. Juni in Lichterfelde-Ost, Restaurant Rennis, und für den Aushebungsbezirk Teltow II. vom 21. bis 30. Juni in Grünau, Restaurant Buchholz, und Mariendorf, Restaurant Karls-höhe statt. Wir ersuchen, die örtlichen Bekanntmachungen genau zu beachten.

### Stadtvorordnetenversammlung in Charlottenburg.

Die Sitzung am Mittwoch war von ungewöhnlich kurzer Dauer. Nach Einführung der neugewählten Stadtvorordneten Justizrat Leijer und Schriftsteller Kayenstein (Soz.) stimmte die Versammlung einer Reihe von Vorlagen zu, von denen nur die über die Reorganisation der Verwaltung des Bürgerhauses und die über die Volksbildung Altersversorgungsanstalt von allgemeinem Interesse sind. Das Bürgerhaus, das zum Herbst dieses Jahres wesentlich erweitert wird und sich im Laufe der Zeit vorwiegend zu einem Siechenhaus entwickeln soll, soll nach Art der Krankenhäuser einem leitenden Arzt unterstellt werden, dem zur Erledigung der ärztlichen Geschäfte ein Assistenzarzt und zur Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten das nötige Personal beigegeben wird. Die bisherige Oberin erhält die Aufsicht über die Schwesternschaft und über die Kinderpflegerinnen der Kinderstation. — Die Altersversorgung der Volksbildung soll am 1. Oktober eröffnet und vorläufig mit 120 Personen belegt werden. Nach Eingang der Pläne der zum Nachlaß gehörigen 4/5 proz. polnischen Pfandbriefe im Betrage von einer halben Million wird die Belegung bis auf 150 Personen erhöht. Für die Verwaltung der Anstalt ist ein Kuratorium von 3 Magistratsmitgliedern und 4 Stadtvorordneten eingesetzt.

In nicht öffentlicher Sitzung erklärte sich die Versammlung mit dem Schreiben des Stadtrats Voll einverstanden, durch welches er nach Ablauf seiner 14-jährigen Amtszeit um Pensionierung ersucht und Bittge um die ihm zustehende Pension zu. Von der öffentlichen Ausschreibung der freigewordenen Stelle ist vorläufig Abstand genommen.

### Nahrungsmittelverkauf in Pankow.

Necht eingehend besahte sich die letzte Gemeindevorordnetenversammlung mit dem Nahrungsmittelverkauf durch die Gemeinde. Ebenso wie viele andere Gemeinden scheidet auch unsere bei dem Vertrieb von Kartoffeln sehr schlecht ab, da diese bedeutend unter dem Selbstlospreis verkauft werden müssen. Vom Vorsitzenden der Nahrungsmittelkommission wurde berichtet, daß ein erheblicher Teil der im Auftrag gegebenen Bestellungen von Fleischwaren nicht geliefert werden konnten. Bis auch bereits in „Vorwärts“ berichtet wurde, ist vor kurzem mit dem Verkauf von Margarine, ländlicher Milch und Karotten begonnen worden. Diese Waren haben allgemein beifriedigt und finden statten Absatz. Die Gemeindevorordneten stimmte dem Vorschlage der Nahrungsmittelkommission zu, nun auch mit der Abgabe der übrigen Lebensmittel möglichst bald, vor allem aber angeht die fabelhaft hohen Fleischpreise mit dem Verkauf von Schmalz, Speck und Fleischkonserven spätestens am 1. Juli zu beginnen. Die beschafften Vorräte an Reis und Hülsenfrüchten dagegen sollen möglichst noch für später in Bereitschaft gehalten werden. — In derselben Sitzung wurden für Preisunterstützungen, welche bis jetzt die Summe von 120 000 M. erfordert haben, weitere 80 000 M. bewilligt.

### Brot- und Gebäckpreise in Adlershof.

Auch für Adlershof ist jetzt zwischen Gemeindevorstand und Bäckermeistern eine Vereinbarung über die festzusetzenden Höchstpreise erzielt worden. Danach soll das volle Vierfundbrot 80 und das Dreifundbrot 60 Pf. kosten. Der Preis für Weizenbrot, Schrippen im Gewicht von 50 Gramm beträgt 8 Pf.

Bei der Schöneberger Stadtvorordneten-Ergebniswahl im 5. Bezirk wurde Genosse Hajes mit 137 Stimmen gewählt. Die Wahlperiode läuft bis zum 31. Dezember 1910.

## Aus aller Welt.

### Vom Mörder des Genossen Jaurès.

Der Mörder Jaurès, Villain, hat nach einer Mitteilung der „Humanität“ beim Untersuchungsrichter seine vorläufige Entlassung aus der Haft beantragt. Der Antrag sei jedoch auf Einspruch der Witwe Jaurès' abgelehnt worden. Eine Entscheidung über die Zurechnungsfähigkeit des Mörders scheint demnach noch nicht getroffen worden zu sein.

### Echte Kameradschaftlichkeit.

In der städtischen Badeanstalt in Karau (Schweiz) erkrankt am Sonnabend der Landwehrsoldat König aus Brittnau infolge eines plötzlich eingetretenen Krampfanfalls. Die die „Genoss Tagwacht“

melde, berichteten Offiziere und Mannschaften des Regiments, dem A. angehort hatte, zugunsten der Frau und der neun unmündigen Kinder des Verstorbenen auf einen Tageslohn. Dadurch konnte der Familie die Summe von 315 Franken überwiesen werden.

### Verzweigungstat eines Vaters.

In Dberloja bei Blauen (Sogil.) ertränkte am Mittwoch der Bauer Biedermann seine vier Kinder im Alter von 5 1/2 bis 1 1/2 Jahr in dem Tische des Nitterguts und ließ sich dann bei Kottengrün einem Eisenbahzuge überführen. Er war kranklich und soll sich schon seit längerer Zeit mit Selbstmordgedanken getragen haben.

### Großes Schadenfeuer in Hamburg.

Ein Großfeuer, das einen umfangreichen Schaden an Rohmaterialien verursachte, hat am Donnerstagnachmittag in Hamburg gewütet. Von dort wird dem „Berl. Lokal-Anzeiger“ gemeldet: Donnerstagnachmittag ist der Speicher der Deutschen Vulkan- und L.-G. in Hamburg durch Feuer zerstört worden. Der Gebäude- und Lager Schaden ist sehr bedeutend. Das brennende Gel ergoß sich auf den Kanal, und die Flammen ergriffen die angrenzenden Häuser, so daß es trotz schnellen und kräftigen Eingreifens der Feuerwehr nicht vermieden werden konnte, daß in einem Hause 19 Wohnungen völlig ausgebrannt sind. Ein auf der anderen Seite des Kanals befindlicher Schuppen ist ebenfalls vernichtet worden.

Ein größerer Brand entstand am Donnerstagnachmittag in Duderstadt (Provinz Hannover). Kurz nach zweieinhalb Uhr stürzte der Turm der evangelischen Pfarrkirche zusammen, die noch lichterloh brennt. Bis um sieben Uhr abends waren vierzig Wohnhäuser und die dazugehörigen Hintergebäude, ferner die evangelische Pfarrkirche den Flammen zum Opfer gefallen. Das Feuer wütet bei dem herrschenden Sturm fort. Einzelheiten fehlen noch. Die Feuerwehren der umliegenden Dörfer sind zur Hilfe herbeigeeilt.

### Parteiveranstaltungen.

Röntgenal-Zebernied. Freitag, den 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr, findet in beiden Teilen vom Lokal von Aug. Lange, Siemensstr. 10 aus, eine Flugblattverbreitung statt.

Für den Ort Buch erfolgt noch nähere Bekanntmachung.

Buchholz. Sonntag, den 20. d. M., morgens 8 Uhr, Flugblattverbreitung von H. Kofka aus. Es wird um rege Beteiligung erlucht.

Reuenhagen (Chbaw). Sonntag, den 21. Juni, Flugblattverbreitung. Das Material ist vom Genossen Häbsher, Doltstr. 6, abzuholen.

Cranienburg. Sonntag, den 20. Juni d. J., früh 7 1/2 Uhr, findet für Cranienburg eine Flugblattverbreitung statt.

Die Genossen des 1. und 2. Bezirks treffen sich im Lokal von Strohmann, Nollstr. 31, für den dritten Bezirk im Lokal „Waldhaus Sankthausen“, Schützenstr. 34.

### Jugendveranstaltungen.

Reinickendorf-Bez. Zur Teilnahme an der „Sonnenwendfeier“ nach den Göttern Bergen treffen sich die Kolleginnen und Kollegen Sonnabend, abends 6 1/2, und 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Waghelberstr. 44. Nebenbühner und Beden nicht vergessen.

### Frauen-Leseabende.

Röntgenal-Zebernied-Buch. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Aug. Lange, Röntgenal, Siemensstr. 10. Referent: Genosse Schwarzburger-Oberstgeneweide.

Arbeiter-Zamariterbund. Lehrstunden haben nächste Woche: Kolonne Berlin, 2. Abt.: Freitag, den 21. Juni, Seminarsaal Straße 42 (Gefäßhaltungsabteilung), Vortrag des Genossen und Bundesvorsitzenden F. Stein.

Ritglederverammlung. Freitag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Köpenicker Str. 62, Restaurant Sieck: Uebung des Arztes Staudenburg.

Kolonne Rosenthal-Reinickendorf. Hauptstr. 52 bei Anders, Freitag, den 21. und Donnerstag, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Retardier (R. a. G.) Hamburg. Filiale Riederichs-Oberstgeneweide. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Temp. Wilhelmstr. 43. Wahl der Ortsverwaltung. Rassenbericht.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Abends 7. 17. Hof rechts, Portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Umschlag und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Befehlshaber wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor, Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Körnertrahne. 1. Gegen der Vater des unehelichen Kindes können Sie, wenn er beim Militär steht, jetzt nichts unternehmen. Sie müssen sich gedulden, bis er aus dem Felde zurückkehrt. Ihr an das Amtsgericht gestellter Antrag ist hinlänglich. Sie müssen zunächst um Klagen zu lassen für Ihr Minder ein Armenattest vom Armenvorsteher haben und mit diesem Attest nachher beim Gericht Antrag auf Unterordnung eines Armenattests stellen. 2. Für das Kind ist Antrag auf Unterordnung bei der Steuerkasse zu stellen. Die Unterordnung wird gewährt, wenn der Vater die Vaterpflicht anerkennt. Es genügt, wenn das durch den Vater in einem Brief an Sie oder an die Mutter des Kindes geschieht. — 2. H. Rein.

— 2. H. 21. 1. Die Polizei können wir nicht. 2. Herlebend, zurückgestellt. Sie können immerhin damit rechnen, noch eingezogen zu werden.

— G. 16. Sie können Eheverhandlung einleiten. — G. 10.

Tram. Wenn durch die Erziehung des Bienenstandes im Nachbargarten Ihnen ein Schaden zugefügt wird, so können Sie den Besitzer aufsuchen, innerhalb einer bestimmten Zeit den Bienenstand zu entfernen. Kommt der Nachbar dieser Aufforderung nicht nach, so müssen Sie beim Amtsgericht auf Unterordnung des Bienenstandes klagen. — G. 99.

Verlängerung der Hohen, dienlich. — H. 13. Die Militärbehörde wird jedenfalls nichts dagegen haben, wenn Sie ihr zu dem Inspektoren auch noch ein Fahrblatt stellen. — G. 100. Wegen allgemeiner Körper-schwäche zurückgestellt. — 2b. Sie werden jedenfalls nur zum Garnisondienst verwendet und kommen nicht in die Front. Das Zeichen bedeutet: Landsturmpflichtig, Erkrankung der tieferen Gebilde eines Knieg.

— G. 133. Der Götterbau kann abgebaut verpflanzet werden, für den Unterhalt des minderjährigen Entlassenen zu sorgen. Sonst geht natürlich die Bestreitung der Erziehung für ihn selbst und seine Eltern.

— 300. Röhrend. Wenn Sie noch in Anspruch nehmen. — B. G. 780. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Lohn für die durch Kutterung verläumte Arbeitszeit zu zahlen. — G. 108. Kriegsweerdungsunfähig heißt natürlich dienstunfähig auch für den Felddienst. — H. 9. 100. Für das Kind bekommen Sie bis zum 15. Lebensjahr Kriegsunterstützung. Der Durchschnitt soll eigentlich 25 Proz. vom der Miete ablassen. Machen Sie ihn darauf aufmerksam und lassen Sie ihn erant vor das Kriegsministerium.

— 3 Rohbad. Der über 250 M. betragende Wochenlohn ist pflanzbar. Das gilt auch für in Deutschland noch lebende Ausländer. — Robert. Sie sind im Recht. Unsere zweite Antwort war durchaus richtig. Die Antwort, daß zwischen den beiden Zeichen kein Unterschied besteht, bezog sich nicht auf garnisondienstunfähig und Kriegsweerdungsunfähig, sondern darauf, daß der Betreffende angefaßt hatte, was für ein Unterschied zwischen K. w. K. v. oder K. l. besteht. Zwischen diesen Zeichen, so hatten wir gemeint, besteht kein Unterschied.

— Polen 17. 1. Wegen Unterlassung der Rückzahlung. 2. Sie sind in dem Falle nicht verpflichtet, auf Ihre Kosten noch ein Gebot machen zu lassen. 3. Sie können dann als leidenschaftlich erachtet werden, zumal sich durch den Jahreslauf ein bei Ihnen jedenfalls bestehendes Flaggenzeichen bezeugen würde. — Marie 99. Sie haben Anspruch auf Arbeitsbeschäftigung auch für die Monate Januar und Februar. Fordern Sie die Arbeitsbeschäftigung für diese Monate nach.

— 3. Röhbad. Der über 250 M. betragende Wochenlohn ist pflanzbar. Das gilt auch für in Deutschland noch lebende Ausländer. — Robert. Sie sind im Recht. Unsere zweite Antwort war durchaus richtig. Die Antwort, daß zwischen den beiden Zeichen kein Unterschied besteht, bezog sich nicht auf garnisondienstunfähig und Kriegsweerdungsunfähig, sondern darauf, daß der Betreffende angefaßt hatte, was für ein Unterschied zwischen K. w. K. v. oder K. l. besteht. Zwischen diesen Zeichen, so hatten wir gemeint, besteht kein Unterschied.

— Polen 17. 1. Wegen Unterlassung der Rückzahlung. 2. Sie sind in dem Falle nicht verpflichtet, auf Ihre Kosten noch ein Gebot machen zu lassen. 3. Sie können dann als leidenschaftlich erachtet werden, zumal sich durch den Jahreslauf ein bei Ihnen jedenfalls bestehendes Flaggenzeichen bezeugen würde. — Marie 99. Sie haben Anspruch auf Arbeitsbeschäftigung auch für die Monate Januar und Februar. Fordern Sie die Arbeitsbeschäftigung für diese Monate nach.

— 3. Röhbad. Der über 250 M. betragende Wochenlohn ist pflanzbar. Das gilt auch für in Deutschland noch lebende Ausländer. — Robert. Sie sind im Recht. Unsere zweite Antwort war durchaus richtig. Die Antwort, daß zwischen den beiden Zeichen kein Unterschied besteht, bezog sich nicht auf garnisondienstunfähig und Kriegsweerdungsunfähig, sondern darauf, daß der Betreffende angefaßt hatte, was für ein Unterschied zwischen K. w. K. v. oder K. l. besteht. Zwischen diesen Zeichen, so hatten wir gemeint, besteht kein Unterschied.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag. Stross fähler, im städtischen Rassenabietts veränderte Uebung und an den meisten Orten leichte Regenfälle; in den übrigen Gegenden trocken und nichtsch. heiter.